



Beilagen zum Bericht der
Finanzkommission zum Budget des
Staates Wallis für das Jahr 2022:

**Controllingberichte der
thematischen Kommissionen zu
den politischen
Leistungsaufträgen 2022**

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Budgets 2022

Kantonale Finanzverwaltung Kantonale Steuerverwaltung

Die Finanzkommission (FIKO) ist am 13. September 2021 von 08.30 bis 10.40 Uhr im Konferenzraum 5 des «Espace Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

FIKO:

Präsident:

Mischa Imboden

Vizepräsident:

Mikaël Vieux

Deutschsprachiger Berichterstatter:

Alexander Allenbach

Französischsprachiger Berichterstatter:

Benoît Bender

Weitere Mitglieder:

Claire-Lise Bonvin

Corinne Card

Muriel Favre-Torelloz

Rahel Pirovino-Indermitte

Thomas Birbaum

Blaise Carron

Maxime Collombin

Julien Dubuis

Julien Monod

Eingeladene: Roberto Schmidt, Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE)
Doris Schmidhalter-Näfen, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
Pierre-André Charbonnet, Chef der kantonalen Finanzverwaltung (KFV)
Damian Locher, stellvertretender Chef der KFV und Chef der Hauptbuchhaltung
Beda Albrecht, Chef der kantonalen Steuerverwaltung (KSV)
Bernard Morand, stellvertretender Chef der KSV und Chef der Sektion juristische Personen

Sekretariat: Kantonales Finanzinspektorat, durch Blaise Rey

Kantonale Finanzverwaltung

I. Analyse des Budgets 2022 (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
-		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
-		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
Einige Mitglieder der FIKO sind überrascht, dass sich einer der vier Indikatoren der KFV auf den Prozentsatz des Recyclingpapiers in der Kantonsverwaltung bezieht. Ein solcher Indikator gehört eher zum operativen Bereich.		
4. Finanzressourcen		
Erläuterungen:		
Der prognostizierte Ertrag der KFV nimmt 2022 im Vergleich zum Budget 2021 um über 41,4 Millionen Franken zu. Diese Zunahme ist insbesondere auf folgende Elemente zurückzuführen:		
<ul style="list-style-type: none"> - Der ausserordentliche Ertrag fällt aufgrund der Entnahme aus dem Kompensationsfonds für Ertragsschwankungen um 30 Millionen höher aus. Dieser ausserordentliche Ertrag federt die erwarteten Mindereinnahmen im Steuerbereich (juristische Personen) und bei der Quellensteuer ab und ermöglicht es dem Staat, ein ausgeglichenes Budget 2022 vorzulegen. - Die Einnahmen aus dem interkantonalen Finanzausgleich nehmen um 11,5 Millionen Franken zu, wovon 8,1 Millionen Franken auf die temporären Massnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Finanzausgleichsreform 2020 entfallen. 		

Es gilt anzumerken, dass der für 2022 budgetierte Anteil am Gewinn der SNB ähnlich hoch wie im Budget 2021 ausfällt (107,3 Millionen Franken – Rubrik «Regalien und Konzessionen»).

Der Aufwand der KfV sinkt seinerseits um mehr als 28,7 Millionen Franken. Im Gegensatz zum Budget 2021 ist im Budget 2022 nämlich keine Zuweisung zur finanzpolitischen Reserve vorgesehen. Folglich nimmt der ausserordentliche Aufwand um 32 Millionen Franken ab.

Die hauptsächlichen Abweichungen beim Aufwand im Vergleich zum Budget 2021 sind zudem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Die Einlage in den PKWAL-Fonds nimmt um 3 Millionen Franken zu, was der Verringerung der Zinsbelastung (-3 Millionen Franken) infolge der jährlichen Rückzahlung der Schuld gegenüber der PKWAL entspricht.
- Die Miet- und Unterhaltskosten für die Immobilien des Staates, die der KfV vom FIGI-Fonds in Rechnung gestellt werden, steigen um 4,7 Millionen Franken.

5. Personal

Im Budget 2022 ist eine zusätzliche Stelle bei der Hauptbuchhaltung des Staates vorgesehen. Hierbei handelt es sich um eine neue Stelle für die Kontrolle der Daten, die von der KfV über die Referenzdatenbank (RDB) verwendet werden.

Überdies werden 0,6 VZÄ von der Stabseinheit des DFE (dessen Personal der KfV angegliedert ist) zur Dienststelle für Personalmanagement (0,1 VZÄ) respektive zur neuen Dienststelle für die digitale Verwaltung (0,5 VZÄ) transferiert.

Im Jahr 2022 nimmt der Personalbestand der KfV also lediglich um 0,4 VZÄ zu.

Laut KfV bringt die Digitalisierung derzeit keine Entlastung, die es erlauben würde, personelle Ressourcen für andere Aufgaben der Dienststelle einzusetzen. Im Bereich des Zahlungs-/Inkassomanagements beispielsweise kommen die neuen Dienstleistungen zu den bereits angebotenen hinzu. Dadurch wird die Verwaltung dieses Bereichs immer aufwändiger und komplexer.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen

-

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Kantonale Steuerverwaltung

I. Analyse des Budgets 2022 (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
-		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen:		
-		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
Was Indikator Nr. 5 «Elektronisch (VSTax) ausgefüllte Steuererklärungen (natürliche Personen) in %» anbelangt, so zeigt sich, dass rund die Hälfte dieser Steuererklärungen mit einer elektronischen Unterschrift eingereicht werden.		
4. Finanzressourcen		
Erläuterungen:		
Der prognostizierte Ertrag der KSV nimmt 2022 im Vergleich zum Budget 2021 um über 21,1 Millionen Franken ab. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die pandemiebedingte Verschlechterung der Wirtschaftslage und folgende Hauptfaktoren zurückzuführen:		
<ul style="list-style-type: none"> - Das Inkrafttreten der dritten und letzten Phase der Steuerreform STAF-VS mit einer weiteren Senkung der Steuersätze für juristische Personen und einem entsprechenden Rückgang der Steuereinnahmen um 16 Millionen Franken. - Infolge der geplanten Senkung des Kantonsanteils an der Verrechnungssteuer sinkt der Transferertrag um 15 Millionen Franken. 		

Auf Ebene des Betriebsaufwands wurden die Debitorenverluste im Vergleich zum Budget 2021 um 4 Millionen Franken höher budgetiert, um die schwierige Wirtschaftslage aufgrund der Gesundheitskrise zu berücksichtigen.

5. Personal

Bei der Veranlagung der natürlichen und juristischen Personen ist man auf Kurs (Stand 4.9.2021).

Der jährliche Anstieg der Zahl der Steuerpflichtigen (natürliche und juristische Personen) und der damit verbundene zusätzliche Arbeitsaufwand stellen für die KSV eine grosse Herausforderung dar.

Laut KSV bringt die Digitalisierung derzeit keine Entlastung, die es erlauben würde, personelle Ressourcen für andere Aufgaben der Dienststelle einzusetzen.

Im Budget 2022 sind zwei zusätzliche Stellen für die KSV vorgesehen (von den insgesamt 4 Stellen für das DFE), was den Personalbestand auf 180,9 VZÄ erhöht.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen

-

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Budget 2022

Bericht der Kommission für Institutionen und Familienfragen

Die Kommission für Institutionen und Familienfragen (IF) ist am Donnerstag, 23. September 2021, von 10.00 bis 17.00 Uhr, im Grossratsaal in Sitten zusammengetreten.

Kommission IF

Mitglieder	Vertreten durch	23.09.2021
VOEFFRAY BARRAS Chantal, PDCVr, Präsidentin		X
REVAZ Damien, PLR/FDP, Vizepräsident		X
THELER Maud, PS/CG, Berichterstatterin		X
FLOREY Gilles, CVPO		X
FONTANNAZ Blaise, PDCVr	(Nachmittag)	X
GASSER Christian, SVPO		X
KESSI PRAZ Maude, Les Vert.e.s		X
LOGEAN Grégory, UDC	Damien RABOUD	X
SCHMID Anja Katharina, CSPO		X
DUPUIS Emilie, PS/CG		X
TRISTAN Martine, PLR/FDP		X
WELSCHEN Rafael, CVPO		X
WUEST Frédéric, PLR/ FDP	Natacha ALBRECHT	X

Beobachter

Konstantin BUMANN, GPK-Delegierter
Muriel FAVRE, FIKO-Delegierte

Parlamentsdienst

Vaïc PERRUCHOUD, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

Mathias REYNARD, Staatsrat, Vorsteher des DGSK
Rolf EGGEL, Controllingverantwortlicher des DGSK
Karla Z'BRUN, Chefin der Dienststelle für Betriebs- und Konkurswesen (DBK)
Isabelle DARBELLAY MÉTRAILLER, Chefin des kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie (KAGF)
Nathalie AEBY, wirtschaftliche Mitarbeiterin und Finanzverantwortliche



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

Frédéric FAVRE, Staatsrat, Vorsteher des DSIS und Präsident der Regierung

Philipp SPÖRRI, Staatskanzler

Ryan GIROUD, stellvertretender Generalsekretär des DSIS

Stéphane THEYTAZ, Verantwortlicher für das Regierungscontrolling

Andrea-Fabio SALAMIN, Controllingverantwortlicher des DSIS

Maurice CHEVRIER, Chef der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten (DIKA)

Departement für Finanzen und Energie (DFE)

Roberto SCHMIDT, Staatsrat, Vorsteher des DFE

Gilbert BRIAND, Chef der Dienststelle für Personalmanagement (DPM)

Carine KNUBEL, Adjunktin und Verantwortliche für die Entwicklung und das Management der Arbeitsbedingungen

Claude-Alain BERCLAZ, Chef der kantonalen Dienststelle für Informatik (KDI)

Jean-Marie VOUILLAMOZ, Project Management Office Enterprise (PMO Enterprise)

Cédric ROY, Chef der Dienststelle für die digitale Verwaltung (DDV)

Die in diesem Bericht angegebenen Links wurden am 25. und 27. September 2021 aufgerufen.



Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen wird derzeit reorganisiert. Dies bringt Umzüge, Datenfusionen oder auch die Reorganisation von Funktionen und die Zusammenlegung von Strukturen mit sich. Zwei private Unternehmen wurden mit der Fusion der Informatikprogramme betraut: SITTEL für die Betreibungen und e-serve für die Konkurse. Die Dienststelle hat diese Programme angeschafft und zwei externe Informatiker mit der Begleitung der Vorbereitungsarbeiten zu deren Einführung beauftragt. Die Reorganisation sollte 2022 abgeschlossen sein.</p> <p>Damit die DBK die mit der Reorganisation verbundene zusätzliche Arbeitsbelastung bewältigen kann, schlägt der Staatsrat die unbefristete Anstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters (50 %) vor. Dieser wird die Reorganisation in Zusammenarbeit mit Transforma Consulting AG begleiten. Dieses Unternehmen hat bereits ähnliche Aufgaben für den Staat Wallis wahrgenommen. Der Mitarbeiter wird die Aufsicht im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) analysieren und sich um administrative Aufgaben kümmern.</p> <p>Die Hauptaufgabe der Dienststelle besteht in der Zwangseintreibung von Forderungen. Bei der Festlegung der Indikatoren und Schlüsselzahlen wurde von einem normalen Jahr ohne Pandemie ausgegangen. Per 31. August 2021 ist die Zahl der Betreibungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2019, das nicht von der Pandemie beeinflusst wurde, ist die Zahl der Betreibungen per 31. August 2021 um 9 Prozent tiefer. Im Bereich der Betreibungen sind die Ämter dank der fortgeschrittenen Digitalisierung in der Lage, eine grössere Anzahl von Dossiers zu bearbeiten.</p> <p>Im Bereich der Konkurse ist die Arbeit nicht linear. Das Personal muss über mehrere Jahre ausgebildet werden, bevor es in diesem Bereich selbstständig arbeiten kann. Mehrere Nachwuchsmitarbeitende befinden sich in der Ausbildung. Infolge der Pandemie wird ein Anstieg der Konkurse befürchtet, der aber bislang noch nicht eingetreten ist.</p> <p>Die Arbeit der DBK ist antizyklisch. Die Auswirkungen einer Krise sind daher mit einer gewissen Verzögerung spürbar. Auch wenn genaue Prognosen schwierig sind, scheint ein Anstieg der Konkurse infolge der Covid-19-Krise doch unvermeidbar. Die Dienststelle ist jedoch zuversichtlich, dass sie diesen potenziellen Anstieg dank der Reorganisation, die 2022 abgeschlossen wird, und der Einführung des elektronischen Dokumentenmanagements bewältigen kann.</p> <p>Ein Abgeordneter will wissen, wie das Personal der Dienststelle zu dieser Reorganisation steht. Gemäss Dienststelle haben zu Beginn des Projekts 11 Mitarbeitende gekündigt. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe unter Einbezug der betroffenen Mitarbeitenden und der Direktion eingesetzt, um diese Reorganisation zu begleiten. Das Personal des Amtes von Saint Maurice war angesichts dessen Schliessung besonders besorgt. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe und der Wechsel an der Spitze der Dienststelle konnten die Gemüter etwas beruhigen. Die Reorganisation wird von den Mitarbeitenden mittlerweile eher positiv wahrgenommen. Die Pandemie und der damit verbundene Rückgang der Gesuche verschafften den Mitarbeitenden eine Verschnaufpause.</p> <p>Ein Abgeordneter wünscht Klarstellungen in Bezug auf die Reorganisation und die potenziellen Auswirkungen auf die Qualität der Dienstleistungen. Die Dienstchefin erklärt, dass sich die Arbeit nicht geändert habe. Die Mitarbeitenden sind immer noch die gleichen und die Qualität der Dienstleistungen wurde nicht beeinträchtigt.</p>		



1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p>Angesichts des rückläufigen Budgets wünscht ein Kommissionsmitglied genauere Informationen zur Verwendung von zusätzlichen Mitteln für die Reorganisation. Die Dienststelle erklärt, dass keine zusätzlichen Kosten zu erwarten sind. Sie will die Dienstleistungen mit den vorhandenen Ressourcen und dem verfügbaren Personal aufrechterhalten und geht davon aus, dass die Reorganisation eine Effizienzsteigerung bringen wird.</p> <p>Ein Abgeordneter bringt die Zielsetzung hinsichtlich der Zwangseintreibung von Forderungen zur Sprache. Er vermisst Informationen zu den Strafanzeigen im Zusammenhang mit der Vermögensminderung im Konkursverfahren. Er möchte wissen, ob die Dienststelle in allen Ämtern eine einheitliche Politik verfolgt. Die Dienststelle erklärt, dass Gespräche zu diesem Thema laufen, die diesbezüglichen Leistungen aber verbesserungswürdig sind.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>Im Bereich der Betreibungen ist die Einführung eines elektronischen Dokumenten-Management-Systems vorgesehen. Ein Abgeordneter will wissen, ob die Konkurse ebenfalls von diesem System abgedeckt werden. Die Dienststelle hat auch Analysen für die Konkurse durchgeführt. Die Telearbeit gestaltet sich schwierig, da nicht unbedingt alle Dokumente eingescannt sind. Da die Analysen laufen, wäre die Einführung des elektronischen Dokumentenmanagements für Konkurse ein Ziel, das mittelfristig, nicht aber für nächstes Jahr, ins Auge gefasst werden kann.</p> <p>Ein Abgeordneter zeigt sich erstaunt, dass keine Mittel für eine allfällige starke Zunahme des Geschäftsvolumens nach der Pandemie vorgesehen wurden. Die Dienststelle geht davon aus, dass sie eine allfällige Zunahme der Betreibungsbegehren dank des mit der Reorganisation verbundenen Effizienzgewinns auffangen kann. Im Bereich der Konkurse wird eine Zunahme erwartet. Eine starke Zunahme innert kurzer Frist würde zu Rückständen führen. Aus diesem Grund möchte die Dienststelle zusätzliche Mitarbeitende anstellen, wobei diese zunächst ausgebildet werden müssen. Im Rahmen des Budgets 2021 hatte die Kommission einen Antrag um acht zusätzliche VZÄ abgelehnt. Daraufhin gab der Staatsrat grünes Licht für die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeitenden in Abhängigkeit des Geschäftsvolumens. Dies hätte es der Dienststelle ermöglicht, zwei bis drei zusätzliche Mitarbeitende anzustellen. Infolge des pandemiebedingten Rückgangs des Geschäftsvolumens hat sie allerdings bislang darauf verzichtet und diese Stellen im Budget 2022 nicht vorgesehen. Der Departementsvorsteher fügt an, dass er ein ausgeglichenes Budget vorlegen wollte und Anpassungen an die Pandemiesituation im Laufe des Jahres mit den verfügbaren Mitteln vorgenommen werden können.</p>		



3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
Ein Abgeordneter will wissen, ob der Effizienzgewinn, den man sich von der Reorganisation erhofft, den Zeitgewinn oder die Personaleffizienz betrifft. Die Dienststelle rechnet auf beiden Ebenen mit Verbesserungen. Das elektronische Dokumentenmanagement sollte einen Zeitgewinn bringen. Die Reorganisation sollte sich ihrerseits positiv auf die Personaleffizienz auswirken, da die für Betreibungen zuständigen Mitarbeitenden unter einem Dach untergebracht werden.		
4. Finanzressourcen		
Ein Abgeordneter fragt sich, warum Rubrik 30 «Personalaufwand» abnimmt, obwohl ein Mitarbeitender (0.5 VZÄ) angestellt werden soll. Die Dienststelle erklärt, dass diese Rubrik im Vergleich zur Rechnung 2020 in Tat und Wahrheit zugenommen hat.		
5. Personal		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
6. Zusätzliche Informationen		
Ein Abgeordneter möchte wissen, ob es häufig vorkommt, dass Konkursdossiers wegen fehlender Unterlagen wiedereröffnet werden müssen. Die Dienststelle verneint dies. Die Dossiers werden nicht wiedereröffnet.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja Im vergangenen Jahr lehnte die Kommission die Gewährung von acht VZÄ ab. Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, wie der diesbezügliche Stand der Dinge ist. Die Dienststelle erinnert daran, dass die Kommission den Antrag auf acht zusätzliche VZÄ abgelehnt hat. Daraufhin gab der Staatsrat grünes Licht für die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeitenden in Abhängigkeit des Geschäftsvolumens (2–3 VZÄ). Infolge des pandemiebedingten Rückgangs des Geschäftsvolumens hat die Dienststelle bisher darauf verzichtet.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge seitens der Kommission.



Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass dieses Amt mit den verfügbaren Personalressourcen (4,2 VZÄ) bemerkenswerte Arbeit leistet. Dieses Amt erarbeitet Programme zu den Themen Erziehung, sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt.</p> <p>Im Bereich der häuslichen Gewalt, die eine der wenigen Straftaten ist, bei denen eine Zunahme zu verzeichnen ist, spielt das Amt eine zentrale Rolle bei der Koordination zwischen Polizei und Opferhilfe (OHG). Die Förderung von Frauen in der Politik ist ebenfalls Gegenstand von Sensibilisierungsprogrammen, die von diesem Amt erarbeitet werden. Zu den Rechtsgrundlagen, auf die sich das Amt im Rahmen seiner Arbeit stützt, zählen insbesondere das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau (GIG) und die Istanbul-Konvention.</p> <p>Der Departementsvorsteher erklärt, dass er die Ressourcen dieses Amtes aufstocken will, insbesondere durch die Gewährung einer zusätzlichen Stelle. In diesem Zusammenhang werden somit zusätzliche Ressourcen für den Bereich der Diskriminierungsbekämpfung vorgeschlagen. Die Arbeit in diesem Bereich ist derzeit schwierig, da es an Ressourcen und qualifiziertem Personal fehlt.</p> <p>Ein Ziel für das kommende Jahr ist die Revision des Gesetzes über häusliche Gewalt (GhG). Auch für die Begleitung der Tatpersonen und die Betreuung der Kinder wird eine zusätzliche Stelle beantragt. Diese Stelle ist jedoch an das OHG und nicht an das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie gebunden.</p> <p>Die Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor wurde auf Bundesebene eingeführt, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist für deren Einführung auf nationaler Ebene verantwortlich. Das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie ist für die kantonale Ebene zuständig. Mit einem in der vergangenen Legislaturperiode angenommenen Postulat, das auf eine bessere Bekämpfung von Lohndiskriminierungen abzielte, wurde der Staatsrat aufgefordert, die Gemeinden dazu anzuregen, die Charta zu unterzeichnen und rasch umzusetzen. Eine Charta bringt keine rechtlichen Verpflichtungen mit sich.</p> <p>Das Amt arbeitet derzeit an Projekten im Bereich der Familienpolitik, die eine bessere Koordination der verschiedenen Angebote für die Bevölkerung bezwecken. Die Tätigkeitsberichte des KAGF sind unter diesem Link verfügbar.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	



3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p>Ein Kommissionsmitglied weist darauf hin, dass die Diskriminierung über die Gleichstellung von Mann und Frau hinausgeht und möchte wissen, wie das Amt zur Aufnahme von Indikatoren für Menschen mit Behinderungen steht. Der Departementsvorsteher erklärt, dass solche Indikatoren nicht in den Zuständigkeitsbereich dieses Amtes fallen. Hier ist vielmehr die Dienststelle für Sozialwesen (DSW) zuständig. Infolge der Revision des Gesetzes über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen durch den Grossen Rat wird ein Büro eingerichtet, das sich mit diesen Fragen befasst. Die Kommission GSI hat in diesem Zusammenhang am 21. September 2021 zusätzliche VZÄ genehmigt. Falls das Parlament das Budget in der vorgelegten Form genehmigt, wird dieses Büro Anfang 2022 aus der Taufe gehoben.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, ob Statistiken zur Unterbringung von Opfern häuslicher Gewalt verfügbar sind. Die Amtschefin erklärt, dass eine Studie über die Anzahl und Zugänglichkeit der Aufnahmeplätze läuft und Ende Jahr vorliegen sollte. Gegenwärtig verfügt das Amt jedoch über keine diesbezüglichen Zahlen. Die Amtschefin räumt ausserdem ein, dass die Nachfrage starken Schwankungen unterworfen ist und die verfügbaren Plätze manchmal nicht ausreichen, um den gesamten Bedarf zu decken.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied wünscht genauere Informationen zu den Nachfragespitzen im Zusammenhang mit Opfern häuslicher Gewalt. Gemäss den Vertretern der Verwaltung zeigen die Polizeieinsätze, dass diese Art von Gewalt hauptsächlich an Wochenenden und am Ende des Tages auftritt.</p> <p>Ein Abgeordneter wünscht ausführlichere Informationen zum Frauenanteil in den Gemeinderäten und zur Koordination der Kinderbetreuungsprogramme mit den Gemeinden. Die Verwaltung setzt sich aktiv für die langfristige Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau ein und zwar auch in Jahren, in denen keine Wahlen stattfinden. Das Amt kooperiert mit einer aus Frauen unterschiedlicher politischer Couleur bestehenden Arbeitsgruppe, die unter seiner Federführung eingesetzt wurde, um weibliche Kandidaturen zu fördern. Im Rahmen der Koordination mit den Gemeinden spielt das Amt insbesondere bei der Verbreitung der guten Praktiken eine wichtige Rolle.</p>		
4. Finanzressourcen		
<p>Ein Abgeordneter wünscht genauere Informationen zu den Rubriken 30 und 31. Der Departementsvorsteher erklärt, dass die in der Rubrik 30 beantragten 0,5 VZÄ einer Differenz von rund 60'000 Franken entsprechen. Der Rest ist auf die normale Lohnprogression zurückzuführen. Neben der Schaffung von 0,5 VZÄ sollen auch Ressourcen für die Entwicklung von Programmen bereitgestellt werden, ohne die eine zusätzliche Stelle nur einen geringen Mehrwert bringen würde. Aus diesem Grund ist auch bei der Rubrik 31 ein Anstieg vorgesehen.</p>		
5. Personal		
<p>Ein Abgeordneter will wissen, ob die Zuweisung von Ressourcen für eine neue Aufgabe nicht auf Kosten der Effizienz der übrigen Aufgaben geht. Die Amtschefin erklärt, dass diese neue Stelle als Ergänzung und nicht etwa als Ersatz betrachtet werden muss. Die Kernaufgaben des Amtes, die im Gesetz verankert sind, werden nicht darunter leiden. Eine zusätzliche Stelle wird beantragt, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden und mehr Ressourcen für diese Problematiken bereitzustellen, für deren Bewältigung es derzeit an Personal fehlt.</p>		



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

6. Zusätzliche Informationen		
<p>Ein Abgeordneter spricht die Übervertretung der Frauen in diesem Amt an. Die Amtschefin erklärt, dass es in der Tat schwierig ist, Männer zu finden. Sie würde jedoch gerne einen Mann anstellen, falls die zusätzlichen 0,5 VZÄ genehmigt werden. Bei den letzten Stellenausschreibungen waren unter den rund 70 Bewerbenden nur gerade drei Männer.</p>		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Die Kommission bringt keine Änderungen an.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Änderungsvorschläge seitens der Kommission.



Staatskanzlei

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Staatskanzlei gewährleistet die logistische Unterstützung des Staatsrates in Sachen Planung, Begleitung und Koordination der laufenden Geschäfte. Sie liefert die zur Festlegung der strategischen Optionen nötigen Informationen (Unterstützung der Regierungsführung) und bietet Unterstützung in Rechtsangelegenheiten. Sie koordiniert die Vertretung der Interessen des Kantons auf nationaler, interkantonaler und internationaler Ebene.</p> <p>Über den Informationschef ist sie dafür zuständig, Öffentlichkeit, Medien und Verwaltung über die Entscheide und Absichten des Staatsrates zu informieren sowie Regierung und Verwaltung im Bereich Kommunikation zu beraten und die Internet-/Intranet-Technologien zu entwickeln.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	<p>Die Kommission wünscht, dass bei Indikator 7 zwischen dem Prozentsatz der Beschwerdeentscheide des Staatsrates, die vom KG bestätigt wurden, und jenen, die vom BGer bestätigt wurden, unterschieden wird.</p> <p>Dieser Antrag wird einstimmig (12 Stimmen) angenommen.</p>



Ergänzende Bemerkungen:

Ein Abgeordneter merkt an, dass die Zahlen von Indikator 7 mit jenen der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten übereinstimmen und will wissen, ob für diese beiden Einheiten getrennte Berechnungen vorgenommen werden. Die Staatskanzlei erklärt, dass diese Zahlen dienststellenspezifisch und korrekt sind.

Sie räumt ein, dass Indikator 9 etwas optimistisch veranschlagt wurde. Die Anzahl Beschwerden, insbesondere von Wirtschaftsakteuren, denen die Covid-Hilfen verweigert wurden, wurde unterschätzt. Hier sieht sich die Staatskanzlei derzeit mit einer regelrechten Beschwerdeflut konfrontiert.

Zu Indikator 11 möchte ein Kommissionsmitglied wissen, ob der Rückgang der Anzahl Sendungen mit den Anstrengungen im Bereich des E-Governments zusammenhängt. Die Staatskanzlei erklärt, dass eine papierlose Verwaltung angestrebt wird. Dieser Prozess steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. Eine teilweise Digitalisierung ohne Digitalisierung der Dokumente, insbesondere im Hinblick auf die elektronischen Unterschriften, ist nicht sinnvoll. Die Digitalisierungsstrategie muss umfassend und bereichsübergreifend sein.

Die Staatskanzlei weist darauf hin, dass die Telearbeit zu einem deutlichen Effizienzgewinn geführt hat. Diese Arbeitsform ermöglicht ein Gleichgewicht zwischen Beruf und Familie, was von den Mitarbeitenden sehr geschätzt wird.

4. Finanzressourcen

Die Staatskanzlei erklärt, dass sie keine zusätzlichen Finanzressourcen benötigt. Die gewährten Mittel sind bedarfsgerecht.

Ein Kommissionsmitglied weist darauf hin, dass im Abschnitt «Bemerkungen» drei VZÄ erwähnt werden, die für das Budget 2021 gewährt worden sind. Die Staatskanzlei antwortet, dass es sich hierbei um einen Fehler handelt, der im Hinblick auf die Budgetberatung im Grossen Rat korrigiert wird. Diese 3 VZÄ wurden im Jahr 2021 besetzt.

5. Personal

Keine Bemerkungen seitens der Kommission.

6. Zusätzliche Informationen

Keine Bemerkungen seitens der Kommission.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja, aber in den Bemerkungen des Abschnitts «Finanzressourcen» hat sich ein Fehler eingeschlichen (3 VZÄ). Diese zusätzlichen VZÄ waren im Rahmen des Budgets 2021 gewährt worden und wurden irrtümlicherweise ins Budget 2022 übernommen.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Die Kommission wünscht, dass bei Indikator 7 zwischen KG und BGer unterschieden wird. Überdies weist die Kommission auf einen Fehler in den Bemerkungen des Abschnitts «Finanzressourcen» hin.



Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten (DIKA) ist die Anlaufstelle für Gemeinden, Präfekten und Kirchen. Sie behandelt Beschwerden für den Staatsrat und handelt auf dessen Entscheid hin. Die Dienststelle homologiert Gemeindereglemente und stellt den Gemeinden Musterreglemente zur Verfügung. Der Dienstchef weist insbesondere auf die Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) hin, die in bestimmten Gemeinden schwierige Entscheide erfordern wird.</p> <p>Die Dienststelle fungiert nicht als Aufsichtsorgan für die Gemeinden. Die Aufsichtsbefugnisse des Kantons werden von den Fachdienststellen wahrgenommen. So überwacht beispielsweise die Dienststelle für Sozialwesen des DGSK die Umsetzung der Sozialhilfe in den und durch die Gemeinden. Für das Bauwesen ist wiederum das DMRU zuständig. Die DIKA holt jeweils die Stellungnahmen der anderen Fachdienststellen ein, bevor sie dem Staatsrat einen Entscheidentwurf vorlegt.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>Die prioritäre Massnahme 2 hängt mit der gesamtschweizerischen Einführung von HRM2 zusammen. Die Walliser Gemeinden werden dieses Rechnungslegungsmodell ab dem Budget 2022 anwenden. Für die Rechnungskontrolle werden bei der DIKA drei VZÄ eingesetzt. Diese stehen den Gemeinden bei Fragen zur Verfügung.</p>		



3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	Ein Kommissionsmitglied weist darauf hin, dass die Entscheide des Kantonsgerichts (KG) und des Bundesgerichts (BGer) nicht das gleiche Gewicht haben, weshalb Indikator 2 geändert werden sollte. Die Dienststelle ist der Ansicht, dass dieser Indikator nur schwerlich geändert werden kann, aber dass diese Informationen hinzugefügt werden können. Indikator 2 behält somit seine derzeitige Zielsetzung, aber es werden Präzisierungen zur Aufteilung der Entscheide zwischen KG und BGer angebracht. Der Antrag wird von der Kommission stillschweigend angenommen.
<p>Ein Abgeordneter will im Zusammenhang mit Indikator 1 wissen, ob die Dienststelle wirklich gedenkt, so viele Beschwerden zu behandeln, wie im Laufe des Jahres bei ihr eingehen. Aus diesem Indikator geht nämlich nicht hervor, wie viele Beschwerden noch in Bearbeitung sind. Die Dienststelle entgegnet, dass diese Informationen verfügbar sind und präzisiert, dass pro Jahr rund 400 Dossiers bearbeitet werden und derzeit 576 Dossiers hängig sind.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied merkt an, dass bei Indikator 3 Jahr für Jahr die gleiche Zahl (100) steht. Die DIKA entgegnet, dass sie tatsächlich rund 100 Reglemente pro Jahr homologiert.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied wünscht eine Klarstellung zu Indikator 2, der die gleichen Zahlen wie für die Staatskanzlei enthält. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Zielsetzung zwar die gleiche ist, aber die Daten der Staatskanzlei und der DIKA durchaus voneinander abweichen.</p>		
4. Finanzressourcen		
<p>Was den Aufwand angeht, so wurde der Fonds zur Förderung von Gemeindefusionen vor rund zwanzig Jahren eingerichtet. Er wurde durch eine Entnahme aus dem Finanzausgleichsfonds gespeist. Seit 2012 wird dieser Fonds getrennt geführt und untersteht der Zuständigkeit des Grossen Rates. Der Fondssaldo wird Ende Jahr 600'000 Franken betragen. Dieser Fonds kann nachfinanziert werden, so dass er sich je nach allfälligen Einlagen bis 2024 auf 5,4 Millionen Franken belaufen dürfte.</p> <p>Ein Abgeordneter wünscht Informationen über den Fonds zur Förderung von Gemeindefusionen. Er möchte wissen, ob es sich um einen festen, jährlichen Betrag handelt. Wenn ja, könnte es im Falle von mehreren Fusionen im gleichen Jahr problematisch werden. Der Dienstchef erklärt, dass der Stand dieses Fonds nur schwierig vorhersehbar ist. Aus diesem Grund kann der Fonds nachfinanziert werden. Sollte er aufgrund zahlreicher Gemeindefusionen am Jahresende defizitär sein, könnte er im Rahmen künftiger Budgets wieder aufgestockt werden.</p> <p>Ein Abgeordneter wünscht genauere Informationen zur Rubrik 36 «Transferaufwand». Die Verwaltung stellt klar, dass der Betrag von 595'000 Franken nichts mit den Fusionen zu tun hat. Dieser Betrag entspricht der Unterstützung des Staates für die im Wallis offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften (römisch-katholische Kirche und evangelisch-reformierte Kirche). Überdies wird ein Betrag von 10'000 Franken an das Interkantonale Informationszentrum zu Glaubensfragen (CIC) entrichtet. Die Beiträge für die drei im Jahr 2021 durchgeführten Fusionen wurden im Jahr 2021 vollständig ausgezahlt: 3,2 Millionen Franken für Noble-Contrée, 2,8 Millionen Franken für Martigny und 2,7 Millionen Franken für Val de Bagnes. Die Informationen zu Rubrik 36 (Abschnitt «Bemerkungen» unter den Finanzressourcen) gelten für das Rechnungsjahr 2021 und nicht für das Budget 2022.</p>		



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

5. Personal		
Ein Abgeordneter will wissen, ob die Dienststelle in der Lage sein wird, die zusätzliche Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit der Revision der Nutzungspläne der Gemeinden zu bewältigen. Die DIKA erklärt, dass die Dienststelle für Raumentwicklung für diese Revisionen zuständig sein wird. Letztere wird der DIKA eine zusammenfassende Stellungnahme übermitteln. Um dieses Verfahren zu erleichtern, wurde ein Rundschreiben verfasst. Im Rahmen des Budgets 2021 wurden der Dienststelle zwei VZÄ gewährt.		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Indikator 2 behält seine derzeitige Zielsetzung. Die Kommission wünscht jedoch die Hinzufügung von Informationen zur Aufteilung der Entscheide zwischen KG und BGer.



Dienststelle für Personalmanagement

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle für Personalmanagement (DPM) unterstützt Mitarbeitende und Führungskräfte bei allen Fragen im Personalbereich, damit diese ihr berufliches Potenzial voll ausschöpfen können. Sie unterstützt die Departemente und Dienststellen aktiv mit modernen Personaldienstleistungen und -instrumenten auf der Grundlage der kantonalen Personalgesetzgebung (kGPers). Dies gewährleistet eine kohärente Personalverwaltung und -entwicklung.</p> <p>Die DPM bietet insbesondere Fortbildungskurse für das Personal des Staates Wallis an. Sie beteiligt sich an fast allen Arbeitsgruppen und konnte ihre Leistungen trotz Covid-19 aufrechterhalten. Dies insbesondere dank der Telearbeit, bei welcher der Staat Wallis schon vor Ausbruch der Pandemie eine Vorreiterrolle einnahm. Das Covid-19-Schutzmaterial wie auch die Schutzkonzepte wurden von der DPM übernommen.</p> <p>Die Dienststelle nimmt auch strategische Aufgaben wahr. Sie berät den Staatsrat in Sachen Lohnpolitik und befasst sich mit Fragen im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Gleichstellung. Sie bereitet die diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen vor.</p> <p>Ein Abgeordneter will wissen, wie die Telearbeitsbedingungen beim Staat Wallis aussehen. Die Dienststelle erklärt, dass Mitarbeitende mit einem Arbeitspensum von 100 Prozent maximal 50 Prozent Telearbeit leisten können. In besonderen Fällen entscheidet der Departementsvorsteher. Die Arbeit im Zug wird hingegen nicht zur Arbeitszeit gerechnet.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		



2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>Im Zusammenhang mit Massnahme 7 «Erweiterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall» fragt sich ein Kommissionsmitglied, ob eine allfällige Erhöhung der Deckung berücksichtigt wird. Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP) eine diesbezügliche Studie lanciert wurde. Diese sollte demnächst auf dem Tisch liegen. Für 2022 wurde keine Erhöhung der Deckung budgetiert, da die Studie, auf die sich ein allfälliger Entscheid stützen würde, noch nicht vorliegt. Die Dienststelle präzisiert, dass die derzeitige Deckung beim Staat Wallis 405 Tage beträgt. Diese Dauer wird jedoch nicht allen Eventualitäten gerecht, weshalb eine Revision der diesbezüglichen Bestimmungen in Erwägung gezogen wird.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	<p>Ein Kommissionsmitglied schlägt die Einführung eines Indikators vor, der Auskunft über die von Staatsangestellten absolvierten Schulungen gibt, die zu einer anerkannten Zertifizierung führen (CAS, MAS usw.).</p> <p>Der Antrag wird von der Kommission stillschweigend angenommen.</p>
<p>Ein Abgeordneter schlägt vor, unter Indikator 5 die Anzahl geleisteter Telearbeitstage anstatt eines Prozentsatzes anzugeben. Diese Zahl wäre im Hinblick auf eine allfällige Reduzierung der Räumlichkeiten aufschlussreicher. Gemäss Dienststelle ist es schwierig, die effektive Anzahl Tage anzugeben, da die Telearbeitstage von Woche zu Woche variieren können. Im Hinblick auf eine allfällige Reduzierung der Räumlichkeiten gibt es noch weitere Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt. Für diese Fragen arbeitet die DPM mit der Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe zusammen. Im Lichte dieser Erläuterungen wird der Antrag zurückgezogen.</p>		



4. Finanzressourcen		
<p>Ein Abgeordneter wünscht Informationen zu dem im Abschnitt «Bemerkungen» erwähnten Transfer des Budgets von Rubrik 30 auf Rubrik 31. Die Dienststelle erklärt, dass es sich hierbei um einen Betrag im Zusammenhang mit der Digitalisierung handelt.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied will wissen, worauf die Differenz zwischen den Budgets 2021 und 2022 für die Rubriken 30 und 31 zurückzuführen ist. Die Verwaltung erklärt, dass die Differenz von 396'900 Franken der Anpassung der AHV-Überbrückungsrente entspricht. Dieser Betrag wurde im Rahmen des Budgets 2021 zu tief veranschlagt, weshalb für das Budget 2022 eine Erhöhung beantragt wird. Genaue Prognosen sind schwierig, da die Pensionierung von Staatsangestellten auch von Faktoren abhängt, auf welche die Verwaltung keinen Einfluss hat.</p> <p>Ein Abgeordneter weist auf die Zunahme des Personalaufwands (Rubrik 30) und die Verdoppelung des Personalbestands seit 2018 hin. Er möchte wissen, welche Stabilisierungsmassnahmen die Dienststelle zu ergreifen gedenkt. Die Dienststelle erklärt, dass ihr die Sektion Gehälter angegliedert wurde, was sieben zusätzliche VZÄ bedeutet. Die AHV-Überbrückungsrente, die bisher bei der kantonalen Finanzverwaltung budgetiert wurde, ist nun Sache der DPM. Der Vergleich mit 2018 ist also nicht aussagekräftig, da sich die Strukturen und Aufgaben inzwischen geändert haben. Der Departementsvorsteher weist zudem darauf hin, dass die Besoldungstabelle für das Staatspersonal seit 2012 nicht mehr angepasst wurde. Damit der Staat als Arbeitgeber attraktiv bleibt, ist eine Revision dieser Besoldungstabelle vorgesehen.</p>		
5. Personal		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Ja

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Einführung eines Indikators, der Auskunft über die von Staatsangestellten absolvierten Schulungen gibt, die zu einer anerkannten Zertifizierung führen (CAS, MAS usw.).



Kantonale Dienststelle für Informatik

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die kantonale Dienststelle für Informatik (KDI) ist eine zentrale Dienststelle, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Informatikstrategie wurde für die Jahre 2015–2024 entwickelt, es bleiben also noch drei Jahre. In der ersten Phase der Strategie ging es darum, den Rückstand aufzuholen, und in der zweiten Phase, die derzeit läuft, stehen Anpassungen und Entwicklungen im Zentrum. Diese Projekte betreffen zahlreiche Dienststellen und haben einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsweise sämtlicher Mitarbeitenden.</p> <p>Es wurde eine Koordinatorenstelle geschaffen, um die Bedürfnisse der Dienststellen zu koordinieren und die Umsetzungsarbeiten zu begleiten. Die Herausforderungen sind nach wie vor zahlreich. Die Verwaltung der elektronischen Daten und deren Verwertung im beruflichen Alltag ist ein Bereich, in dem die Dienststelle besonders aktiv ist. Hinzu kommt der Bau eines zweiten Rechenzentrums in Siders, das es ermöglicht, das Risiko von Datenverlusten aufgrund von Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Erdbeben usw.) zu verringern, indem die Server an zwei verschiedenen Orten untergebracht werden. Auf den Servern in Siders werden die Daten des ersten Rechenzentrums «gespiegelt», es handelt sich also nicht um eine Kapazitätserweiterung.</p> <p>Mit der Einführung der Digitalisierung wurde auch die Dienststelle für die digitale Verwaltung (DDV) ins Leben gerufen, die von der KDI getrennt ist. Während die KDI die gängigen Informatikdienstleistungen erbringt, ist die DDV für die Digitalisierungsprozesse zuständig. Die Koordination zwischen diesen beiden Dienststellen ist allerdings unerlässlich.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p>Die KDI widmet dem Teilziel 1.1 besondere Aufmerksamkeit. Nach dem Hackerangriff auf die Gemeinde Rolle im Kanton Waadt kontaktierte die KDI den Datenschutzbeauftragten, um die Auswirkungen auf den Kanton Wallis abschätzen zu können. Sie ist jedoch der Ansicht, dass sich das Risiko für den Staat Wallis dank der Zwei-Faktor-Authentifizierung in Grenzen hält.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, wie neue Mitarbeitende des Staates Wallis für die IT-Sicherheit sensibilisiert werden. Die KDI erklärt, dass allen Mitarbeitenden zu Sensibilisierungszwecken eine Falle gestellt wird. Es werden regelmässig Phishing-Tests und Schulungen durchgeführt.</p> <p>Ein Abgeordneter erkundigt sich nach den Strukturen, die für den Krisenfall im Bereich der IT-Sicherheit vorgesehen sind. Ihm wird geantwortet, dass im Rahmen der Informatikstrategie ein Krisenstab eingerichtet wurde. Demnächst wird eine alljährliche Übung stattfinden, um diese Strukturen auf Herz und Nieren zu testen.</p>		



2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>Ein Kommissionsmitglied zeigt sich überrascht, dass für das Direktzahlungsprogramm des Staates Wallis Daten aus dem Jahr 2016 verwendet werden. Die KDI erklärt, dass noch nicht alle Dienststellen Zugang zur Referenzdatenbank haben und einige Anwendungen noch angepasst werden müssen, um ein reibungsloses Funktionieren zu gewährleisten. Jean-Marie VOUILLAMOZ erklärt, dass die Direktzahlungen früher auf der Grundlage einer Schätzung berechnet wurden. Seit diesem Jahr sind dank der Geoinformationsplattform des Bundes genaue Daten verfügbar. Die Dienststelle nimmt diese Bemerkung zur Kenntnis und wird sich über den Fortschritt der betreffenden Arbeiten informieren.</p> <p>Ein Abgeordneter erkundigt sich über den Stand des Gesetzesentwurfs über die digitale Verwaltung. Die Verwaltung erklärt, dass dieser Gesetzesentwurf von der Dienststelle für die digitale Verwaltung im Rahmen ihrer prioritären Massnahme 2 behandelt wird. Der Gesetzesentwurf wird derzeit von einer Arbeitsgruppe verfasst.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p>Im vergangenen Jahr wurde auf Antrag der Kommission Indikator 11 angefügt, um den Prozentsatz der Dienststellen zu messen, die Zugang zur Referenzdatenbank haben.</p>		
4. Finanzressourcen		
<p>Im Zusammenhang mit Rubrik 48 weist die Dienststelle darauf hin, dass ein Betrag von 9'911'800 Franken aus dem Fonds zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts zugunsten der Informatikstrategie entnommen wurde.</p> <p>Ein Abgeordneter will wissen, worauf die Differenz zwischen den Budgets 2021 und 2022 bei Rubrik 5 «Investitionsausgaben» zurückzuführen ist. Die Dienststelle erklärt, dass diese Differenz mit der Erneuerung der Firewalls zusammenhängt, die in der Informatikstrategie nicht berücksichtigt wurde. Hier haben wir es mit geplanter Obsoleszenz zu tun. Die Dienststelle hat diesen Posten separat budgetiert, um eine Vermischung der Kosten für die Erneuerung der Firewalls mit jenen für die Informatikstrategie zu vermeiden. Diese Präzisierung findet sich im Abschnitt «Bemerkungen» zu Rubrik 50.</p>		
5. Personal		
<p>Die Verwaltung erklärt, dass für 2022 im Vergleich zum Vorjahr weniger Stellen budgetiert wurden. 1 VZÄ wurde an die Dienststelle für die digitale Verwaltung hinsichtlich der Schaffung der Stelle des Dienstchefs übertragen.</p>		



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge seitens der Kommission.



Dienststelle für die digitale Verwaltung

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher weist auf die Bedeutung der Digitalisierung im Wallis hin. Auf Bundesebene finden diesbezügliche Arbeiten statt und der Kanton will seinerseits die Digitalisierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden vorantreiben. Die Digitalisierung macht sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch der Verwaltung das Leben leichter. Die Schaffung der Dienststelle für die digitale Verwaltung wurde 2021 beschlossen. Diese von Cédric ROY geleitete Dienststelle ist somit die jüngste Dienststelle der Kantonsverwaltung. Cédric ROY war zuvor für die Plattform E-Government Schweiz verantwortlich. Für die Entwicklung der Digitalisierungsstrategie wurden ein Steuerungsausschuss und ein Fachausschuss mit Vertretern des Kantons und der Gemeinden eingesetzt. Laut Dienstchef geht es nicht unbedingt darum, neue Dienstleitungen zu schaffen, sondern vielmehr bereits bestehende Prozesse zu transformieren und zu digitalisieren.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja/Nein	
<p>Ein Abgeordneter fragt sich, ob mit der Digitalisierung gewisser Prozesse nicht der persönliche Kontakt verloren geht. Die Dienststelle beabsichtigt, die Frage der Inklusion im Gesetz zu verankern. Jede/r muss die Möglichkeit haben, digitale Dienstleistungen zu nutzen, aber niemand sollte dazu gezwungen werden. Dies bedingt wiederum, dass einige physische Schalter in einer ersten Phase geöffnet bleiben, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Die physischen Kontakte fallen zwar weg, aber der zwischenmenschliche Kontakt wird über die neuen Tools erfolgen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird das Beispiel Estlands angeführt, dessen Verwaltung weitgehend digitalisiert wurde. Gemäss Dienststelle sind die Voraussetzungen in Estland allerdings nicht unbedingt mit jenen in der Schweiz vergleichbar. Nach dem Fall der Sowjetunion musste Estland seine Verwaltung von Grund auf neu aufbauen. Just in dieser Zeit gewann auch das Internet zunehmend an Bedeutung. Dies gab denn auch den Ausschlag für die digitale Verwaltung. Die Schweiz ihrerseits verfügt seit 1848 über einen Verwaltungsapparat, der im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig ist. Dennoch ist die Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen in der Schweiz vorhanden und wurde durch die Pandemie noch zusätzlich verstärkt.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied will wissen, wann mit den ersten Einsparungen dank der Digitalisierung zu rechnen ist. Die Dienststelle erklärt, dass es zu Einsparungen kommen wird, allerdings erst auf lange Sicht. Solange neben den digitalen Dienstleistungen auch physische Schalter beibehalten werden müssen, sind keine grossen Einsparungen möglich. Es ist daher denkbar, dass die Kosten in einer ersten Phase sogar steigen, bevor sie dann sinken. Dies ist unvermeidlich, denn es ist undenkbar, einen Teil der Bevölkerung auszuschliessen. Diese Massnahmen müssen begleitet werden, weshalb von einer digitalen Transformation die Rede ist. So bleiben beispielsweise die physischen Schalter weiterhin geöffnet, allerdings mit reduzierten Öffnungszeiten, wodurch einerseits die digitalen Dienstleistungen begünstigt und andererseits die traditionellen Dienstleistungen weiterhin zugänglich gemacht werden. Dies wird Einsparungen ermöglichen, allerdings in geringerem Umfang als bei einer vollständigen Umstellung.</p>		



2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja/Nein	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja/Nein	
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
4. Finanzressourcen		
<p>Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass bislang keine Stellen beim Grossen Rat beantragt wurden. Es versteht sich jedoch von selbst, dass der Personalbestand mit der Zeit aufgestockt werden muss. Wie für die Informatikstrategie werden Nachtragskredite beantragt werden, um die Umsetzung dieser Transformationen zu ermöglichen. Die Gesamtkosten für die Transformation werden auf 100 Millionen Franken geschätzt.</p> <p>Ein Abgeordneter will wissen, wie hoch die Kosten für die Gemeinden im Zusammenhang mit der digitalen Transformation geschätzt werden. Der Dienstchef erklärt, dass er beim Grossen Rat einen Verpflichtungskredit beantragen will, der die Basisdienste (elektronische Signatur, elektronische Identität) und deren Einführung abdeckt. Die Aufteilung der Kosten für den Betrieb dieser Ressourcen wird in Absprache mit den Gemeinden vorgenommen. Deren Standpunkt ist derzeit noch nicht bekannt, da der Startschuss für den Prozess gerade erst gefallen ist.</p>		
5. Personal		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen seitens der Kommission.		



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Keine Forderungen, da es sich um eine neue Dienststelle handelt.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge seitens der Kommission.

Die Präsidentin
Chantal VOEFFRAY BARRAS

Die Berichterstatterin
Maud THELER



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Budget 2022

Bericht der Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Die Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt (LTU) ist am 1. Oktober 2021 im Konferenzraum 1 des Espace Porte Conthey in Sitten zusammengekommen, um das Budget 2022 sowie das Dekret zur Verlängerung des Dekrets zur Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren zu behandeln.

Mitglieder	Vertreten durch	01.10.2021
REVAZ Emmanuel, Les Vert.e.s, Präsident		X
ANDREY-BERCLAZ Marlyne, PS/GC, Vize-Präsidentin		X
LIPS Aïda, UDC, Berichterstatterin		X
FURRER Urban, CSPO		X
GRICHTING Valérieane, PLR/FDP		X
EYHOLZER Iwan, CVPO		X
MELLY-BASILI Carole, PDCVr	Carole SCHWERY	X
MOULIN Malvine, PDCVr		X
ROSSIER MOLL Kathleen, PLR/FDP		X
SAVOY Carole, PS/GC		X
SCHNYDRIG Marco, SVPO		X
WOLF Brigitte, Les Vert.e.s		X
ZENHÄUSERN Marcel, CVPO		X

Beobachter

Julien MONOD, FIKO-Delegierter
Laurent MÉTRAILLER, GPK-Delegierter

Parlamentsdienst

PERRUCHOUD Vaïc, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

Frédéric FAVRE, Staatsrat, Vorsteher DSIS

Andrea-Fabio SALAMIN, Controllingverantwortlicher DSIS

Nicolas BOURQUIN, Chef der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW)

Philippe DUBOIS, Wildhüter und Fischereiaufseher, Controllingverantwortlicher DJFW

Rainer OGGIER, Chef der Dienststelle für Geoinformation (DGI)

Sergio BIONDO, Chef der Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB)

Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)

Franz RUPPEN, Staatsrat, Vorsteher DMRU

Daniel MOIX, Controllingverantwortlicher DMRU

Jean-Christophe CLIVAZ, Chef der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (DWFL)

Yann CLAVIEN, Chef der Sektion Natur und Landschaft

Christine GENOLET-LEUBIN, Chefin der Dienststelle für Umwelt (DUW)

Nicolas METTAN, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung (DRE)

Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)

Christophe DARBELLAY, Staatsrat, Vorsteher DVB

François BONVIN, Controllingverantwortlicher DVB

Gérald DAYER, Chef der Dienststelle für Landwirtschaft (DLW)

Mathilde FORT, Chefin des Sektors HR & Finanzen der Sektion Administration und Buchhaltung
DLW

Die in diesem Bericht angegebenen Links wurden am 5. und 6. Oktober 2021 aufgerufen.

Alle Änderungsvorschläge von der Kommission LTU wurden einstimmig angenommen.

Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere, DSIS

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Vorsteher des Departements merkt an, dass diese Dienststelle seit dem 1. Mai 2021 Teil des DSIS ist. Kürzlich hat der Staatsrat entschieden, von einem Fünfjahresbeschluss zu einem jährlichen Beschluss überzugehen. Darin werden die Jagdgrundsätze im Kanton festgelegt. Es wurde intensiv daran gearbeitet, gewisse Praktiken im Zusammenhang mit der Jagd zu verbessern. Eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern des Berufs und der Verwaltung, wurde eingerichtet, um bewährte Verfahren zu ermitteln, dauerhafte Verbesserungen herbeizuführen und letztendlich anerkannte Standards anzustreben. Die Jagd hat sich weiterentwickelt, genauso wie die damit verbundene Wissenschaft und Praxis.</p> <p>Der Vorsteher des DSIS erinnert an das Verbot des Bundes, in den eidgenössischen Jagdbanngebieten zu jagen. Er teilt mit, dass in Absprache mit den Bundesbehörden eine Lösung gefunden wurde, um die Wildtiere im Aletschgebiet und der Combe de l'A zu regulieren. In diesen Regionen gibt es derzeit einen Wildtierüberschuss, der reguliert werden muss, um das Naturerbe zu schützen. Im Unterwallis musste per Los entschieden werden, welche Jäger/innen die Abschüsse vornehmen dürfen.</p> <p>Die grosse Mediatisierung der Wolf-Frage beschäftigt die Dienststelle sehr. Sie muss immer wieder intensive Kommunikationsarbeit leisten, um die zahlreichen Anfragen zu beantworten. Der Departementsvorsteher lädt die Kommissionsmitglieder ein, die Dienststelle zu kontaktieren, wenn sie Frage zum Thema haben, und ergänzt, dass viele Informationen in den Medien falsch sind. Er informiert, dass er mit einigen Medien in Kontakt steht, um zu verhindern, dass falsche Informationen in Umlauf gebracht werden. Das geltende Bundesrecht und der sehr enge Rahmen werden in Erinnerung gerufen:</p> <p>Der Kanton kann einen Einzelwolf zum Abschuss freigeben, wenn dieser innerhalb von vier Monaten zehn Schafe oder zwei Rinder getötet hat und die Angriffe an Orten stattfanden, die geschützt sind oder die nicht geschützt werden können (alle Schutzmassnahmen müssen eingehalten worden sein). Sobald die Abschussbewilligung im Amtsblatt veröffentlicht wurde, kann der betroffene Wolf abgeschossen werden.</p> <p>Bei einem Rudel ist das Bundesamt für Umwelt (BAFU) für die Abschussbewilligung zuständig. Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass es manchmal aufgrund des Verhaltens dieser Tiere schwierig ist, die fraglichen Wölfe zu finden.</p> <p>Bei einem Wolfspaar ist die Situation weniger klar geregelt, da es keine Rechtsprechung für diesen Fall gibt und die Zuständigkeit nicht geklärt ist.</p> <p>Zum Thema Fischerei erklärt das Departement, dass immer mehr Personen einen See im Wallis pachten möchten, während es zuletzt eher Vereine und Burgergemeinden waren, die diese übernehmen.</p> <p>Der Vorsteher des DSIS erwähnt das Thema Luchswilderei, wozu derzeit eine Untersuchung läuft. Diese wird von der Staatsanwaltschaft geleitet. Es soll geklärt werden, ob Staatsangestellte weggeschaut oder diese illegale Tätigkeit auf irgendeine Art und Weise unterstützt haben. Wenn Massnahmen notwendig sein sollten, wird das Departement seine Verantwortung wahrnehmen.</p> <p>Mit den zuständigen Behörden werden Diskussionen über die Sanierung der Schiessstände geführt. Es wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um gemeinsam mit allen Partnern festzulegen, welche Richtung eingeschlagen werden soll. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Anlagen grundlegend für das Training und die Tätigkeit der Jäger/innen sind.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	<p>Ein Abgeordneter erinnert an die Bedeutung von Teilziel 4 für den Tourismus im Zusammenhang mit der Information der Bevölkerung über Wildtiere. Auch die Zweitwohnungsbesitzer/innen, insbesondere englischsprachige, sollten mit den Sensibilisierungskampagnen der Dienststelle angesprochen werden.</p> <p>Allgemeiner Vorschlag, Teilziel 4: Informationen für Touristinnen/Touristen und Zweitwohnungsbesitzer/innen einschliessen, insbesondere auf Englisch.</p>
<p>Ergänzende Bemerkungen</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, wie viel Gewicht die Wildtiere in der Dienststelle haben. Die Dienststelle führt aus, dass der Begriff Wildtiere mehr umfasst als die im Jagdgesetz aufgeführten Arten. Die Dienststelle beschränkt sich auf die Arten gemäss Jagdgesetz (JSG). Das gleiche gilt für den Fischereibereich. Die Dienststelle beschäftigt sich mit den jagdbaren und schützenswerten Arten, die je nachdem reguliert werden oder nicht. Die Verwaltung gibt an, dass die insgesamt rund 68'000 Stunden im Jahr 2020 ungefähr folgendermassen verteilt waren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 14'000 Arbeitsstunden für die Aufgaben «Leitung und Management» • 22'000 Arbeitsstunden für die Aufgaben im Bereich «Erhalt der Artenvielfalt» • 16'000 Arbeitsstunden für Aufgaben im Bereich «Regulation Jagd / Fischerei und Hegemassnahmen» • 6'800 Arbeitsstunden für Aufgaben im Bereich «Erhaltung der Lebensräume und Ausbildung der Jäger» • 2'750 Arbeitsstunden für Aufgaben im Bereich «Information und Forschung» <p>Daraus ist ersichtlich, dass das Wildtiermanagement einen grossen Teil der Arbeit der Dienststelle ausmacht.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	<p>Ein Abgeordneter thematisiert die prioritäre Massnahme ad1.1. Die Revision des kantonalen Gesetzes wird ausgesetzt, bis das entsprechende Bundesgesetz revidiert ist. Die Dienststelle erwidert, dass sie diese Revision auf dem Radar hat, die im Rahmen des Budgets vorgesehene Frist aber unrealistisch ist. Es wird vorgeschlagen, diese Frist anzupassen, damit sie der Realität besser entspricht.</p> <p>Änderungsvorschlag, prioritäre Massnahme ad1.1:</p> <p>Anpassung der Frist</p> <p>Ein Abgeordneter spricht die prioritäre Massnahme ad1.2 an. Die Dienststelle erklärt, dass die Schutzgebiete die eidgenössischen Jagdbanngelände sowie die zwei WZVV-Gebiete umfassen (entspricht der eidgenössischen Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung). Diese Verordnung sieht Schutzgebiete auf Bundesebene für Wasser- und Zugvögel vor. Sie merkt an, dass eine Korrektur dennoch notwendig ist, da das Wallis derzeit über 13 und nicht über 11 Schutzgebiete verfügt.</p> <p>Änderungsvorschlag der prioritären Massnahme ad1.2</p> <p>Umsetzung des «BAFU-Programmabkommens 2020–2024» und der Bestimmungen der Bundesverordnung zur Reduktion des öffentlichen Drucks in den 14–13 Schutzgebieten.</p>
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
keine		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter thematisiert Indikator 17 und fragt, ob die Anzahl Seeforellenjungfische und Eier früher oder später reduziert wird. Die Dienststelle gibt an, dass sie die Anzahl reduzieren will. Das Ziel des Kantons ist es, den Fischbesatz zu reduzieren und die natürliche Erholung der Wasserläufe zu begünstigen, um die Natur letztendlich sich selbst zu überlassen. Die künstliche Freisetzung sollte auch zurückgehen, sobald der Fischpass beim Staudamm von Evionnaz in Betrieb genommen wird. Dieser sollte die Migration der Seeforellen vom Genfersee bis zur Rhone und deren Nebengewässer und somit eine natürliche Fortpflanzung ermöglichen. Die Dienststelle wird im Rahmen des nächsten Budgets eine neue Formulierung für diesen Indikator vorschlagen, damit das Reduktionsziel deutlicher wird.</p>		

4. Finanzressourcen		
<p>Ein Abgeordneter möchte im Zusammenhang mit der Rubrik 42 wissen, ob eine Erhöhung der Preise für das Jagdpatent geplant ist, um den Rückgang der Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung der Abschüsse durch ausländische Kunden auszugleichen. Er betont, dass es für die Bevölkerung in seinem Wahlkreis wichtig ist, dass der derzeitige Preis beibehalten wird. Die Dienststelle gibt an, dass der Patentpreis vorläufig unverändert bleibt und derzeit keine Erhöhung geplant ist. Sie kann eine künftige Erhöhung oder Senkung im Moment aber nicht ausschliessen.</p>		

5. Personal		
Es werden keine Erklärungen verlangt.		

6. Zusätzliche Informationen		
<p>Ein Abgeordneter wünscht Präzisierungen zu den Straftaten (P1206). Die Dienststelle gibt an, dass die Ausgaben in dieser Rubrik grundsätzlich den Stunden für die Überwachung durch die Mitarbeitenden der Dienststelle entspricht. Sie fügt an, dass die Einnahmen gering scheinen können: Das liegt daran, dass alle Straftatbestände der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten überwiesen werden. Diese verbuchen die Einnahmen in ihrem eigenen Budget. Die Einnahmen der Dienststelle entsprechen ausschliesslich den Ordnungsbussen, von denen es wenige gibt. Die Verwaltung hält fest, dass sie mit der Bestrafung von Jägerinnen und Jägern keine Gewinne erzielen will.</p> <p>Ein Abgeordneter ist überrascht, wie wenig Mittel für die Forschung über wildlebende Tiere (P1302) zur Verfügung stehen, und fragt, ob nicht andere Bundesmittel erschlossen werden könnten. Die Dienststelle führt aus, dass sie nicht das Ziel verfolgt, Grundlagenforschung über wildlebende Tiere zu betreiben, aber entsprechende Forschung von Dritten unterstützt. Dabei wird insbesondere auf die Erfassung der Hirsche im Gebiet Aletsch und Goms mit dem Bund hingewiesen.</p>		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

- Änderungsvorschlag, **prioritäre Massnahme ad1.1** → Anpassung der Frist
- Änderungsvorschlag, **prioritäre Massnahme ad1.2** → *Umsetzung des «BAFU-Programmabkommens 2020–2024» und der Bestimmungen der Bundesverordnung zur Reduktion des öffentlichen Drucks in den 44 13 Schutzgebieten*

Dienststelle für Geoinformation (DGI)

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle stellt das kantonale Geoportal zur Verfügung. Das Geoportal bietet einen zentralen Zugang zu allen interaktiven Karten und Geodaten des Kantons. Die Karte ist ein Kommunikationsmittel, um schnell eine Übersicht über eine Parzelle, eine Gemeinde oder über das ganze Kantonsgebiet zu gewinnen.</p> <p>Der Dienstchef gibt an, dass eine Reorganisation vorgenommen wurde und der Leistungsauftrag ebenfalls geändert wurde, um den erbrachten Leistungen besser zu entsprechen. Die Dienststelle bietet folglich drei verschiedene Dienstleistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die amtliche Vermessung • die Georegister • geographisches Informationssystem GIS-Wallis <p>Die Dienststelle steht regelmässig mit dem Bundesamt für Landestopografie (Swisstopo) in Kontakt, das einen guten Teil der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der amtlichen Vermessung und dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen finanziert.</p> <p>Die amtliche Vermessung ist Gegenstand von Programmvereinbarungen über vier Jahre. Der Grosse Rat hat im Oktober 2020 ihre Erneuerung verabschiedet. Eine der Aktivitäten betrifft die Erneuerung der alten Vermessungen auf Papier. Ein Teil dieser Vermessungen wurde in das kantonale Geoportal aufgenommen. Ein weiterer Teil muss noch fertiggestellt werden. Das liegt insbesondere daran, dass die Bearbeitungszeit der Dossiers durch den Bund aufgrund der Pandemie länger ist. Die Bearbeitungszeit, die vor Corona zwei Monate betrug, liegt nun bei neun Monaten. Sobald die Vermessungen durchgeführt und auf das Geoportal gestellt sind, kann der Eigentümer oder die Gemeinde entscheiden, mit welchen Geometern er/sie zusammenarbeiten möchte, was eine Liberalisierung des Marktes ermöglicht. Der Dienstchef betont, dass in der amtlichen Vermessung sehr viele Parzellen registriert sind (640'000), ein Rekord schweizweit.</p> <p>Aus historischen Gründen liegen die meisten der umzusetzenden Lose für die Alpgebiete im Oberwallis. Im Rahmen der neuen Programmvereinbarung mit dem Bund sind erste Erhebungen in den Alpgebieten für 180'000 Hektare geplant. Diese Massnahmen werden zu 45 Prozent vom Bund und zu 55 Prozent vom Kanton finanziert.</p> <p>Die Adressierung der Gebäude und ihre Aufnahme in das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) gehört ebenfalls zu den Tätigkeiten der Dienststelle. Das Verzeichnis wird beim Bundesamt für Statistik (BFS) gehostet. Es dient der Erstellung von Statistiken im Zusammenhang mit dem Bau, der Beheizung von Gebäuden und der Erkennung von Zweitwohnungen.</p> <p>In Sachen dauernde Bodenverschiebungen haben die Papierversionen standardmässig Vorrang vor der Realität vor Ort. Wenn sich die Grenzen natürlich verschieben und die Grenzen sich mitverschieben, dann gelten die Bodenmarkierungen.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p>Ein Abgeordneter möchte wissen, ob die Daten der Dienststelle öffentlich zugänglich sind, insbesondere für den Tourismussektor. Die Dienststelle gibt an, dass diese Daten kostenlos zugänglich sind. Sie stellt insbesondere interaktive Karten für Tourismus und Erholung zur Verfügung. Es wird angefügt, dass alle diese Daten nutzen können, aber die Quelle genannt und zudem angegeben werden sollte, ob Änderungen vorgenommen wurden. Ausserdem ist der Kanton nicht Besitzer aller Daten. Die nationalen Karten sind beispielsweise Eigentum des Bundes, der aber ebenfalls eine Open-Data-Policy vertritt. Die Dienststelle arbeitet mit kantonsexternen Stellen zusammen, allerdings gehen dann die Bedürfnisse des Kantons jenen Dritter vor.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Keine Bemerkungen</p>		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ein Abgeordneter spricht Indikator 2 an. Er möchte wissen, wieso das Ziel 2022 gleich ist wie jenes für 2021. Der Dienstchef antwortet, dass die Vermessung der Alpengebiete einige Zeit in Anspruch nimmt, insbesondere in schwer zugänglichen Gebieten, die nur im Sommer erfasst werden können. Das Ziel sei zwar ähnlich wie 2021, entspreche aber dennoch einer Verbesserung im Vergleich zur Rechnung 2020 und dazu, was 2021 umgesetzt werden konnte.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, ob die Daten auf dem Geoportal (Indikator 8) für die Öffentlichkeit zugänglich sind und ob es noch mehr werden. Die Dienststelle antwortet, dass einige Daten geschützt bleiben oder Dritten gehören. Diese werden entsprechend nicht veröffentlicht. Es werden insbesondere die Heizdaten genannt, die nie als Open Data angeboten werden. Sobald das Ziel erreicht ist, wird dieser Indikator aufgegeben.</p>		

4. Finanzressourcen		
<p>Ein Abgeordneter möchte wissen, wie es in der Rubrik 49 zur Differenz von 330'000 CHF kommt. Die Dienststelle antwortet, dass dieser Betrag von der Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (DVS) überwiesen wurde, um ein Trinkwasser-Projekt umzusetzen. Die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Geoinformationssystem (GIS) werden vom Direktionsrat GIS priorisiert. Um den Verzug in diesem Projekt aufzuholen, hat die Dienststelle für Geoinformation die DVS unterstützt, insbesondere indem sie einen Geomatiker und Kartografie-Spezialisten zur Verfügung gestellt hat.</p> <p>Ein Abgeordneter fragt nach den Rubriken 57 und 67. Die Verwaltung gibt an, dass es sich dabei um alte Lose von vor 2014 handelt, die ursprünglich als Investitionen betrachtet wurden und infolge eines Staatsratsentscheids als Betriebsaufwand aufgeführt werden. Diese ehemaligen Lose werden per Ende Jahr abgeschlossen.</p>		
5. Personal		
Keine Bemerkungen		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

keine

Dienststelle für Grundbuchwesen (DSIS)

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
-----------------	-------------------

Allgemeine Bemerkungen
<p>Die Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB) ist eine öffentliche Dienststelle, die für die Eintragung und Verwaltung von Rechten an Grundstücken zuständig ist (z. B. Eigentum, Dienstbarkeiten oder Grundpfandrechte). Sie besteht aus sechs Grundbuchämtern, verteilt auf die Grundbuchkreise, dem Rechtsamt und dem Grundbuchinspektorat sowie den Einheiten zur Grundbucheinführung und -informatisierung und weiteren Einheiten. Die Dienststelle hat kürzlich Departement gewechselt.</p> <p>Die DGB hat folgende Kompetenzbereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Verwaltung des papierbasierten und digitalen Grundbuchs • die Modernisierung des aktuellen Registers mit dem Ziel, alle Daten einheitlich und elektronisch zu verwalten • die Erteilung von Bewilligungen für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) • den Erlass von Entscheiden zur Bewilligungspflicht im Sinne des Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG). Der Staatsrat hat in dieser Sache kein Einsichtsrecht. • die Führung der Walliser Testamentszentrale <p>Covid-19 hat sich auf die DGB ausgewirkt: In gewissen Regionen kam es zu einer regelrechten Explosion der Immobilientransaktionen. In bestimmten Abteilungen wurde eine Verlängerung der Bearbeitungszeit festgestellt. Trotz ergriffener Massnahmen bleibt die Situation angespannt. Deshalb hat der Staatsrat im April entschieden, die Lohnmasse bis 2023 zu erhöhen, um das Grundbuchamt zu unterstützen.</p> <p>Die Dienststelle wird derzeit im Rahmen des Programms GB 2020 modernisiert. Dadurch sollen das Grundbuchamt modernisiert, das elektronische eidgenössische Grundbuch eingeführt und ein Geoinformationssystem eingerichtet werden. Von 56 Projektprogrammen laufen elf noch. Sieben werden Ende 2022 abgeschlossen und vier dauern über 2023 hinaus, ein einziges bedingt eine zusätzliche Finanzierung. Diese zusätzliche Finanzierung könnte im Jahr 2022 über ein Kreditbegehren beim Grossen Rat beantragt werden.</p>

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine Bemerkungen		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Keine Bemerkungen		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ein Abgeordneter fragt, wieso das Ziel für 2022 bei Indikator ad3.5 nicht nach oben korrigiert wird. Der Departementsvorsteher antwortet, dass er einen hohen Prozentsatz der Zufriedenheit möchte, ohne kontraproduktiven Druck auf die Dienststelle auszuüben. Er erachtet diesen Wert als zufriedenstellend und würde sich über eine Erhöhung freuen, ohne diese aber zum Ziel zu erklären. Diese Massnahmen werden anhand von Smileys umgesetzt, welche die Bürgerinnen und Bürger drücken können, nachdem sie am Schalter waren.		

4. Finanzressourcen		
Ein Abgeordneter fragt, auf welcher Grundlage die Prognosen angestellt wurden, die zur Erhöhung in Rubrik 40 geführt haben, nachdem doch die Prognosen in den letzten Jahren immer unter der Realität gelegen sind. Die Dienststelle gibt an, dass sie gemäss Vorsichtsprinzip keine unrealistischen Zahlen verfolgt. Die entsprechenden Schätzungen sind in der Regel ziemlich präzise, mögliche aussergewöhnliche Situationen werden jedoch nicht berücksichtigt.		

5. Personal		
Ein Abgeordneter weist auf Rubrik 30 hin. Die VZE in der Rechnung 2020 und im Budget 2022 sind fast gleich, dennoch wird eine Differenz von 728'900 CHF festgestellt. Die Dienststelle erläutert, dass es sich um eine zusätzliche Lohnmasse handelt. Die unbefristeten VZE sind unverändert geblieben, es wurde aber zusätzliches Personal angestellt, insbesondere im Zusammenhang mit den Folgen von Covid-19. Dazu wurden befristete Verträge bis 2023 ausgestellt. Aus diesem Grund lässt sich eine Differenz feststellen.		

6. Zusätzliche Informationen		

Ein Abgeordneter möchte wissen, was die Gesundheitsstempel (GP1101 402) sind. Die Dienststelle erklärt, dass sie für jeden formellen Entscheid eine Abgabe und/oder Gebühren erhebt. Diese Kosten entsprechen insbesondere dem Gesundheitsstempel, dessen Gesetzesgrundlage in einem [Beschluss](#) festgelegt ist.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge

Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft, DMRU

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher erinnert an die Reorganisation der Dienststelle, die ab 1. Januar 2022 vollzogen wird. Es wird eine Dienststelle für Naturgefahren geschaffen, welche die Dienststelle Hochwasserschutz Rhone und die Sektion Flussbau, Geologie und Naturgefahren sowie einen Teil der Sektion Administration der derzeitigen Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft übernimmt. Die neuen Aufträge und Strukturen werden in der Rechnung 2021 abgebildet. Es war nicht möglich, diese Änderungen im Budget 2022 zu berücksichtigen, da erst im August 2021 entschieden wurde, diese neue Dienststelle zu schaffen, als das Budget 2022 bereits vorbereitet war.</p> <p>Ohne Berücksichtigung des Transfers zur Dienststelle Hochwasserschutz Rhone ist das Budget 2022 ähnlich wie das Budget 2021 mit einer Differenz von 600'000 CHF.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?</p>	<p>Ja</p>	
<p>Ein Abgeordneter spricht die Funktionen der Wälder an (neben den Schutzwäldern), insbesondere die positiven Auswirkungen auf das Wohlbefinden, die nicht in den Zielen aufgeführt sind. Der Dienstchef antwortet, dass dieses Thema grundlegend ist, aber dafür derzeit keine spezifische Finanzierung vorgesehen ist. Er erwähnt, dass ein grosses Projekt zur Segmentierung der Wälder läuft, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Die Kosten für dieses Projekt belaufen sich auf fast 200'000 CHF pro Jahr. swisstopo unterstützt die Dienststelle derzeit dabei, die für das Projekt notwendigen Daten zu generieren. Die Verwaltung hofft, im Laufe des nächsten Jahres mit diesen Daten arbeiten zu können. Der kantonale Waldentwicklungsplan ist aufgrund der laufenden Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren (kGWNg) im Moment ausgesetzt. Die Dienststelle ergänzt, dass das vom Abgeordneten angesprochene Thema im Rahmen dieser Projekte behandelt wird, obwohl es nicht direkt aufgeführt wird.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt nach dem politischen Teilziel 5 des politischen Ziels 2 und den in diesem Rahmen unternommenen Massnahmen. Der Chef der Sektion Natur und Landschaft antwortet, dass seine Sektion die Situation allgemein koordiniert, verfolgt und überwacht. Sie stellt den Gemeinden entsprechende Handbücher und Unterlagen zur Verfügung. Die Sektion ist auch verantwortlich für den Umgang mit Neophyten in den Schutzgebieten. Alle fünf Jahre formuliert die Sektion Empfehlungen für die Gemeinden zur Bekämpfung invasiver Pflanzen. Sobald eine invasive Pflanze verbreitet ist, wird es sehr schwierig und kostspielig, sie auszurotten. In Zusammenarbeit mit Frankreich werden derzeit Alternativen zu chemischen Produkten getestet, um gewisse invasive Pflanzen zu bekämpfen.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	<p>Ein Abgeordneter schlägt vor, den Begriff «prioritär» bei der prioritären Massnahme ad5.14 des politischen Ziels 2 zu ändern, den er als unpassend erachtet. Der Begriff «prioritäre Arten» bezieht sich normalerweise auf geschützte Arten (PM ad3.7), während es in der Massnahme ad5.14 um invasive Arten, Neophyten, geht.</p> <p>Vorschlag zur Änderung der prioritären Massnahme ad5.14 des politischen Ziels 2</p> <p>Änderung des Begriffs «prioritär»</p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter spricht die Frist der prioritären Massnahme ad1.1 des politischen Ziels 1 an und möchte wissen, ob diese mit der Verlängerung des Dekrets zur Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren zusammenhängt. Die Dienststelle gibt an, dass die Massnahme tatsächlich in Zusammenhang mit dem Dekret steht. Als die Frist im Februar 2021 festgelegt wurde, wollte die Verwaltung einen realistischen Termin, der mehr Flexibilität erlaubt. Die Arbeitsgruppe hat sich seither zu vier Sitzungen getroffen.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt nach dem Zusammenhang zwischen der prioritären Massnahme ad5.4 des politischen Ziels 1 und dem Postulat, das im Grossen Rat im September 2021 im Behandlungsstadium angenommen wurde. Der Dienstchef bestätigt, dass die Anwendung des Postulats in den Rahmen dieser Massnahme einfließen könnte. Der kantonale Waldentwicklungsplan fehlt noch, dieser Punkt wurde im Hinblick auf die laufenden Gesetzesrevisionen offengelassen.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt, ob das kantonale Landschaftskonzept öffentlich zugänglich ist (prioritäre Massnahme ad1.1 des politischen Ziels 2). Die Dienststelle gibt an, dass der Zugang bald gewährleistet wird. Für Mitte November ist eine Anhörung der Dienststellen vorgesehen. Das Projekt wird dann dem Staatsrat vorgelegt und es wird darüber informiert.</p> <p>Ein Abgeordneter interessiert sich für die prioritäre Massnahme ad7.18 des politischen Ziels 2. Die Sektion führt aus, dass die Revision der Gesetzesgrundlagen in Sachen Natur und Landschaft derzeit fertiggestellt wird. Der Jurist, der sich mit diesem Dossier beschäftigt, wird bald nicht mehr da sein. Struktur und Inhalt sind abgeschlossen. Die Anhörung ist noch ausstehend und die entsprechenden Rückmeldungen werden berücksichtigt werden müssen.</p>		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Kommissionsmitglied erkundigt sich nach der bei Indikator ad3.5 des politischen Ziels 1 geplanten Senkung. Die Rubrik der zusätzlichen Informationen PG1201 562 «Beiträge: Schutzwald» entspricht dem für Schutzwälder gewährten Betrag. Dieser Betrag in Höhe von über 18 Millionen CHF ermöglicht es, 1'600 Hektare und nicht 2'000 Hektare zu finanzieren.</p> <p>Diese Anpassung wird von einem Abgeordneten als Rückkehr zur Realität empfunden. Der normale Subventionssatz liegt bei 90 Prozent, die kürzlich von der Kommission genehmigte Verlängerung des Dekrets erhöht diesen Satz auf 98 Prozent. Die Mittel des Staates sind beschränkt: Deshalb müssen entweder die zur Verfügung stehenden Mittel erhöht werden, um mehr Fläche zu subventionieren, oder die subventionierte Fläche reduziert werden. Die im Budget 2022 vorgesehenen 1'600 Hektare entsprechen einer Übergangszeit im Zusammenhang mit dem Dekret zur Verlängerung des Dekrets zur Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren. Ein Kommissionsmitglied stellt auch fest, dass die Position PG1201 562 «Beiträge: Schutzwald» im Vergleich zum Budget 2021 fast 3 Millionen CHF höher ausfällt. Die Dienststelle erinnert daran, dass im Budget 2021 2'000 Hektare vorgesehen waren, aber mit einem tieferen Subventionssatz (90 %) als im darauffolgenden Dekret (98 %).</p> <p>Der Controllingverantwortliche des Departements führt aus (Ergänzungen nach der Sitzung), dass der Wert des Indikators des Budgets 2021 (2'000 ha) zu Beginn des Jahres 2020 in die Leistungsaufträge aufgenommen wurde, und zwar ausgehend von einer geringeren Subvention für die Fläche (Pauschale pro Hektar). Dieser Wert wurde in die Leistungsaufträge 2021 aufgenommen, bevor der Entscheid des Grossen Rates vom 17. Juni 2020 über das Dekret gefällt wurde, mit dem der maximale Subventionssatz in Artikel 48 Absatz 1 kGWNg (98 statt 90 %) geändert wurde. Nach diesem Dekret hätte der Indikator ad3.5 PZ 1 in den Leistungsaufträgen des Budgets 2021 auf 1'600 ha korrigiert werden müssen. Da dieser Indikator von der thematischen Kommission, die das Budget 2021 behandelt hat, jedoch nicht diskutiert wurde und es in der Novembersession keinen Änderungsantrag gab, wurde er vom Grossen Rat im Dezember 2020 unverändert angenommen.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt nach Indikator ad2.4 des politischen Ziels 1 und dessen Auswirkung auf den Tourismus. Die Verwaltung antwortet, dass sie forstliche Erschliessungswege unterstützt, mit denen die Schutzwälder genutzt werden können. Die in diesem Indikator genannte Anpassung an die Normen besteht darin, die betroffenen Forststrassen auf 3,5 Meter zu verbreitern. Die Bauten, insbesondere die Entwässerung, werden ebenfalls punktuell erneuert. Der Dienstchef stellt fest, dass dieser Budgetposten in den letzten Jahren häufig infolge von Unwettern gewährt wurde, die beispielsweise Erdrutsche auf die Forststrassen verursacht hatten. Die Auswirkung ist jedoch beschränkt, da es sich grossmehrheitlich um bestehende Strassen handelt. Der Bau neuer Forststrassen im Wallis bleibt die Ausnahme.</p>		

4. Finanzressourcen
<p>Ein Abgeordneter wünscht mehr Informationen zu den zusätzlichen 800'000 CHF, die für den Wasserbau vorgesehen sind, und die Reserve an Verpflichtungskrediten (Bemerkungen, vorletzter Satz des ersten Abschnitts). Die Dienststelle gibt an, dass in der Sektion Flussbau viele Projekte geplant sind. Diese Projekte wirken sich darauf aus, was künftig finanziert werden kann. Die Finanzplanung ist schwierig, wenn sich solche Projekte verzögern, weshalb dieser Zuschlag vorgeschlagen wird.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt nach der Differenz zwischen den Rubriken 39 und 49. Die Dienststelle ergänzt, dass diese Rubriken zentralisiert von der Finanzverwaltung angefügt werden. Die Dienststelle hat keinen Einfluss auf diese Rubriken. Nach Rückfrage beim Controllingverantwortlichen des Departements (Klärung nach der Sitzung) erklärt sich die Differenz zwischen dem Budget 2021 und dem Budget 2022 durch die Nichtentnahme von 1,6 Millionen CHF aus dem Fonds Korrektur der Wasserläufe im Budget 2022. Da 2022 keine Entnahme aus diesem Fonds vorgesehen ist, gibt es keine Zuweisung an die entsprechenden Kostenstellen.</p>

5. Personal
Keine Bemerkungen

6. Zusätzliche Informationen
<p>Ein Kommissionsmitglied stellt fest, dass die Rubrik p1202 im Vergleich zum Budget 2021 geringer ausfällt und ist insbesondere in Anbetracht des Bedarfs (Bezug auf die Stagnation von Indikator ad7.13 des PZ1) erstaunt darüber. Die Dienststelle legt dar, dass diese Mittel mit der Umsetzung von Programmvereinbarungen zusammenhängen. Im konkreten Fall kann sie den festgestellten Rückgang nicht erklären, da die Mittel zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) gleichzeitig gestiegen sind. Der Vertreter der Dienststelle fügt an, dass der Kanton Wallis beim Bund in Bezug auf die Waldreservatsflächen einen guten Ruf hat, da das Wallis kürzlich zwei sehr grosse Waldreservate vorschlagen konnte. Der Bund freut sich über diese Entwicklung und hat Mittel gewährt.</p> <p>Die Zusatzinformationen in den Sitzungsunterlagen erlauben keinen Vergleich zwischen dem Budget 2021 und der Rechnung 2020. Deshalb hat die Dienststelle der Kommission auf Antrag des FIKO-Delegierten die nachfolgende Tabelle mit den entsprechenden Informationen zur Verfügung gestellt.</p>

Vergleichende Entwicklung der Rubriken 56 und 63 DWFL	Rechnung 2020	Budget 2021	Budget 2022
P1201 Schutzwaldbewirtschaftung			
562 Beiträge: Infrastrukturen		475'500	470'200
562 Beiträge: Schutzwald	18'579'402	15'234'200	18'356'000
562 Beiträge: Forststrassen	2'086'028	2'236'800	2'294'200
564 Beiträge Öffentliche Unternehmungen: Schutzwald	45'900	36'700	80'000
630 Bundesbeiträge: Forststrassen	-1'598'799	-1'392'700	-1'454'200
630 Bundesbeiträge: Infrastrukturen		-276'000	-270'400
630 Bundesbeiträge: Schutzwald	-10'144'500	-8'545'000	-11'710'000
Total 56 P1201	20'711'330	17'983'200	21'200'400
Total 63 P1201	-11'743'299	-10'213'700	-13'434'600
Netto P1201	8'968'032	7'769'500	7'765'800
Netto P1201 56/63 Schutzwald	8'434'902	6'689'200	6'646'000
Indikator: Jährlich behandelte Schutzwaldfläche	1'963	2'000	1'600
Subventionssatz	98 %	98 %	98 %
P1204 Forstbetriebe, Holzketten und Ausbildung			
562 Beiträge Waldbewirtschaftung	28'161	75'800	66'000
630 Bundesbeiträge: Waldbewirtschaftung	-15'714	-42'000	-36'000
Netto P1204	12'446	33'800	30'000

P3101 Gefahrenkarten			
562 Beiträge: Prävention H2G	94'810	29'500	19'000
562 Beiträge: Gefahrenkarte Kreis 2	309'566	866'200	1'176'000
562 Beiträge: Gefahrenkarte Kreis 3	133'647	74'600	215'400
562 Beiträge: Gefahrenkarte Kreis 1	157'607	85'500	168'800
562 Beiträge: Gefahrenkarte Naturgefahren	512'955	1'141'900	468'000
562 Beiträge: Prävention Naturgefahren	775'869	869'100	896'400
565 Beiträge private Unternehmen: Prävention	13'762		
630 Bundesbeiträge: Prävention H2G	-49'900	-15'500	-10'000
630 Bundesbeiträge: Gefahrenkarte Kreis 2	-162'929	-455'900	-611'400
630 Bundesbeiträge: Gefahrenkarte Kreis 3	-70'340	-39'300	-113'400
630 Bundesbeiträge: Gefahrenkarte Kreis 1	-82'951	-45'000	-75'800
630 Bundesbeiträge: Prävention Naturgefahren	-377'586	-421'600	-419'500
630 Bundesbeiträge: Gefahrenkarte Naturgefahren	-290'187	-634'400	-259'500
<i>Total 56 P3101</i>	<i>1'998'214</i>	<i>3'066'800</i>	<i>2'943'600</i>
<i>Total 63 P3101</i>	<i>-1'033'894</i>	<i>-1'611'700</i>	<i>-1'489'600</i>
Netto P3101	964'320	1'455'100	1'454'000
P3102 Bau und Unterhalt von Schutzbauten			
563 Beiträge: Wasserbauprojekte		5'292'500	916'000
562 Beiträge: Schutzbauten WBG Oberwallis	6'558'754	4'493'100	7'775'100
562 Beiträge: Schutzbauten WBG Mittelwallis	4'963'506	5'400'400	7'014'400
562 Beiträge: Schutzbauten WBG Unterwallis	4'764'492	6'225'100	8'349'100
562 Beiträge: Bau und Unterhalt von Schutzbauten	11'066'364	10'256'200	10'858'700
564 Beiträge öffentliche Unternehmen: Bau und Unterhalt von Schutzbauten	641'170		
565 Beiträge private Unternehmen: Bau und Unterhalt von Schutzbauten	537'125	461'800	403'400
630 Bundesbeiträge: Wasserbauprojekte		-2'067'500	-444'000
630 Bundesbeiträge: Schutzbauten WBG Oberwallis	-4'297'245	-2'862'700	-5'370'500
630 Bundesbeiträge: Schutzbauten WBG Mittelwallis	-3'286'143	-2'882'100	-3'477'900
630 Bundesbeiträge: Schutzbauten WBG Unterwallis	-2'623'145	-3'589'500	-5'416'500
630 Bundesbeiträge: Bau und Unterhalt von Schutzbauten	-6'556'858	-5'378'500	-5'648'700
<i>Total 56 P3102</i>	<i>28'531'411</i>	<i>32'129'100</i>	<i>35'316'700</i>
<i>Total 63 P3102</i>	<i>-16'763'391</i>	<i>-16'780'300</i>	<i>-20'357'600</i>
Netto P3102	11'768'020	15'348'800	14'959'100
P3301 Bewirtschaftung der Fließgewässer			
562 Beiträge: Renaturierung und Gewässerräume Oberwallis	263'709	276'000	236'000
562 Beiträge: Renaturierung und Gewässerräume Mittelwallis	31'028	45'000	185'000
562 Beiträge: Renaturierung und Gewässerräume Unterwallis		1'130'000	385'000
630 Bundesbeiträge: Renaturierung und Gewässerräume Oberwallis	-263'709	-145'800	-198'300
630 Bundesbeiträge: Renaturierung und Gewässerräume Mittelwallis	-27'580	-40'000	-110'000
630 Bundesbeiträge: Renaturierung und Gewässerräume Unterwallis		-620'000	-222'000
<i>Total 56 P3301</i>	<i>294'737</i>	<i>1'451'000</i>	<i>806'000</i>
<i>Total 63 P3301</i>	<i>-291'290</i>	<i>-805'800</i>	<i>-530'300</i>
Netto P3301	3'448	645'200	275'700
Total 56 DWFL	51'563'853	54'705'900	60'332'700
Total 63 DWFL	-29'847'588	-29'453'500	-35'848'100
GESAMTER NETTOBETRAG RUBRIKEN 56/63 DWFL	21'716'266	25'252'400	24'484'600

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

keine

Dienststelle für Umwelt, DMRU

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle für Umwelt (DUW) hat den Auftrag, den Menschen und seine Umwelt vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen zu schützen. Dabei stützt sie sich auf die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Luftreinhaltung, den Gewässerschutz, den Schutz des Bodens, den Schutz vor Lärm und nichtionisierender Strahlung (Elektrosmog) sowie die Abfallentsorgung und die Sanierung von Altlasten.</p> <p>Der Departementsvorsteher informiert über die Prioritäten der Dienststelle: die Sanierung von belasteten Standorten und Altlasten, die Reduktion von Abfällen und Emissionen, aber auch die Modernisierung der Infrastruktur. Die Dienstchefin erklärt, dass die Senkung der Investitionsausgaben betreffend Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit der Arbeitsplanung der Gemeinden und einem allgemeinen Rückgang ihrer Investitionen zusammenhängt. Die Sanierung von Gamsenried, die Sanierung der landwirtschaftlichen Böden und die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Boden sind wichtige Dossiers. Der Kataster der belasteten Standorte ist ebenfalls auf dem kantonalen Geoportal verfügbar.</p> <p>Die Dienstchefin stellt im Rahmen der Bodenstrategie des Kantons fest, dass Massnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens ergriffen werden müssen. Dieses Thema stand bisher wenig im Fokus, wirkt sich aber stark auf die Bereiche Landwirtschaft, Wälder und andere Teile des Kantonsgebiets aus und wird für künftige Entwicklungen entscheidend sein, insbesondere in Sachen CO₂-Abscheidung.</p> <p>Eine Priorität der Dienststelle besteht darin, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Dritten Daten zur Planung und Umsetzung der Bodenstrategie zu sammeln. Diese Daten sind derzeit bei verschiedenen Akteuren verteilt. Eine Zentralisierung würde eine bessere Übersicht über die Bodenwirtschaft im Wallis ermöglichen, ein im Kanton noch wenig bekanntes Thema. Der Bund wird insbesondere beigezogen, um eine hochwertige Kartierung der Walliser Böden zu begünstigen.</p> <p>Die Sanierung der Schiessstände ist ebenfalls ein wiederkehrendes Thema für die Dienststelle. Die ausstehenden Zahlungen einiger Gesellschaften müssen abgewartet werden. Die Dienststelle möchte nicht, dass diese Gesellschaften Konkurs gehen, aber das Verursacherprinzip sollte bestmöglich beachtet werden, ansonsten gehen die notwendigen Sanierungen zulasten der Allgemeinheit. Auf Anfrage eines Kommissionsmitglieds führt die Dienststelle aus, dass sie nicht über die Kompetenzen verfügt, diese Standorte zu schliessen. Es handelt sich dabei um militärische Kompetenzen, die in die Zuständigkeit des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport fallen. Sie kann aber eine Sanierung der Standorte verlangen. Wenn die Anforderungen nicht erfüllt sind, verlieren die betroffenen Schützenvereine ihr Recht auf Bundesbeiträge. Derzeit müssen rund dreissig Schiessstände im Wallis saniert werden. Der Bund beteiligt sich in der Regel zu 40 Prozent an der Sanierung, der Kanton zu 33 Prozent und der Rest geht zulasten der Gemeinde und des Schützenvereins. Die Dienststelle informiert die Kommission, dass sie auf Antrag des Grossen Rates eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, um einen kantonalen Fonds für belastete Standorte einzurichten. Dieser Fonds soll das Verursacherprinzip gewährleisten und gleichzeitig bei Ausfällen über Ressourcen verfügen.</p> <p>Die Dienststelle beschäftigt sich auch mit der Einrichtung von 5G-Antennen. Die zahlreichen kantonalen und kommunalen Unterschiede erschweren die Arbeit der Dienststelle. Sie hat zahlreiche Bürgerbriefe erhalten. Gemäss Dienststelle gibt es einen deutlichen Willen, eine annehmbare nationale Lösung für die Bewilligung der 5G-Antennen zu finden. Dies sollte es ermöglichen, die betroffenen Akteure alle gleich zu behandeln.</p> <p>Die Dienstchefin erwähnt weitere wachsende Probleme, welche die Dienststelle beschäftigen. Dazu gehören die ehehaften Wasserrechte, die durch einen Bundesgerichtsentscheid infrage gestellt wurden (die alten Wasserrechte müssen gesamthaft den neu geltenden Vorschriften unterworfen werden, und das mehrheitlich entschädigungslos) sowie der Aufschwung der Wärmepumpen, der nicht ausreichend geplant wird.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p>Ein Abgeordneter hat den Eindruck, dass die Kosten für die Sanierungen beträchtlich sein werden und wünscht mehr Informationen dazu. Die Dienststelle gibt an, dass der Grossteil der Kosten bisher von der Industrie übernommen wurde. Ausserdem muss die Dienststelle weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Grundwasser vorwegnehmen. Die Übernutzung des Grundwassers entwickelt sich zu einem Problem mit Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf die Prioritäten gemäss Wasserstrategie.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	<p>Ein Abgeordneter ist überrascht, dass das Kompetenzzentrum Boden in den prioritären Massnahmen der Dienststelle nicht erwähnt wird, obwohl dieses bereits 2022 eingerichtet werden soll, insbesondere durch die Anstellung eines Bodenspezialisten. Derzeit laufen Diskussionen mit dem Bund über die Kartierung und die Methodik. Das Budget wurde erstellt, bevor die Entscheidung über die Schaffung eines Kompetenzzentrums Boden gefällt wurde. Die Dienststelle bestätigt, dass es in der Tat sinnvoll wäre, eine prioritäre Massnahme anzufügen.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme Schaffung des Kompetenzzentrums Boden und Festlegung der Ziele</p>

Ergänzende Bemerkungen:

Ein Abgeordneter weist auf Indikator ad6.21 hin. Die Dienststelle informiert, dass die Verlängerung der Bewilligungen punktuell vorgenommen wird. Die Bewilligung einer Deponie bedingt zahlreiche administrative Schritte. Aufgrund von fehlenden oder zu spät eingereichten Dokumenten kommt es manchmal zu Verzögerungen. Die Fälle der beiden Deponien ohne Bewilligung werden derzeit bearbeitet. Ausgehend von einer Studie der Westschweizer Kantone stellt die Dienststelle einen Mangel an Deponien in der Westschweiz fest. Das Wallis stösst an seine Grenzen und muss einen Teil seiner Abfälle in den Kanton Zürich exportieren.

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Keine Bemerkungen		

4. Finanzressourcen		
Keine Bemerkungen		

5. Personal		
Ein Abgeordneter ist erstaunt, dass in der Dienststelle keine neue Stelle für juristische Unterstützung aufgeführt ist. Die Verwaltung antwortet, dass entschieden wurde, bei einem zentralisierten Rechtsdienst zu bleiben. Dieser wurde jedoch umorganisiert, um dem Bedarf der Dienststellen besser zu entsprechen. Die DUS hat einen grossen Bedarf an juristischer Unterstützung, da zahlreiche Verfahren, die sie behandelt, sehr komplex sind und ein bedeutender Teil davon nach Beschwerden vor den Gerichten landet.		

6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Die Kommission schlägt folgende Änderung vor:

- Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme → Schaffung des Kompetenzzentrums Boden und Festlegung der Ziele

Dienststelle für Raumentwicklung, DMRU

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
-----------------	-------------------

Allgemeine Bemerkungen	
-------------------------------	--

Der Departementsvorsteher erwähnt das Ziel der Dienststelle, eine zweckmässige, haushälterische Nutzung des Bodens zu gewährleisten und die raumwirksamen Tätigkeiten abzustimmen. Er erinnert an eine der grössten Herausforderungen für die Dienststelle, die für die Durchsetzung des gesetzlichen Rahmens des Raumplanungsgesetzes ([RPG](#)) verantwortlich ist und die Gemeinden bei dessen Durchsetzung unterstützt. Es sind zwei zusätzliche Vollzeitstellen (VZE) vorgesehen, um die Begleitung und Unterstützung der Gemeinden in der entscheidenden Phase der nächsten Jahre zu stärken (Revision des ZNP bis 2026). Im Zusammenhang mit der Revision des Richtplans werden 100'000 CHF für Grundlagenstudien eingesetzt.

1. Politische Ziele und Teilziele	
--	--

Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein
--	------

Ergänzende Bemerkungen

Ein Abgeordneter weist darauf hin, dass einige Gemeinden im Rahmen der Revision des Zonennutzungsplans Zonen einfrieren, während andere dies nicht tun. Er fragt, ob nicht eine Vereinheitlichung wünschenswert wäre. Die Dienststelle führt aus, dass die Gemeinden zwei Jahre Zeit hatten (bis September 2021), um das Siedlungsgebiet festzulegen und Massnahmen zu ergreifen. Sie sind in erster Linie für den Plan verantwortlich. Die Planungszonen, welche die Gemeinden in gewissen Fällen erstellen müssen, werden häufig angefochten.

Ein Kommissionsmitglied erkundigt sich nach den Handlungsmöglichkeiten der Dienststelle, wenn die Gemeinden gegen die Regeln verstossen, insbesondere bei Nichteinhaltung der Fristen. Die Dienststelle möchte ihre Handlungsmöglichkeiten insbesondere durch das Programm [e-construction](#) verbessern, mit dem ein Grossteil der Verfahren digitalisiert werden soll, um gezielter auf die Bedürfnisse einzugehen. Sie verfügt aber derzeit nicht über ausreichend Ressourcen, um systematische Kontrollen durchzuführen.

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter spricht die prioritäre Massnahme ad4.5 an und möchte wissen, ob die Homologation der Wander- und Velowege in dieser Massnahme enthalten ist. Dies ist grundlegend, um einen Vier-Jahreszeiten-Tourismus mit einer Vielzahl an Aktivitäten anbieten zu können. Die Dienststelle bestätigt dies. Sie stellt fest, dass das Oberwallis hier einen Vorsprung hat, insbesondere dank Akteuren, die sich zusammengeschlossen haben. Das Unterwallis ist stärker fragmentiert, wodurch die Koordination schwieriger ist. Die Dienststelle erwähnt, dass die «Antenne Région Valais romand» eine Vermittlerrolle zwischen Kanton und Gemeinden wahrnimmt.</p>		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter spricht Indikator ad3.1 zu den Fruchtfolgeflächen (FFF) des Kantons an. Er fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, parallel die Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) zu verfolgen, die sich viel stärker und bedeutender entwickeln als jene der FFF. Die Dienststelle gibt an, dafür nicht zuständig zu sein, da dieser Bereich in die Zuständigkeit der Dienststelle für Landwirtschaft fällt. Sie weist jedoch darauf hin, dass gewisse Fruchtfolgeflächen derzeit als Null gezählt werden, da sie mit bestehenden Bauzonen in Konflikt stehen. Sollten sie zur Landwirtschaftszone zurückgestuft werden, gelten sie als FFF. Die Rückzonung dieser Flächen zur Landwirtschaftszone wäre eine Möglichkeit. Die Fruchtfolgeflächen sind auf dem kantonalen Geoportal ersichtlich (Layer A, Fruchtfolgefläche).</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt, ob die Fruchtfolgeflächen für jede Gemeinde festgelegt werden. Die Dienststelle informiert, dass der Bundesrat im vergangenen Jahr eine neue Version des Sachplans Fruchtfolgeflächen (FFF) genehmigt hat. Mit dieser neuen Version werden die Kriterien, aber nicht die Quoten geändert. Böden, die FFF-Qualität haben, müssen als solche eingestuft werden. Der Kanton verwaltet die FFF. Die Dienststelle gibt an, dass die Rechtsprechung in diesem Bereich tendenziell strenger wird.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied fragt nach dem neuen Indikator ad10.9. Die Dienststelle informiert, dass sie ein Gutachten in Auftrag gibt, um zu entscheiden, ob eine Abgabe vorgeschrieben wird oder nicht. Wenn potenziell ein Mehrwert erzielt werden kann, fügt die Dienststelle eine Anmerkung im Grundbuch an.</p>		

4. Finanzressourcen		
----------------------------	--	--

Keine Bemerkungen

5. Personal		
--------------------	--	--

Keine Bemerkungen

6. Zusätzliche Informationen		
-------------------------------------	--	--

Keine Bemerkungen

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge

Dienststelle für Landwirtschaft, DVB

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher nennt das Hauptziel der Dienststelle und zwar, die Unterstützung der Walliser Landwirtschaft bei ihren Herausforderungen. Der Kanton hatte grosse Hoffnung in die Agrarpolitik 2022+ des Bundesrates gesetzt, die vom Bundesparlament nun zur Revision zurückgeschickt wurde. Der Departementsvorsteher möchte die kantonalen Ziele in die Strategie des Bundesrates einbringen, zum Beispiel eine Ernteversicherung; eine Frage, die brandaktuell ist.</p> <p>Auch die Erneuerung der Reben und Obstkulturen steht auf der Tagesordnung. Solche Kulturen haben einen Zyklus von 15 bis 20 Jahren und hohe Erneuerungskosten.</p> <p>Der Departementsvorsteher spricht die durch den Wolf verursachten Schäden an. Er zeigt auf, dass die Schutzmassnahmen, die Voraussetzung für Entschädigungszahlungen bei einem Angriff sind, teilweise fast unmöglich zu erfüllen sind.</p> <p>Die Bestände der einheimischen Rassen (Eringer, Schwarznasenschaf, Schwarzhalsziege) nehmen ab, was Probleme für die heimische Biodiversität nach sich zieht. Innerhalb von zehn Jahren sind diese Rassen um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen. Das Departement ist der Ansicht, dass der Bund zusätzlich zu den kantonalen Anstrengungen ebenfalls eine Rolle spielen muss.</p> <p>Der Erhalt der Ackerflächen und der Naturflächen ist eine prioritäre Herausforderung für die Dienststelle. Sie erwähnt die Einrichtung des Kompetenzzentrums Boden in Zusammenarbeit mit dem DMRU, um in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Es wird ein quantitativer und qualitativer Ansatz verfolgt, um die Walliser Böden zu beurteilen und ihr Biodiversitätspotenzial sowie ihre natürlichen Funktionen zu bewahren.</p> <p>Die Dienststelle arbeitet im Hinblick auf die dritte Rhonekorrektur mit dem DMRU zusammen. Der Staatsrat hat eine neue Governance eingeführt, um die Akteure besser zu integrieren. Es geht nicht darum, das Projekt an sich in Frage zu stellen, sondern zu prüfen, ob lokale Anpassungen möglich sind.</p> <p>Die Öffentlichkeit reagiert immer sensibler auf Pflanzenschutzmittel. Das Wasser der Rhone wird von fast 2 Millionen Menschen konsumiert und für den Ackerbau genutzt, diese Herausforderungen haben also eine sehr grosse Tragweite. Eine zu 100 Prozent biologische Produktion ist zwar noch nicht realistisch, der Staat geht jedoch mit der Umstellung einiger Betriebe auf Bio mit gutem Beispiel voran. Es muss eng mit der Forschung zusammengearbeitet werden, um den Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft zu erleichtern. Die Agrarforschung im Wallis ist geprägt von der Zusammenarbeit mit Agroscope und dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).</p> <p>Der Departementsvorsteher gibt an, dass er die Förderung lokaler Landwirtschaftsprodukte, kurze Versorgungsketten für diese Produkte und deren Bewerbung auf dem Markt über die Schaffung einer starken Identität weiterentwickeln will.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen Ein Abgeordneter weist darauf hin, dass das politische Ziel der Dienststelle lang und kompliziert ist und die verschiedenen Herausforderungen nicht klar hervorgehen. Der Departementsvorsteher antwortet, dass alle Dienststellen des Departements ein übergeordnetes politisches Ziel verfolgen, das die Vision der entsprechenden Dienststelle darstellt. Nach Diskussionen wird vereinbart, dass das politische Ziel für das nächste Budget einfacher formuliert werden soll. Gleichzeitig sollen die Herausforderungen auf Ebene der Teilziele besser abgegrenzt werden.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	<p>Ein Abgeordneter schlägt vor, den Tourismus in die prioritäre Massnahme ad4.12 aufzunehmen.</p> <p>Vorschlag zur Änderung der prioritären Massnahme ad4.12</p> <p>Führung der strategischen Entwicklung der Marke «Wallis» mit den entsprechenden Partnern, insbesondere touristischen Partnern, Förderung der Marke Wallis als Qualitätslabel, Unterstützung der Benutzer und der positiven Ökonomik</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte dem digitalen Marktplatz Regiofood mehr Sichtbarkeit verleihen, indem er in die prioritären Massnahmen aufgenommen wird.</p> <p>Vorschlag zur Änderung der prioritären Massnahme ad4.14</p> <p>Das Projekt «Regional kochen» (<u>digitaler Marktplatz Regiofood</u>) flächendeckend umsetzen und zugehörige Lieferketten (Fleisch und küchenfertige Produkte) entwickeln</p> <p>Ein Abgeordneter weist darauf hin, dass die prioritäre Massnahme ad6.19 besser zum Teilziel 3 passen würde und deshalb verschoben werden sollte. Der Dienstchef unterstützt diese Anpassung.</p>
Keine ergänzenden Bemerkungen		

3. Leistungsindikatoren		
-------------------------	--	--

Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	<p>Ein Kommissionsmitglied schlägt vor, anzufügen, wie viele Küchen am Projekt «Regional kochen» mitmachen. Die Dienststelle merkt an, dass diese Zahlen bereits bekannt sind. Sie hat sie der Kommission nach der Sitzung übermittelt. Diese Zahlen sind nach dem Vorschlag, einen entsprechenden Indikator anzufügen, aufgeführt.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators (unter ad4) Anzahl Küchen, die am Projekt «Regional kochen» teilnehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Gemeinschaftsküchen, die am Projekt «Regional kochen» teilnehmen --> geplant 2022: 167 <p>Ein Abgeordneter schlägt vor, einen Indikator zu den landwirtschaftlichen Nutzflächen anzufügen. Der Departementsvorsteher informiert, dass dabei zwei Probleme berücksichtigt werden müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Situation in der Ebene mit dem durch die Infrastruktur, die Rhonekorrektur und die Gewerbeflächen verursachten Druck, was die Flächen einschränkt. • Die Situation in den Bergen, wo der Rückgang der landwirtschaftlichen Tätigkeit berücksichtigt werden muss. Dies würde einer Zunahme der Waldflächen um 5'000 Hektare in zehn Jahren entsprechen. <p>Nach den Diskussionen werden zwei Indikatoren vorgeschlagen. Die Dienststelle hat die verfügbaren Informationen für diese beiden Indikatoren nach der Sitzung geliefert. Sie sind nach den Vorschlägen zur Anfügung der entsprechenden Indikatoren aufgeführt.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators Landwirtschaftliche Nutzfläche in der Ebene</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators Landwirtschaftliche Nutzfläche in der Hügel- und Bergzone</p> <ul style="list-style-type: none"> • LN Ebene (in ha, Daten BFS) -> geplant für 2022: 8'192 • LN Hügel und Berg (in ha, Daten BFS) -> geplant 2022: 28'080
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Keine Bemerkungen</p>		

4. Finanzressourcen		
<p>Auf Nachfrage des FIKO-Delegierten hat die Dienststelle nach der Sitzung folgende Informationen zur Verfügung gestellt:</p> <p><u>Details zur Abweichung in Rubrik 31:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderung der buchhalterischen Praxis in Zusammenhang mit Rubrik 30 (CHF 384'000) • Aufträge zur Risikominderung bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (CHF 60'000) • Kantonales Kompetenzzentrum Boden (CHF 100'000) • Weinbauforschungsprojekte in Zusammenarbeit mit Agroscope (CHF 100'000) • Erneuerung des Mandats Landschaftsqualität (CHF 140'000) <p><u>Projekt «Regional kochen»</u></p> <p>Budget 2022: CHF 485'000 (Aufteilung der Finanzierung: CHF 75'000 DLW und CHF 410'000 Agenda 2030)</p> <p>Detail zu den finanzierten Mandaten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein «Fourchette verte Valais» (Budget 2022: CHF 291'000) – Ziele 2022: <ul style="list-style-type: none"> - Abschluss der Beurteilungen der beteiligten Betriebe (80) - Erste Erkenntnisse zum Konsum in den Gemeinschaftsküchen pro Produktkategorie - Sensibilisierung der Küchenteams für die Landwirtschaft durch Treffen mit den Produzenten vor Ort - Entwicklung und Umsetzung einer Sensibilisierungskampagne zum Thema Nachhaltigkeit und Lebensmittelverschwendung für das Zielpublikum der Gemeinschaftsküchen - Zusammenarbeit mit bestehenden Ausbildungseinrichtungen, um ein Angebot im Bereich «Nachhaltigkeit» für Köche von Gemeinschaftsküchen zu entwickeln - Weiterentwicklung der Plattform Regiofoodvs.ch, Überlegungen zur Öffnung für alle Betriebe • Verein «Les Mains Vertes» (Budget 2022: CHF 29'000) mit folgenden Zielen: <ul style="list-style-type: none"> - eine nützliche Tätigkeit bieten und dabei die Autonomie von Personen in Schwierigkeiten fördern - eine verantwortungsvolle und ökologische Landwirtschaft entwickeln - die lokale Wirtschaft und die sozialen Bindungen fördern • Gesellschaft APCOM Solution SA (Budget 2022: CHF 44'000): <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung und Unterhalt des digitalen Marktplatzes Regiofoodvs.ch • Finanzierung der Lizenzen für die 200 ersten angemeldeten Produzenten auf dem Marktplatz Regiofoodvs.ch (605 CHF pro Produzent, inkl. Zugang zur Software, Schulung, Kursmaterial und Tutorials). Die Aktion wird um drei Jahre verlängert (Budget 2022: CHF 121'000, davon CHF 75'000 finanziert durch die DLW). 		
5. Personal		
Keine Bemerkungen		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

- Vorschlag zur Änderung der prioritären Massnahme ad4.12 → Führung der strategischen Entwicklung der Marke «Wallis» mit den entsprechenden Partnern, insbesondere touristischen Partnern, Förderung der Marke Wallis als Qualitätslabel, Unterstützung der Benutzer und der positiven Ökonomik
- Vorschlag zur Änderung der prioritären Massnahme ad4.14 → Das Projekt «Regional kochen» (digitaler Marktplatz Regiofood) flächendeckend umsetzen und zugehörige Lieferketten (Fleisch und küchenfertige Produkte) entwickeln
- Vorschlag zur Anfügung eines Indikators → Anzahl Küchen, die am Projekt «Regional kochen» teilnehmen
- Vorschlag zur Anfügung eines Indikators → Landwirtschaftliche Nutzfläche in der Ebene
- Vorschlag zur Anfügung eines Indikators → Landwirtschaftliche Nutzfläche in der Hügel- und Bergzone

Der Präsident

REVAZ Emmanuel

Die Berichterstatterin

LIPS Aïda



Grand Conseil
Commission de la sécurité publique

Grosser Rat
Kommission für öffentliche Sicherheit

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen des Budgets 2022

Kantonspolizei Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz Dienststelle für Bevölkerung und Migration

Die Kommission für öffentliche Sicherheit (ÖS) ist am Donnerstag, 30. September 2021, von 08.30 bis 16.00 Uhr, im Konferenzraum 1 des «Espace Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

Kommission ÖS

Mitglieder	Vertreten durch	30.09.2021
MOULIN Bruno, PDCVr, Präsident		X
ZURBRIGGEN Fabian, SVPO, Vizepräsident		X
NANCHEN Richard, PLR/FDP, Berichterstatter		X
BURRI Robert, PS/GC		X
CHERVAZ Véronique, PS/GC		X
FAUCHERE Cyrille, UDC		X
MORET-ROTH Fabienne, Suppl. PDCVr		X
MORISOD Carole, Suppl. Les Vert.e.s		X
RODUIT Emilien, PLR/FDP		X
RODUIT Myriam, PDCVr	REY Edouard	X
SALZMANN-BRIAND Charlotte, CVPO	WELSCHEN Rafael	X
TROMBERT Cynthia, UDC		X
VERGERES Jean-Daniel, PLR/FDP		X

Parlamentsdienst

PORCELLANA Diane, wissenschaftliche Mitarbeiterin

GPK

BUMANN Konstantin

FIKO

CARD Corinne

Kantonsverwaltung

FAVRE Frédéric, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

SALAMIN Andrea-Fabio, Controllingverantwortlicher beim DSIS

VARONE Christian, Kommandant der Kantonspolizei (KP)

PRAZ Alexandre, Adjunkt des Polizeikommandanten

ABGOTTSPON Bruno, Chef der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt (DSUS)

NOTH-ECOEUR Marie-Claude, Chefin der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär (DZSM)

SEEWER Georges, Chef der Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug (DSMV)

FOURNIER Myriam, Verantwortliche für Finanzen und HR, DSMV

HUGUET Sophie, Chefin des Rechtsdienstes für Sicherheit und Justiz (RDSJ)

BALTHASAR Boris, Adjunkt, RDSJ

DE LAVALLAZ Jacques, Chef der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM)

Kantonspolizei

Elemente		Kommentare
-----------------	--	-------------------

Allgemeine Bemerkungen		
<u>Bemerkungen:</u>		
Das Budget 2022 ist relativ stabil und nimmt im Vergleich zu 2021 trotz der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise lediglich um 1 Prozent ab (–548'900 Franken).		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	TZ6: Anfügung von « <u>unter Berücksichtigung aller Blaulichtpartner</u> »
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
TZ6: Die Kommission unterstützt einhellig den Vorschlag eines Abgeordneten, die Blaulichtpartner zu berücksichtigen. Die Kantonspolizei (KP) weist darauf hin, dass die Kommunikation über Sicherheitsaufträge und operative Einsätze ausschliesslich durch die Staatsanwalt geregelt wird.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	PM1: Anfügung von « <u>und ein gemeinsames Einsatzleitsystem</u> »
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
PM1: In der neuen Einsatzzentrale wird das Einsatzleitsystem (ELS) verwendet werden, das derzeit entwickelt wird (vgl. Antwort auf das Postulat 4.0284). Folglich bringt die Kommission einen entsprechenden Verweis in der prioritären Massnahme an.		
PM3: Die Sanierung der Schiessanlage Pra Bardy ist Sache des Bundes und nicht des Kantons.		
PM5: Die Gemeinde Vex hat die Baubewilligung für die Polycorn-Antenne erteilt, die Ende Oktober 2021 in Betrieb genommen wird.		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ind. 17-19: Die KP bekräftigt, dass in erster Linie auf Prävention gesetzt wird und Sanktionen die Ultima Ratio sind. Solange die Sicherheit gewährleistet ist, wird sie die Kontrollen nicht verstärken. Dem Problem der Handynutzung am Steuer ist laut KP nur schwer beizukommen. Zur Bekämpfung des Fahrzeuglärms will die KP Lärmradare anschaffen. Gegenwärtig besteht allerdings keine Gesetzesgrundlage für die Verhängung von Lärmbussen. Die Polizei kann lediglich illegales Fahrzeugtuning oder rechtswidriges Verhalten des Fahrzeuglenkers bestrafen. Im Falle von zugelassenen Fahrzeugen, die Lärm verursachen, kann lediglich das Verhalten des Fahrzeuglenkers sanktioniert werden. Ein Abgeordneter schlägt deshalb vor, dass die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt die Fahrzeugkontrollen verstärkt (vgl. Punkt 2 des Budgets 2022 der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt). Um einen Verstoss gegen die Strassenverkehrsregeln wegen Fahrzeuglärm ahnden zu können, müsste eine Verbindung zwischen dem eidgenössischen Strassenverkehrsgesetz und der Lärmschutz-Verordnung bestehen.</p> <p>Ind. 21 und 22: Die Schwerverkehrskontrollen sind zeitaufwendiger als gedacht.</p>		

4. Finanzressourcen		
<p><u>Erläuterungen:</u></p> <p>Rubr. 31: Die Aufwanzunahme im Informatikbereich betrifft Lizenzkosten und Softwareanpassungen durch externe Dienstleister.</p> <p>Rubr. 42: Die Zunahme der Einnahmen aus Bussgeldern hängt mit dem Fahrzeug- und Bevölkerungswachstum zusammen.</p> <p>Rubr. 46: Die Differenz ist auf eine unterschiedliche Budgetierung zwischen der kantonalen Finanzverwaltung (KFV) und der KP zurückzuführen. Die KFV hat die vom Bund zu 90 Prozent finanzierten Stellen zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus als Aufwand, die KP jedoch als Ertrag budgetiert.</p>		

5. Personal		
<p><u>Erläuterungen:</u></p> <p>Von den 541,30 VZS im Budget 2022 entfallen 485,8 auf Polizistinnen und Polizisten und 55,2 auf Polizeihilfskräfte. Die KP weist darauf hin, dass sie keinerlei Einfluss auf die Lohnmasse hat, die von der kantonalen Finanzverwaltung (KFV) verwaltet wird.</p> <p>Zusätzlich zu den geplanten 6 VZS werden 25 Aspirantinnen und Aspiranten im Jahr 2022 ihre Ausbildung beginnen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen bekundet der Kanton Wallis keine Mühe damit, Aspirantinnen und Aspiranten zu finden. Um die Gemeindepolizeien als Arbeitgeberinnen attraktiver zu machen, ermutigt die KP die Gemeinden, ihre Polizistinnen und Polizisten mit Polizeiaufgaben zu betrauen. Im Einvernehmen mit den Kandidatinnen und Kandidaten, deren Bewerbung nicht berücksichtigt werden konnte, übermittelt die KP deren Dossier an die Gemeinden, damit sie bei der Gemeindepolizei erste Erfahrungen sammeln können. Ein Abgeordneter ist der Ansicht, dass die Gemeinden dazu verpflichtet werden sollten, sich einer interkommunalen oder regionalen Polizei anzuschliessen. Die KP erinnert daran, dass das revidierte Gesetz über die Kantonspolizei darauf abzielt, die Gemeinden zur Schaffung einer kommunalen oder interkommunalen Polizei zu ermutigen.</p>		

6. Zusätzliche Informationen		
<p><u>Bemerkungen:</u></p> <p>Polizeiakademie Savatan: Es laufen Gespräche hinsichtlich der fluktuierenden Kosten der Akademie. Der Bund möchte die Infrastruktur verkaufen.</p> <p>Ordnungsdienst FC Sitten: Der Fussballklub beteiligt sich an den diesbezüglichen Kosten. Die Gespräche hinsichtlich einer Senkung der Kosten für den Kanton mussten wegen der Covid-19-Krise unterbrochen werden.</p> <p>Einsätze der Kantonspolizei für die Gemeinden: Die Einsätze der Kantonspolizei zur Gewährleistung der bürgernahen Polizei in den Gemeinden halten sich in Grenzen (Kosten für den Einsatz der Kantonspolizei: 250 Franken/Stunde). Gemäss dem Grundsatz der Gegenseitigkeit werden die Einsatzkosten zwischen Kantons- und Gemeindepolizei nicht fakturiert (mit Ausnahme der Einsätze im Bereich der bürgernahen Polizei).</p>		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

TZ6: Dafür sorgen, dass die Kommunikation über die Sicherheitsaufträge und die operativen Einsätze an die Öffentlichkeit und an die Medien unter Berücksichtigung aller Blaulichtpartner erfolgt.

PM1: Bau eines Gebäudes in Siders, das die Einsatzzentralen 112-117-118-144 und das 2. Rechenzentrum des Staates Wallis und ein gemeinsames Einsatzleitsystem unter einem Dach vereint.

Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

Elemente	Kommentare
----------	------------

Allgemeine Bemerkungen
<p>Der Aufwand im Budget 2022 hat im Vergleich zum Budget 2021 um 5,9 Millionen Franken zugenommen, was insbesondere auf die Finanzierung der Kaufprämie für Elektro- und Plug-in-Hybridfahrzeuge sowie auf die Installation von Ladestationen zurückzuführen ist. Abgesehen von diesen Kosten bleibt der Aufwand im Budget 2022 im Vergleich zur Rechnung 2020 unverändert.</p> <p>Der Anstieg des Ertrags fällt im Vergleich zu den Vorjahren weniger stark aus (+649'200 Franken). Nachdem die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt (DSUS) vom Preisüberwacher wegen ihrer Gebühren gerügt wurde, hat sie die betroffenen Dienststellen aufgefordert, ihr die Kosten jeweils am Jahresende in Rechnung zu stellen. Im Sinne einer besseren Einhaltung des Kostendeckungsprinzips hat der Departementsvorsteher eine Senkung der Gebühren um 5 Prozent angeordnet, was einen Einnahmerückgang von rund 1 Millionen Franken nach sich zieht. Die technische Kontrolle eines Personenwagens kostet inskünftig 60 statt 70 Franken.</p> <p>Trotz der Covid-19-Krise hat die DSUS zwischen August 2020 und 2021 eine Zunahme um rund 7'800 Fahrzeuge verzeichnet, was rund 2,3 Prozent des Fahrzeugparks entspricht. Somit liegt die Zunahme zum ersten Mal seit 2016 über 2 Prozent. Für das Budget 2022 rechnet die DSUS mit einer Zunahme von 1,8 Prozent. Die konstante Zunahme des Fahrzeugparks (6'000 bis 8'000 Fahrzeuge/Jahr) bringt auch eine Zunahme der Einnahmen der DSUS mit sich (die Grenze von 100 Mio. Franken dürfte 2023 überschritten werden).</p>

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen: -		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	PM3bis (neu): Die Dienststelle arbeitet mit der Kantonspolizei bei spezifischen Kontrollen der Konformität von Fahrzeugen zusammen.
Ergänzende Bemerkungen:		
PM1: Die von der DSUS entwickelte Applikation CARI ist fast 20 Jahre alt und wird schrittweise erneuert. Die DSUS sollte die ersten Module diesen Herbst erhalten. In den nächsten 3–4 Jahren werden weitere Module folgen. Überdies werden Neuerungen im Bereich der Digitalisierung eingeführt.		

PM2: Der Umzug in das neue Gebäude ist für November 2021 geplant und der Standort wird am 1. Dezember 2021 in Betrieb genommen. Einige Arbeitsabläufe müssen voraussichtlich im Laufe des kommenden Jahres angepasst werden.

PM3bis (neu): Im Zusammenhang mit der Lärmproblematik (vgl. Punkt 3 des Budgets 2022 der Kantonspolizei) schlägt ein Abgeordneter die Anfügung einer prioritären Massnahme hinsichtlich der Kontrolle der Konformität der Fahrzeuge durch die Experten der Dienststelle vor. Dies in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Die DSUS ist der Ansicht, dass diese Art von Kontrollen Sache der Kantonspolizei ist. Sie schlägt deshalb vor, dass die Kantonspolizei diese Kontrollen durchführt und die Dienststelle dafür ihre Experten zur Verfügung stellt. Der Departementsvorsteher will nicht, dass die DSUS der Kantonspolizei eine Art von Kontrolle aufzwingt. Die Kommission nimmt diesen Vorschlag dennoch einstimmig an. Der Controllingverantwortliche des DSIS weist darauf hin, dass diese neue prioritäre Massnahme einen zusätzlichen Personalbedarf nach sich ziehen könnte.

PM 4 Prämienaktion für den Kauf von Elektro- und Plug-in-Hybridfahrzeugen und für die Installation von Ladestationen: Bis Ende Juni 2021 wurden insgesamt 335 Prämien für den Kauf von Plug-in-Hybridfahrzeugen und 643 Prämien für den Kauf von Elektrofahrzeugen (darunter 12 Motorräder) sowie 416 Prämien für die Installation von Ladestationen entrichtet. Seit Beginn dieses Programms erhielten 794 natürliche und 184 juristische Personen eine Prämie für ein neues Fahrzeug. Das Ziel von 10 Prozent alternativ angetriebene Fahrzeuge bis 2023 wurde bereits klar übertroffen und das Anreizprogramm hat sich als sehr wirksam erwiesen. Diese Zunahme ist nicht nur auf die aktuelle Entwicklung auf dem Fahrzeugmarkt zurückzuführen, sondern insbesondere auch auf das Anreizprogramm. Vor Beginn des Programms lag der Kanton Wallis bei den Neuzulassungen von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb lediglich auf Platz 19. Im Laufe des ersten Halbjahres 2021 hat ihn das Anreizprogramm allerdings auf Platz 8 katapultiert. In der Septembersession 2021 gewährte der Grosse Rat einen Nachtragskredit von 3,5 Millionen Franken, damit alle Kaufprämien für das Jahr 2021 entrichtet werden können. Für das Jahr 2022 verfügt die DSUS nur über einen leicht höheren Betrag. Die Dienststelle ist also gezwungen, das Anreizprogramm für das nächste Jahr anzupassen, um den Budgetrahmen nicht zu sprengen. Angesichts des derzeitigen Mangels an elektronischen Bauteilen und um sicherzustellen, dass Kundinnen und Kunden, die Mitte 2022 ein neues Elektrofahrzeug bestellen, nicht leer ausgehen, erwägt die DSUS eine Verlängerung der Zahlungen im Rahmen des Anreizprogramms bis Anfang 2023. Die DSUS wird dem Staatsrat Ende Herbst ein entsprechend angepasstes Programm zur Genehmigung unterbreiten.

Elektronische Erfassung der Arztzeugnisse: Die DSUS hofft, dass bis Ende 2022 rund 4'000 bis 6'000 Dossiers elektronisch übermittelt werden.

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p>Ind. 17: Es gibt einen interkantonalen Benchmark, der bei der Vereinigung der Strassenverkehrsämter angefordert werden kann, allerdings nicht jedes Jahr. Der Departementsvorsteher fordert die DSUS auf, diesen Benchmark anzufordern, falls der letzte schon einige Jahre zurückliegt. Dies um der Kommission eine Vergleichsgrundlage für diesen Indikator zu liefern.</p>		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u>		
<p>Ertragsüberschuss: Abgesehen von einigen Ausnahmen fliessen die Ertragsüberschüsse der Dienststellen in die allgemeine Staatskasse.</p>		

5. Personal		
<p><u>Erläuterungen:</u></p> <p>Um den Rückstand bei den technischen Fahrzeugkontrollen wettmachen und den zusätzlichen Arbeitsaufwand aufgrund der Zunahme der Anzahl Fahrzeuge bewältigen zu können, wird im Budget 2022 eine dritte Stelle für einen Verkehrsexperten beantragt. Der DSUS wurde bereits im Budget 2019 und im Budget 2021 je eine VZS gewährt. Die letzten beiden Jahre standen ganz im Zeichen des eidgenössischen Programms OPERA-3 zur Revision der Führerausweissvorschriften. Infolge der Änderungen im Bereich der Motorrad-Kategorien wurde die DSUS mit Anfragen für praktische Führerprüfungen überhäuft. Infolgedessen konnten die Verkehrsexperten weniger technische Fahrzeugkontrollen durchführen, was wiederum zu einer Zunahme des Rückstands von 26 auf 35 Prozent führte. Der Dienstchef weist auch darauf hin, dass die konstante Zunahme des Fahrzeugparks dazu führt, dass alle drei Jahre ein zusätzlicher Verkehrsexperte angestellt werden muss.</p> <p>Personalprobleme im Zentrum Visp: Die Dienststelle hat sich vom Standortleiter getrennt. Bis die definitive Organisation steht, wurde ein provisorisches Team gebildet.</p>		
6. Zusätzliche Informationen		
<p><u>Bemerkungen:</u> -</p>		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Der Controllingverantwortliche des DSIS weist darauf hin, dass die neue prioritäre Massnahme einen zusätzlichen Personalbedarf nach sich ziehen könnte.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

PM3bis (neu): Die Dienststelle arbeitet mit der Kantonspolizei bei spezifischen Kontrollen der Konformität von Fahrzeugen zusammen.

Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
-		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	

Ergänzende Bemerkungen:

TZ5: Ein Abgeordneter möchte wissen, ob eine Evaluation der Sicherheitspartner vorgesehen ist, da Bürgerinnen und Bürger infolge der regelmässigen Feuerungskontrollen oft Anpassungen berappen müssen, obwohl die VKF-Normen nicht geändert wurden. Die Dienstchefin weist darauf hin, dass gewisse Kaminfeger/innen in diesem Jahr bereits ermahnt worden sind, da sie ihre Arbeit nicht korrekt oder unvollständig ausgeführt haben. Es wurden klare Anweisungen erteilt. Die Dienststelle wird sich Gedanken darüber machen, wie diese Evaluation durchgeführt werden kann.

TZ6: Ein Abgeordneter schlägt eine obligatorische Erste-Hilfe-Ausbildung für Feuerwehrleute vor. Die Dienstchefin erklärt, dass im Rahmen der Grundausbildung bereits eine Gesundheitsschulung erteilt wird. Die Organisation von BLS-AED-Kursen wäre kompliziert, da die Feuerwehrleute ihre Freizeit dafür opfern müssten. Die Dienstchefin nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und wird zu gegebener Zeit darauf zurückkommen. Was die Feuerwehreinsätze anbelangt, so hat der Kanton Richtlinien und Empfehlungen für die kantonalen Kurse herausgegeben. Die Richtlinien müssen allerdings von den Gemeindevertretern abgesegnet werden.

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
Ind. 5 (Bemerkung zu Ind. 3 der Rechnung 2020): Die Kurstage mussten wegen Covid-19 abgesagt werden. Der Rückstand konnte 2021 nicht wettgemacht werden. Dies im Gegensatz zum Zivilschutz, wo der Rückstand 2020 im Jahr 2021 aufgeholt werden konnte.		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u>		
PG 12: Die Versicherungen beteiligen sich mit 10 Millionen Franken.		
Feuerwehrfonds: Dieser Fonds wird für die Prävention und die Ausrüstung der Gemeinden verwendet.		

5. Personal		
<u>Erläuterungen:</u> Die 6 selbstfinanzierten VZS sind in den im Budget 2022 vorgesehenen 74,8 VZS nicht enthalten.		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> Patrouille des Glaciers: Der Kanton nimmt vorübergehend die Koordination, nicht aber die Organisation der Patrouille wahr. Für die Promotion ist Valais/Wallis Promotion zuständig, wobei gewisse Einschränkungen im Vergleich zu früheren Ausgaben (z. B. VIP-Packages) gelten. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem stellvertretenden Generalsekretär von Bundesrätin Viola Amherd, dem Divisionär Yvon Langel, dem Direktor von Valais/Wallis Promotion und dem Departementsvorsteher, soll die strategischen Stossrichtungen festlegen. Es sind Gespräche hinsichtlich einer Vereinbarung mit dem VBS für die Ausgaben der Jahre 2024, 2026 und 2028 geplant. Nach Gründung einer Stiftung wird der Kanton nur noch eine unterstützende Rolle einnehmen. Covid-19-Krise: Der Departementsvorsteher hofft, dass die eingeführten guten Praktiken Bestand haben und das Engagement der jungen Menschen fördern werden. Jagdschiessstand: Hier ist nicht mehr die Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere, sondern die Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär zuständig. Schiessanlagen Pra Bardy und Vérolliez: Die Dienststelle sucht nach Lösungen für das Lärmproblem. Anpassung des kantonalen Gesetzes über den Zivilschutz und Kantonalisierung der sechs Regionalverantwortlichen der Gemeinden: Angesichts der Vernehmlassungsergebnisse muss der Entwurf überarbeitet werden. Die Dienststelle beabsichtigt, der Kommission im ersten Halbjahr 2022 einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, damit die erste Lesung im zweiten Halbjahr 2022 stattfinden kann. Förderung der Feuerwehr: Der Departementsvorsteher wünscht, dass sich der Kanton an dieser Förderung beteiligt. Er hat der Dienststelle ein entsprechendes Ziel vorgegeben.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
-		
1. Politische Ziele und Teilziele		

Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM3: Die Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug (DSMV) wartet noch auf die Baubewilligung für die Erweiterung des Gefängnisses Sitten.		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 1: Die Anzahl Plätze für die Untersuchungshaft ist nicht zurückgegangen. Früher wurden alle Plätze in Sitten und Brig gezählt. Aktuell werden nur die Plätze für die Untersuchungshaft berücksichtigt. Ind. 9: Die Jugendgerichte der Westschweiz, nicht aber der Kanton, kennen die Zahl der Minderjährigen, die demnächst entlassen werden. Ind. 11: Die Überwachung mittels elektronischer Fussfessel ist passiv. Ind. 12: Die geplante Zahl hängt von den derzeitigen Insassen in Pramont ab. Der Dienstchef erklärt, dass das schulische Niveau der Minderjährigen und jungen Erwachsenen der 5. Primarstufe entspricht.		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u> Rubr. 46: Der von den anderen Kantonen für die Unterbringung im Wallis erhaltene Betrag wird unter dieser Rubrik verbucht.		

5. Personal		
<u>Erläuterungen:</u> Für die Umsetzung aller geplanten Projekte würde die DSMV rund 50 zusätzliche VZS benötigen.		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u>		
Per 30. Juni 2021 befanden sich 178 Personen in den Walliser Anstalten, 15 Personen in alternativen Vollzugsformen und 117 Personen waren ausserhalb des Kantons untergebracht.		
Selbstmorde von Gefangenen: Diesen Sommer haben sich zwei Gefangene im Gefängnis «Les Iles» in Sitten das Leben genommen. Die Dienststelle hat daraufhin Rücksprache mit dem Chefarzt der Abteilung für stationäre Erwachsenenpsychiatrie und -psychotherapie genommen. Dieser erklärte, dass es schlicht unmöglich sei, Selbstmorde vorherzusehen. Die Gefängnisse ergreifen Präventionsmassnahmen zur Vermeidung von Selbstmorden.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz

Elemente		Kommentare
-		

Allgemeine Bemerkungen		
-		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	

Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u>		
Rubr. 31: juristische Bibliotheken der kantonalen KESB (180'000 Franken), jede KESB (20'000 Franken), IT-System (150'000 Franken), externer Projektleiter zur Unterstützung der Dienststelle bei der Errichtung der kantonalen KESB (200'000 Franken).		
Rubr. 42: Diese Rubrik umfasst die Gebühren der Handelsregisterämter, die im Rahmen der Stiftungsaufsicht eingenommenen Gebühren sowie die Gebühren im Zusammenhang mit den Anwälten und Notaren.		

5. Personal		
<u>Erläuterungen:</u>		
Der Sektionschef KESB wird in einer ersten Phase den künftigen IT-Dienstleister unterstützen und anschliessend in Zusammenarbeit mit der Dienstchefin die kantonalen KESB leiten. Der Jurist wird die vom Kanton Bern übernommenen Vorlagen für Entscheide und Schreiben überarbeiten, Untersuchungen durchführen und juristische Unterstützung für die kantonalen KESB leisten. Der administrative Mitarbeiter wird sich um die Buchhaltung der KESB kümmern und logistische Unterstützung im Budget-, Personal- und Informatikbereich leisten.		
Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass es in den neun künftigen kantonalen KESB nicht genügend Arbeitsplätze für alle aktuellen Mitarbeitenden der kommunalen KESB geben wird. Er möchte, dass den Mitarbeitenden der kommunalen KESB, die über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, Priorität eingeräumt wird. Die diesbezüglichen Gespräche mit dem Verband Walliser Gemeinden sind im Gange.		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u>		
Sitze der künftigen kantonalen KESB: Brig, Visp, Leuk, Siders, Sitten, Sembrancher, Ardon, Martigny und Monthey.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Dienststelle für Bevölkerung und Migration

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Das Budget 2022 ist durch höhere Kosten und tiefere Einnahmen gekennzeichnet. Die Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM) möchte, dass die kantonale Finanzverwaltung die genauen Einnahmen der Dienststelle berücksichtigt. Die Einnahmen sind zurückgegangen, weil zahlreiche Leistungen gemäss Bundesrichtlinien nicht mehr verrechnet werden können. 95 Prozent der von der Dienststelle erhobenen Gebühren hängen vom Bund ab. Der Kanton hat nur bei den restlichen 5 Prozent einen gewissen Handlungsspielraum. Um die Einnahmen zu erhöhen, hat die DBM bereits die Gebühren für Einbürgerungen, Namensänderungen und Adaptionen erhöht.</p> <p>Die elektronische Verwaltung der Daten im Migrationsbereich ist unumgänglich, um den Papierberg abzubauen. In den kommenden Jahren muss verstärkt digitalisiert werden, um Platz zu schaffen und die Arbeit zu vereinfachen. Zu diesem Zweck wird die DBM voraussichtlich zusätzliche finanzielle Mittel beim Grossen Rat beantragen müssen.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>TZ2.1: Die Ehe für alle dürfte nicht vor dem 1. Juli 2022 in Kraft treten. Die Dienststelle erwartet einen gewissen Ansturm in den ersten Monaten, ist aber bereit.</p> <p>TZ3.5: Infolge der Covid-19-Pandemie und der Rückübernahmebeschränkungen in gewissen Ländern gestalten sich die Ausschaffungen als schwierig.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	

Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM3: Zivilstandsverordnung: Die Dienststelle möchte die Verordnung revidieren, insbesondere um die Zahl der Säle für die Eheschliessungen an den Bedarf anzupassen. PM4: Auf Anfrage eines Abgeordneten erklärt sich der Dienstchef dazu bereit, einen Kurs zu erarbeiten, der den Gemeinden dabei helfen soll, die Beweggründe der Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten in Erfahrung zu bringen.		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 23: Inhaber/innen eines Ausweises F, die seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in der Schweiz leben, können einen Ausweis B beantragen, sofern sie die Bedingungen erfüllen (soziale Integration, Sprache, finanzielle Unabhängigkeit usw.). Da der Kanton Wallis über kein Bundeszentrum verfügt, werden ihm vorläufig Aufgenommene (Ausweis F), anerkannte Flüchtlinge (Ausweis B) sowie Personen im erweiterten Verfahren zugewiesen. Ind. 24: Die Krise in Afghanistan dürfte nach Angaben des Bundes keinen signifikanten Anstieg der Asylbewerberzahlen zur Folge haben. Das könnte sich allerdings ändern.		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u> Rubr. 31: Die DBM möchte das Zentrum für die Erfassung der biometrischen Daten in Monthey im zweiten Halbjahr 2022 eröffnen, sofern die Maschinen rechtzeitig eintreffen.		

5. Personal		
<u>Erläuterungen:</u> Der Dienstchef weist darauf hin, dass die DBM in den kommenden Jahren zusätzliches Personal für die juristische Unterstützung benötigen wird. Dies aufgrund der immer komplexeren Probleme im Zivilstandswesen und der Herausforderungen im Bereich der Registrierung von immer mobileren Bürgerinnen und Bürger.		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> Elektronische Dossierverwaltung: Die Dienststelle wird ein System einführen, das bereits im Kanton Waadt verwendet wird und von einem Unternehmen aus dem Waadtland und dem Wallis entwickelt wurde. Die Dienststelle hofft, dieses System in den nächsten zwei bis drei Jahren einführen zu können. Die ersten Analysen und Arbeiten hinsichtlich der Einführung dieses Systems werden bis Ende 2021 durchgeführt. Gesetz über das Walliser Bürgerrecht: In den kommenden Jahren wird eine Revision vorgelegt werden.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Der Präsident

Bruno Moulin

Der Berichterstatter

Richard Nanchen



Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen des Budgets 2022

**Dienststelle für Gesundheitswesen
Dienststelle für Sozialwesen
Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse**

1. Ablauf der Arbeiten

Die Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration (GSI) ist am Dienstag, 21. September 2021, von 08.30 bis 15.15 Uhr, im Grossratssaal, Grand-Pont 4, in Sitten zusammengetreten.

Kommission GSI

Mitglieder	Vertreten durch	21.09.2021
CONSTANTIN Patricia, Präsidentin		X
PERROUD Bruno, Vizepräsident		X
BAYARD Marcel, PDCVr, Berichterstatter		X
AMOOS Patrick, CSPO		X
GARCIA Ilan, UDC		X
MELLY Jean-Daniel, Les Vert.e.s		X
MICHAUD Delphine, PDCVr		X
REY Laurent, PDCVr		X
RIEDER Christian, CVPO	PIROVINO-INDERMITTE Rahel ¹	(Vormittag)
RIME Fabienne, PLR/FDP	DUCHOUD Andrea	X
SAVIOZ Jean-Michel, PLR/FDP		X
SEIPELT WEBER Christine, PS/GC		X
STOESSEL Dieter, PLR/FDP		X

Parlamentsdienst

PORCELLANA Diane, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kantonsverwaltung

REYNARD Mathias, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

¹ Gemäss Artikel 25 Absatz 3 RGR wurde die Stimme von Rahel Pirovino-Indermitte nicht berücksichtigt.

EGGEL Rolf, Verantwortlicher für das Departementscontrolling, DGSK

FOURNIER Victor, Chef der Dienststelle für Gesundheitswesen (DGW), DGSK

FAVEZ Jérôme, Chef der Dienststelle für Sozialwesen (DSW), DGSK

FAVRE Roland, Chef der Koordinationsstelle für soziale Leistungen (KSSL), DGSK

PFAMMATER Elmar, Chef der Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (DVSV), DGSK

KIRCHMEIER Eric, Kantonstierarzt (DVSV), DGSK

BOLLI Nicolas, Chef der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse (DAA), DGSK

MEISTER Alix, Adjunktin des Chefs der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse (DAA), DGSK

FIKO

DUBUIS Julien, PLR/FDP

GPK

GIRARD Fabien, PLR/FDP

Dienststelle für Gesundheitswesen

Elemente	Kommentare
----------	------------

Allgemeine Bemerkungen	
<p>Im Einvernehmen mit der kantonalen Finanzverwaltung und aufgrund von Ungewissheiten werden die Ausgaben und Auswirkungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise im Budget nicht berücksichtigt. Die grössten Abweichungen zwischen dem Budget 2021 und dem Budget 2022 betreffen folgende Elemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Subventionierung der öffentlichen Spitäler (+5,9 Mio.) - Finanzierung der ausserkantonalen Hospitalisierungen (+1,4 Mio.) - Subventionierung der Privatkliniken (+1,2 Mio.) - Subventionierung des neuen Wohnprojekts für die Palliativpflege (+1,5 Mio.) - Subventionierung der Alters- und Pflegeheime (APH) (+1,3 Mio.) - Subventionierung der sozialmedizinischen Zentren (SMZ) (+3 Mio.) - Subventionierung der kantonalen Walliser Rettungsorganisation (KWRO) (+1,5 Mio.) - Krankenkassenprämien, Globalbudget (+11,4 Mio.) - Verschiedene Abweichungen (0,4 Mio.) <p>Das Nettobudget 2022 beläuft sich auf 643,3 Millionen Franken (+26,7 Mio.).</p>	

1. Politische Ziele und Teilziele	
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	<p>Ja</p> <p>PTZ 1.1: Anfügung von <u>«insbesondere durch die regelmässige Bereitstellung der notwendigen Informationen an die Bevölkerung.»</u></p> <p>PTZ 2.1: redaktionelle Änderung</p> <p>PTZ 3.5 (neu): <u>Unterstützung von Vereinigungen, die als gemeinnützig anerkannt sind und die sich für die Förderung, Prävention und Ausbildung im Bereich der Ersten Hilfe einsetzen.</u></p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PTZ 1: Ein Abgeordneter möchte «durch die Regierung und Evaluierung der daraus folgenden Auswirkungen» anfügen, damit alle Departemente in die Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit miteinbezogen werden. Mehrere Kommissionsmitglieder sind gegen den Vorschlag und argumentieren, dass das DGSK in der Lage sein muss, rasch dringende Entscheide zu treffen. Weiter sind sie überzeugt, dass das DGSK falls nötig die anderen Departemente konsultieren wird. Mit 8 gegen 3 Stimmen lehnt die Kommission diesen Abänderungsantrag ab.</p> <p>PTZ 1.1: Die Kommission bedauert die mangelnde öffentliche Kommunikation seitens des Kantonsarztes während der Covid-19-Krise, obwohl dies zu seinem Mandat gehört. Die Dienststelle präzisiert, dass die Kommunikation im Einverständnis mit dem Kantonsarzt durch Professor Nicolas Troillet, stellvertretender Kantonsarzt und Epidemiologe, gewährleistet wurde. Die Kommission beschliesst einstimmig, das Teilziel folgendermassen zu ergänzen: «, insbesondere durch die regelmässige Bereitstellung der notwendigen Informationen an die Bevölkerung.»</p> <p>PTZ 3.5: Ein Abgeordneter schlägt vor, die Rolle von Vereinigungen im Bereich der Ersten Hilfe anzuerkennen und hervorzuheben, genauso wie es bereits bei betreuenden Angehörigen der Fall ist. Die Dienststelle weist darauf hin, dass die KWRO bereits zahlreiche Akteure anerkannt hat. Die Kommission beschliesst einstimmig, ein neues Teilziel einzuführen: «Unterstützung von Vereinigungen, die als gemeinnützig anerkannt sind und die sich für die Förderung, Prävention und Ausbildung im Bereich der Ersten Hilfe einsetzen.»</p>	

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	PM 4bis (neu): Übernahme des Indikators 4 des Budgets 2021 (Frist: <u>31.12.2022</u>)

Ergänzende Bemerkungen:

PM 1: Das elektronische Patientendossier hat sich auf Bundesebene verspätet. Zurzeit läuft die Umsetzung der elektronischen Identifikationsmittel.

PM 4bis (neu): Die Kommission beschliesst einstimmig, den Indikator 4 vom Budget 2021 zu übernehmen, im Hinblick auf die Umsetzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für nichtuniversitäre Gesundheitsberufe zum Schuljahresbeginn 2022/2023.

PM 5: Für den Standort Malévoz wurde im September die Begleitkommission gebildet, die die Mitglieder der Expertengruppe bestimmen wird.

PM 6: Angesichts der erhöhten Nachfrage nach ambulanter psychiatrischer Pflege für Jugendliche schlägt die DGW die Durchführung eines Pilotprojektes vor, bei dem der Personalbestand in Spitälern erhöht und eine Hotline eingerichtet wird, um so eine raschere Behandlung zu gewährleisten.

PM 7: Das Spital hat der DGW den Bericht für das erste Halbjahr vorgelegt, welcher an die KOFI weitergeleitet wird.

PM 11: Die Planung der Langzeitpflege hat sich aufgrund der Covid-19-Krise verzögert. Diese könnte die Planung verfälschen. Was die Behandlung von jungen Menschen anbelangt, zieht die Dienststelle die Schaffung von betreuten Wohneinheiten in Betracht. Behinderte Personen im AHV-Alter können in den Einrichtungen bleiben, falls es keine altersbedingten Probleme gibt.

PM 12: Die Umsetzung hat sich wegen der Pandemie verspätet.

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 1: Was die Ausstellung von Berufsausübungsbewilligungen für Psychologinnen und Psychologen betrifft, die ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, ist der Kanton à jour.

Ind. 5: Es handelt sich hier um Meldungen im Zusammenhang mit Covid-19.

Ind. 15: Die Dienststelle weist darauf hin, dass Assistenzärztinnen und -ärzte, die die Kriterien erfüllen, im Rahmen des *Cursus romand de médecine générale* nie zurückgewiesen wurden. Da sich die Finanzierung durch den Kanton auf 60 Prozent beläuft, wird ein Return on Investment erwartet. Zurzeit werden zwei Berichte zum medizinischen Nachwuchs ausgearbeitet.

Ind. 27: Die Anzahl der Kontrollen sinkt aufgrund von Zusammenschlüssen von Krankenkassen, Kontrollen durch andere Organe und einer tieferen Fehlerquote dank der Digitalisierung. Laut Chef der Dienststelle sollte dieser Indikator für die präventive Kontrolle beibehalten werden.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 36:

- Öffentliche Spitäler (+5,9 Mio.): Zunahme im Zusammenhang mit dem Normalbetrieb
- Ausserkantonale Hospitalisierungen (+1,4 Mio.): Die Hälfte der ausserkantonalen Hospitalisierungen ist medizinisch gerechtfertigt.
- Krankenkassenprämienverbilligung (+9,8 Mio.): Gemäss den pessimistischen Prognosen des Bundes und des Kantons droht eine Prekarisierung der Walliser Bevölkerung.
- Gemeinwirtschaftliche Leistungen (rund 30 Mio.)

5. Personal

Erläuterungen

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

Neue Bezeichnung der PG11: Die Bezeichnung «Kantonsarztamt» wurde durch «Öffentliche Gesundheit» ersetzt, da die Aufgaben nicht mehr nur in die Zuständigkeit des Kantonsarztes fallen.

Berner Klinik Montana: Bezüglich der kürzlich aufgedeckten Probleme kann der Kanton nur auf gesundheitlicher Ebene eingreifen.

Entlassung des Verantwortlichen für das Impfzentrum in Martigny: Die Opfer wurden informiert, dass die Handlungen des Täters nur bei Einreichung einer Beschwerde strafrechtlich verfolgt werden können.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2021

PTZ 1.1: Bekämpfen von übertragbaren und infektiösen Krankheiten, insbesondere durch die regelmässige Bereitstellung der notwendigen Informationen an die Bevölkerung.

PTZ 2.1: Mettre en œuvre de la planification hospitalière adoptée par le Conseil d'Etat en application des dispositions fédérales. (redaktionelle Änderung im französischen Text)

PTZ 3.5 (neu): Unterstützung von Vereinigungen, die als gemeinnützig anerkannt sind und die sich für die Förderung, Prävention und Ausbildung im Bereich der Ersten Hilfe einsetzen.

PM 4bis (neu): Umsetzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für nichtuniversitäre Gesundheitsberufe zum Schuljahresbeginn 2022/2023

Dienststelle für Sozialwesen

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

Allgemeine Bemerkungen		
<p>Im Einvernehmen mit der kantonalen Finanzverwaltung werden die Auswirkungen der Pandemie im Budget nicht berücksichtigt, dies aufgrund der Ungewissheiten über ihre Folgen. Das Armutsmonitoring hat gezeigt, dass die Situation im Wallis momentan noch stabil ist. Allerdings besteht den Prognosen des Bundes und des Kantons zufolge ein Risiko der Prekarisierung der Bevölkerung.</p> <p>Das Budget 2022 steigt im Vergleich zum Budget 2021 moderat an (+5 Mio. Franken). Die Zunahme des Aufwands um 1,7 Millionen Franken ist angesichts des Gesamtbetrags von 313 Millionen Franken relativ bescheiden. Betreffend das Amt für Asylwesen (AfAW) muss infolge der Krise in Afghanistan mit einem Anstieg der Asylgesuche gerechnet werden. Das Budget muss deshalb allenfalls nach oben korrigiert werden. Was die anderen Ämter angeht, befinden sich die Verordnung zum Gesetz über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeträgen (GIBU) sowie die Verordnung zum Gesetz über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen (GRIMB) in Ausarbeitung.</p>		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	PTZ 2.1: Ersetzung von «Eingliederung» durch «Inklusion»
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PTZ 2.1: Die Kommission wünscht, dass der Wortlaut des Teilziels an die Terminologie des GRIMB angepasst wird. Das Wort «Eingliederung» wird durch «Inklusion» ersetzt.</p> <p>PTZ 2.2: Mit 10 gegen 2 Stimmen lehnt die Kommission den Vorschlag, die Organisationen des Sozialwesens genauso wie die Institutionen mit einer Finanzierung zur Förderung von Unterstützung zu Hause auszustatten, deutlich ab. Die DSW möchte den Kreis der Beteiligten nicht erweitern, da aktuell Diskussionen über eine personenbezogene Finanzierung geführt werden: Je nach Wunsch der Person würde der Betrag der Finanzierung für ihre Unterbringung in einer Einrichtung oder für die Anstellung von Personal zur Betreuung zu Hause eingesetzt.</p>		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	

Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	PM 8: Hinzufügung von «Analysieren und»
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 3: Die in der Integrationsagenda Schweiz (IAS) festgelegten Ziele wurden noch nicht erreicht, da die Dienststelle die Walliser Asylpopulation der letzten Jahre berücksichtigt hat, statt erst ab dem 1. Mai 2019, als der Kanton die IAS unterzeichnet hat. Die Prozentsätze liegen deshalb tiefer.</p> <p>PM 8: Die Kommission war der Auffassung, dass die Lohngleichheit in den sozialen Institutionen bereits Realität ist. Sie fordert einstimmig, dass die Dienststelle eine Analyse durchführt. Der Departementsvorsteher versichert, dass die Dienststelle in dieser Sache eine proaktive Rolle einnimmt. Damit ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt, kann der Kanton nur über Leistungsaufträge Einfluss nehmen. Für soziale Institutionen im Bereich der Behinderung legt der Kanton eine obere Grenze für die Entlohnung fest. Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für soziale Institutionen ist vor einiger Zeit vom Grossen Rat abgelehnt worden, dies wegen der damaligen finanziellen Situation des Kantons und der finanziellen Auswirkungen für die sozialen Institutionen. Die DSW ist der Ansicht, dass die Entlohnungen zwischen den Einrichtungen durch einen GAV oder sonstige Rahmenbedingungen vereinheitlicht werden könnten.</p> <p>PM 13: Für eine gemischte Kollektivunterkunft im Oberwallis konnte noch kein Standort gefunden werden.</p>		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	Ind. 14 (neu): Hinzufügung des Indikators 3, der im Rahmen der Rechnung 2020 gestrichen wurde.
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ind. 5: Mit der Anwendung des Gesetzes über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GIBU) erhoffte sich die FIKO eine Inkassoquote von 50 Prozent. Der Vertreter der FIKO möchte wissen, ob die Tatsache, dass die DSW nicht über die vorgesehene Vollzeitstelle verfügt (vgl. Punkt 5 Personal), die Inkassoquote beeinflussen wird. Die DSW antwortet, dass dies keine Folgen nach sich ziehen wird, da diese Stelle für das Inkasso der Familienzulagen zuständig ist. Sie führt weiter aus, dass Schuldneranweisungen viel häufiger zur Anwendung kommen, wodurch direkte Inkassos vermieden werden können. Mit der Anwendung des GIBU sollte die Inkassoquote nicht unbedingt höher ausfallen, vielmehr sollte gemäss der Verordnung, die dem Departementsvorsteher vorgelegt wird, frühzeitig gehandelt werden.</p> <p>Ind. 14 (neu): Bei der Rechnung 2020 wurde gefordert, den Indikator 3 <i>Anzahl IV-Assistenzbeiträge</i> zu streichen, da die DSW die Daten bei der IV-Stelle einholen muss und die Tätigkeit der Dienststelle durch diesen Indikator nicht gemessen werden kann. Ein Abgeordneter hebt hervor, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, insbesondere jener, die in den eigenen vier Wänden leben, durch IV-Beiträge erleichtert wird. Um die Entwicklung der Anzahl Begünstigter verfolgen zu können, beschliesst die Kommission mit 10 gegen 1 Stimme und 1 Enthaltung, den Indikator wieder einzuführen.</p>		

4. Finanzressourcen		
<p><u>Erläuterungen:</u></p> <p>Rubr. 31: Für die kantonale Alterspolitik werden 140'000 Franken bereitgestellt, dies insbesondere, um den Aktionsradius des Kantons festzulegen. Beim Projekt «Regional Kochen» geht es darum, die vom Staat subventionierten Küchen mit regionalen Produkten zu versorgen.</p> <p>Rubr. 36: Der Betrag für den Fonds für die soziale und berufliche Eingliederung wurde 2021 in der Rubrik 36 budgetiert. Im Budget 2022 erscheint er in der Rubrik 35 (vgl. Bemerkung Rubr. 35). Statt einer Abnahme um 1,2 Millionen Franken gibt es also einen Anstieg von 800'000 Franken. Der Betrag erklärt sich auch</p>		

dadurch, dass ein Teil der Sozialhilfe für unter 5 Jahre alte Flüchtlinge in der Schweiz oder für unter 7 Jahre alte vorläufig aufgenommene Personen in der Schweiz dem Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) übertragen wurde. Die Dienststelle erachtet diesen Betrag in Anbetracht der coronabedingten Unsicherheiten und der Krise in Afghanistan als angemessen.

Rubr. 38: Der ausserordentliche Aufwand im Jahr 2020 ist auf den Investitionsbeitrag für das Informatikprogramm für die Verwaltung der Sozialhilfe zurückzuführen. Da der Betrag im Jahr 2020 nicht vollständig ausgegeben wurde, wurde dieser auf die Jahre 2021 und 2022 übertragen.

Rubr. 46: Da die Anzahl neuer Asylsuchender und Umwandlungen von Ausweis N in Ausweis F gesunken ist, gewährt der Bund weniger Pauschalbeiträge.

Rubr. 56: Dieser Betrag ist teilweise auf die Finanzierung des Ausbildungszentrums Le Botza zurückzuführen.

5. Personal

Erläuterungen:

- **0,3 VZÄ:** Bei der Umstrukturierung des AfAW im Jahr 2020 wurde eine Stelle von der Klasse 18 auf die Klasse 11 hochgestuft, was in Sachen Lohn 0,3 VZÄ entspricht.

1 VZÄ Gesetz über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GIBU): Der Departementsvorsteher informiert die Kommission darüber, dass es ihm leider nicht möglich war, der Dienststelle 1 VZÄ (von den insgesamt 3,5 VZÄ des Departements) für die Umsetzung des GIBU zu gewähren. Ohne diese Stelle kann die DSW die Leistung nicht erbringen. Die Kommission beschliesst deshalb mit 10 Stimmen und 2 Enthaltungen, der Dienststelle 1 VZÄ zu gewähren.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

+ 1 VZÄ GIBU (120'000 Franken), die über die Rubrik 31 kompensiert wird. Die Schaffung dieser Stelle hat also keine finanziellen Auswirkungen für den Staat.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2021

PTZ 2.1: Fördern der ~~Eingliederung~~ Inklusion von Personen mit einer Behinderung.

PM 8: Analysieren und fördern der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen in den sozialen Institutionen.

Ind. 14 (neu): Anzahl IV-Assistenzbeiträge

+ 1 VZÄ Gesetz über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GIBU)

Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
-----------------	-------------------

Allgemeine Bemerkungen	
Die Dienststelle wird ständig mit neuen Aufgaben betraut und sieht sich mit einer Zunahme der Anfragen im Rahmen der von Bund und Kanton auferlegten Aufgaben konfrontiert. Die Anzahl Verzeigungen wegen Misshandlung von Tieren nimmt zu.	

1. Politische Ziele und Teilziele	
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein
<u>Ergänzende Bemerkungen</u>	

2. Prioritäre Massnahmen	
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1: Die Kampagne wird vom BAG geleitet, das dem Kanton Messgeräte für die Kontrolle der Solarien zur Verfügung stellt. Dies sollte 1 VZÄ über 1-2 Monate in Anspruch nehmen. PM 3: Nachdem Probleme festgestellt wurden, möchte die Dienststelle in Betrieben mit Milchprodukten oder Gemüse vermehrt Probenahmen und Kontrollen durchführen. PM 4: Die Dienststelle möchte dem Departementvorsteher Anfang nächsten Jahres einen Revisionsentwurf vorlegen.	

3. Leistungsindikatoren	
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 7: Wie können 83 Prozent ohne zusätzliche VZÄ erreicht werden? 2020 war ein besonderes Jahr, da Kontrolleure in Pension gingen. Der im vergangenen Jahr neu eingestellte Mitarbeiter muss eine sechs- bis	

achtmonatige Ausbildung absolvieren, bevor er einsatzbereit ist. Die Dienststelle bräuchte 1 zusätzliches VZÄ für die Lebensmittelkontrolle. Angesichts des Personalmangels muss die Dienststelle die Kampagnen priorisieren.

Ind. 8: Ziel ist, dass der Höchstwert für Pestizide in keinem Trinkwassernetz überstiegen wird.

Ind. 9: Es werden mehr Inspektionen durchgeführt, um den Rückstand aufzuholen.

Ind. 10: Diese Zahl hängt mit der Anzahl Meldungen zusammen, die bei der Dienststelle eingehen. Da 2020 ein aussergewöhnliches Jahr war, hat sich die Dienststelle bei der Festlegung der Zahl für 2022 auf das Jahr 2019 sowie die vorangehenden Jahre gestützt.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 31: Der Beitrag des Kantons ist proportional zur Anzahl Benutzer der Informatikplattform ASAN. Alle Kantone beteiligen sich in Zusammenarbeit mit dem Bund an der Studie für eine neue Informatikplattform, die ASAN ersetzen soll.

Rubr. 39: Die Abweichung ist dem Projekt «Trinkwasserkataster in den Gemeinden» zuzuschreiben. Die Kosten für die technische Übertragung von kommunalen Daten auf die Karten werden von der Dienststelle getragen.

Rubr. 41: Es handelt sich um die regelmässigen Erträge im Zusammenhang mit der Ausstellung von Viehhandelspatenten. Patente werden für eine Zeitspanne von drei Jahren erteilt. Sie wurden im Jahr 2020 für den Zeitraum 2020–2022 ausgestellt. Die nächsten Patente folgen im Jahr 2023.

Rubr. 42: Bei Nichtkonformität müssen die kontrollierten Einrichtungen Gebühren zahlen. Angesichts der zunehmenden Fälle von Nichtkonformität in den letzten Jahren sollten die Gebühren also höher ausfallen. Der Departementsvorsteher ist sich durchaus bewusst, dass es in der Dienststelle an Personal fehlt, um die zahlreichen Kontrollen durchführen zu können.

5. Personal

Erläuterungen:

Für die Bewältigung ihrer Aufgaben benötigt die Dienststelle 1 zusätzliches VZÄ für die Lebensmittelkontrolle, 0,4 VZÄ für die Anwendung des kantonalen Chemikaliengesetzes und 0,5 VZÄ für die Informatik. Der Departementsvorsteher wendet ein, dass es unmöglich sei, diesen Personalbedarf zu decken, da dem gesamten Departement nur 3,5 VZÄ zur Verfügung stehen.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2021

-

Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

Allgemeine Bemerkungen		

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PTZ 5: Die Dienststelle versichert, dass sie die Aufgaben des Generalsekretariats des Departements gewährleisten kann. Der Departementsvorsteher ist der Schaffung eines Verwaltungs- und Rechtsdienstes (wie bereits in den anderen Departementen) nicht abgeneigt, falls der Grosse Rat dies wünscht.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grosse Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 4: Die Dienststelle hat kürzlich von den Sozialpartnern grünes Licht für die BKMS-Plattform erhalten, die vom Walliser Datenschutzbeauftragten unterstützt wurde. Die Lizenzen kosten einige hundert Franken pro Monat.		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 1: Die Kontrollen durch die SUVA beschränken sich auf die Sicherheitsproblematiken in den Bereichen Industrie, Transport und Bau. Ind. 4: Der Kanton Wallis steht in Sachen Anzahl durchgeführter Schlichtungen schweizweit jedes Jahr an der Spitze (90 Prozent im Jahr 2020). Die Zielsetzung ist nach wie vor ehrgeizig.		

Ind.5: Das Departement möchte die Anzahl Gesamtarbeitsverträge und Normalarbeitsverträge in Zukunft erhöhen. Möglichkeiten diesbezüglich bestehen namentlich in den Bereichen Pflege, Informatik und Treuhandwesen.

Ind.6: Die Dienststelle weist darauf hin, dass es keine Mindestanzahl von durchzuführenden Kontrollen gibt.

Ind.7: Da die Anzahl entsandter Arbeitnehmender zurückgegangen ist, sind weniger Kontrollen vorgesehen.

Ind.10: Dies betrifft die Kommunikation des gesamten Departements. Der Grossteil der Medienmitteilungen und -konferenzen des Jahres 2020 waren der Bewältigung der Covid-19-Krise gewidmet. Andere Kommunikationsformen werden derzeit mit der Staatskanzlei ausgearbeitet.

Ind.12: Im Hinblick auf eine Automatisierung werden drei Mitarbeitende des Departements die Leistungsaufträge überprüfen. Nach und nach wird die Zahl sinken.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen

5. Personal

Erläuterungen

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen:

Covid-19: Die Dienststelle war in Sachen Kontrolle der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit den Gesundheitsvorschriften stark gefordert. Seit Ausbruch der Pandemie wurden über 5'000 Kontrollen durchgeführt, davon 2'400 in Unternehmen und 1'700 telefonisch. Infolge von Anfragen aus der Bevölkerung kommen hier über 1'000 Telefongespräche hinzu, die bei jeder Änderung der Gesundheitsvorschriften wiederholt werden. Einige Mitarbeitende haben bereits gekündigt und die erschöpften Teams müssen verstärkt werden. Der Dienststelle sind keine Beschwerden des Gesundheitspersonals infolge der coronabedingten Aussetzung der Normalarbeitsverträge zu Ohren gekommen. Sie weist darauf hin, dass es Sache der Sozialpartner ist, die Schlichtungsstelle anzurufen.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2021

-

Die Präsidentin

Patricia Constantin

Der Berichterstatter

Marcel Bayard



Grand Conseil
Commission de l'éducation, de la formation, de la culture et des sports

Grosser Rat
Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen des Budgets 2022

Dienststelle für Unterrichtswesen
Dienststelle für Berufsbildung
Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten
Dienststelle für Hochschulwesen
Kantonale Dienststelle für die Jugend
Kantonales Sportamt
Dienststelle für Kultur

Die Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport (EBKS) ist am Mittwoch, 29. September 2021, von 09.00 bis 12:00 Uhr, und am Freitag, 1. Oktober 2021, von 09.00 bis 17.00 Uhr, im Grossratssaal in Sitten zusammengetreten.

Kommission EBKS

Mitglieder	29.09.2021	01.10.2021
JACQUOD Eric, UDC, Präsident	x	X
BLATTER Jens, CSPO, Vizepräsident	X	X
BONVIN Nicolas, PDCVr, Berichterstatler	X	X
ANÇAY Tarcis, PS/GC	X	X
DUBUIS Alexandre, Les Vert.e.s	X	X
GUALINO Pierre, PDCVr	X	X
HÉRITIER Alexia, PDCVr	X	X
IMBODEN Olivier, CVPO	X	X
KALBERMATTEN Bernd, CVPO	X	X
MÉTRAILLER Françoise, PLR/FDP	X	X
MORARD Didier PLR/FDP	X	X
REUSE Marie-Josée, PS/GC	X	X
ROSSIER David PLR/FDP	CARRUZZO Mathieu	CARRUZZO Mathieu

Parlamentsdienst

MOULIN Benoîte, wissenschaftliche Mitarbeiterin

GPK (01.10.2021)

LAMON Anthony (Vormittag)

RIVA GAPANY Paola (Nachmittag)

DSIS

FAVRE Frédéric, Staatsrat, Departementsvorsteher

SALAMIN Andrea-Fabio, Controllingverantwortlicher

JIRILLO Grégoire, Chef des kantonalen Sportamts

DGSK

REYNARD Mathias, Staatsrat, Departementsvorsteher

SUTERMEISTER Anne-Catherine, Chefin der Dienststelle für Kultur

EGGEL Rolf, Controllingverantwortlicher

OGGIER Frédéric, Finanzverantwortlicher bei der Dienststelle für Kultur

DVB

DARBELLAY Christophe, Staatsrat,
Departementsvorsteher
BONVIN François, stellvertretender
Generalsekretär und
Controllingverantwortlicher
ANZEVUI Grégoire, Adjunkt beim
Verwaltungs- und Rechtsdienst für
Bildungsangelegenheiten
DINI Sophia, Delegierte für Wirtschaft und
Innovation
NANCHEN Christian, Chef der kantonalen
Dienststelle für die Jugend

LONFAT Jean-Philippe, Chef der Dienststelle für
Unterrichtswesen
MABILLARD Pascal, wissenschaftlicher Mitarbeiter
bei der Dienststelle für Unterrichtswesen
REY Yves, Chef der Dienststelle für
Hochschulwesen
ALBASINI David, Finanzverantwortlicher bei der
Dienststelle für Hochschulwesen
FUX Tanja, Chefin der Dienststelle für Berufsbildung
REY Alexandre, Adjunkt bei der Dienststelle für
Berufsbildung

Dienststelle für Unterrichtswesen

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
		<ul style="list-style-type: none"> Im Budget der Dienststelle für Unterrichtswesen (DU) ist eine Kostenzunahme um rund 6 Millionen Franken vorgesehen. Die Erhöhung der Beträge für das Sonderschulwesen ist nötig, um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise bewältigen zu können. Der Lockdown war für viele Schüler/innen schwierig. Die Erhöhung beläuft sich auf 3,7 Millionen Franken für das Budget 2022. Die Unterstützung in den Klassen wird verstärkt. In den Sonderschulinstitutionen wurden ganze Klassen eröffnet. Überdies wurden die Betreuungsstrukturen verstärkt. In Zusammenarbeit mit dem Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) wurde ein Projekt zur Prävention von sexuellem Missbrauch ins Leben gerufen: 700'000 Franken (Begleitmassnahme PAS 2). Bei den anerkannten Partnern handelt es sich um die SIPE-Zentren, Avifa, Patouch und die Kantonspolizei. Es laufen auch Arbeiten zur Bekämpfung des digitalen Mobbings. Anpassung der an ICT-VS vergebenen Mandate: + 450'000 Franken Die Vereinbarung zwischen dem Staat und der Abtei St-Maurice wurde kürzlich unterzeichnet. Die Verhandlungen dauerten dreieinhalb Jahre. Der Staat Wallis hat das Kollegium gekauft und wird es renovieren. Er wird auch die Gebäude renovieren, die im Besitz der Abtei verbleiben und vom Staat gemietet werden. Die Investitionen nehmen um 600'000 Franken zu. Das Budget für subventionierte Schulgebäude wird nach oben korrigiert. Die Bevölkerung im Wallis wächst und die Infrastrukturen müssen angepasst werden. Zahlreiche Gebäude erreichen langsam das Ende ihres Lebenszyklus. Grössere organisatorische Veränderung: Selbstständigkeit der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS). Die institutionelle Akkreditierung ist im Gange. Der Aktionsplan für digitale Bildung befindet sich in Umsetzung. Diese Stossrichtung ist im Lehrplan 21, der im Oberwallis angewendet wird, bereits enthalten und wird vorangetrieben. Geplante Gesetzesrevision: Anerkennung der Handelsschulen. Investitionen in kantonale Schulgebäude: neues Kollegium in Sitten, umfassende Renovierung des Kollegiums in St-Maurice. Vollständige Renovierung des Kollegiums «Les Creusets» in Sitten und Renovierung des Internats des Kollegiums in Brig.

1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	Hinzufügung eines Teilziels zum Thema Zweisprachigkeit: «Projekte zum Thema Zweisprachigkeit entwickeln und unterstützen» Anfügung eines «s» bei PTZ 1.5 (französische Fassung): Assurer l'accompagnement des jeunes sans perspectives après le CO
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Wie funktioniert die Plattform T1? (PTZ 1.5) Über diese Plattform arbeiten verschiedene Dienststellen und Institutionen zusammen. Es geht darum, Jugendliche, die am Ende der obligatorischen Schulzeit keine Anschlusslösung haben, zu begleiten und zu unterstützen. Damit soll verhindert werden, dass sie schlussendlich ohne Berufsausbildung dastehen und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dies ist eine Priorität, in die zusätzliche Mittel investiert werden müssen. Es genügt nicht, die rund 200 Jugendlichen ohne Anschlusslösung zu identifizieren, sondern man muss ihnen auch Perspektiven aufzeigen. Manchmal ist ein individuelles Coaching erforderlich. Die DU bringt sich über die Schule für Berufsvorbereitung (SfB) aktiv in diese Plattform ein, die es zahlreichen Jugendlichen ermöglicht, ein berufliches Projekt ins Auge zu fassen. Für Fragen im Zusammenhang mit der Berufsbildung ist die Dienststelle für Berufsbildung (DB) zuständig. Die Dienststelle für Sozialwesen (DSW) und die IV engagieren sich ebenfalls für diese Jugendlichen.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	PM 1: Die Dienststelle hofft, dass die zur Bewältigung der Covid-19-Krise eingesetzten Kräfte bald wieder frei werden, um diese Revision voranzutreiben.
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	PM 2: Implementierung des <i>plan d'études en éducation numérique</i> (PEREDNUM) im Jahr 2022: Einige Etappen wurden bereits abgeschlossen und die Dienststelle ist der Ansicht, dass sie dem Zeitplan voraus ist. 93 Lehrpersonen haben sich bereit erklärt, eine Schulung zu absolvieren, um die übrigen Lehrpersonen beim digitalen Wandel zu unterstützen. Die Anpassung der Stundentafel wird Gegenstand lebhafter Diskussionen sein, da dem Unterricht im Bereich Digitalisierung spezifische Stunden zugewiesen werden müssen. PM 4: Was ist mit der Fussgängerbrücke zwischen dem Bahnhof und dem neuen Kollegium in Sitten? Sie ist nach wie vor im Gespräch, aber nicht im Budget für den Kollegiumsbau enthalten. Sie ist in der städtebaulichen Planung der Stadt Sitten vorgesehen.
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Vier- oder fünfjähriges Kollegium: Die Tendenz in der Schweiz geht eher in Richtung einer Verlängerung der Kollegiumsdauer auf fünf Jahre. Die Walliser Studierenden sind zum Zeitpunkt des Übertritts in die eidgenössischen technischen Hochschulen reifer, besser ausgebildet und erzielen bessere Ergebnisse. Bei einer Verkürzung der Kollegiumsdauer im Wallis auf vier Jahre müssten die Funktionsweise der Orientierungsschule überdacht und vorgymnasiale Klassen eingeführt werden. Dies wäre in den kleinen Orientierungsschulen in unseren Seitentälern schlicht nicht möglich. Mit 9 gegen 4 Stimmen fordert die Kommission die Dienststelle für Unterrichtswesen auf, einen kurzen Bericht zu verfassen, in dem die Überlegungen der Dienststelle zu einem vierjährigen		

Kollegium und zur Anpassung der vorgymnasialen Ausbildung dargelegt werden. Dieser Bericht sollte auch Auskunft über den Anteil der Schüler/innen geben, die nach dem 10. oder 11. Schuljahr ins Kollegium übertreten sowie über den Anteil der Schüler/innen, die das Kollegium nach dem ersten Jahr abbrechen.

3. Leistungsindikatoren

Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?

Ja

Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?

Nein

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 1: Der Indikator für 2021 war etwas zu hoch angesetzt worden. Die für 2022 vorgeschlagene Senkung ist nicht etwa eine Sparmassnahme, sondern vielmehr eine Korrektur der für 2021 geplanten Zahl.

Ind. 3: Die Stundendotation wird durch die Anzahl Schüler geteilt.

Ind. 11: Der Rückgang ist auf eine Änderung der Berechnungsmethode zurückzuführen.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 30: Einführung einer Entschädigung für die IT-Ausrüstung der Lehrpersonen. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Kostenaufteilung mit den Gemeinden prüfen soll. Zwischen dem Lehrmittel und dem Informationsträger gibt es keine klare Abgrenzung mehr, da das Tablet die Bücher ersetzen kann. Angesichts des digitalen Wandels müssen die Lehrpersonen entsprechend ausgerüstet werden. Es ist nur recht und billig, dass sie für die Anschaffung ihrer IT-Ausrüstung entschädigt werden. Konkret wird eine Pauschalentschädigung von 1'250 Franken über fünf Jahre entrichtet. Sie betrifft den Kauf von Computer, Smartphone und Drucker. Die Entschädigung ist nicht vom Beschäftigungsgrad abhängig. Allerdings ist eine Lehrperson erst ab einem Beschäftigungsgrad von 20 Prozent anspruchsberechtigt.

Subventionierung der digitalen Lehrmittel in den Schulen:

Im Oberwallis beträgt die Pauschale 60 Franken pro Schüler/in. Die kantonale Subvention beläuft sich auf 30 Prozent (18 Franken). In diesen 60 Franken sind auch die übrigen subventionierten Lehrmittel vorhanden.

Für das französischsprachige Wallis wurde eine separate Subventionierung der ICT vereinbart. Die Pauschale pro Schüler/in beträgt 50 Franken. Der Kanton steuert folglich 15 Franken bei.

Der Departementsvorsteher hat beschlossen, den subventionsberechtigten Betrag auf 100 Franken zu verdoppeln. Im Oberwallis wird dieser Betrag von 60 auf 110 Franken erhöht.

Ziel ist es nicht, alle Schüler/innen mit einem Tablet oder einem Laptop auszustatten. Mobile Lösungen (Computer auf Rollwagen) zu vernünftigen Kosten werden bevorzugt. Allerdings ist es nicht wünschenswert, dass die Schüler/innen den ganzen Tag vor einem Bildschirm sitzen.

Die für die Anschaffung dieser Ausrüstung nötigen Finanzströme werden Gegenstand von Diskussionen mit dem Verband Walliser Gemeinden im Rahmen der oben erwähnten Arbeitsgruppe sein. Der Departementsvorsteher ist der Ansicht, dass es durchaus denkbar ist, eine vernünftige Lösung (Computer auf Rollwagen) in Höhe von 30 Prozent zu subventionieren.

Rubr. 46: Erhöhung der Gemeindebeteiligung (1,5 Mio.): Die Aufwanzunahme des Vorjahres wird auf die Gemeindebeteiligung des Folgejahres überwält.

5. Personal

Erläuterungen:

6. Zusätzliche InformationenBemerkungen:

PG 12: Die SfB gehört zur DU, weil sie eine Übergangsausbildung und eine Stärkung der Orientierungsschule darstellt. Sie ermöglicht es den Jugendlichen, sich auf die Berufswelt vorzubereiten und die für einen Übertritt in die Diplommittelschulen und die Schulen für Gesundheit und Soziales nötigen Grundkenntnisse zu vertiefen.

Schülertransporte Sekundarstufe II: +400'000 Franken. Das Budget 2022 wurde auf der Grundlage der Ausgaben der Rechnung 2020 in Höhe von 1'650'000 Franken angepasst.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Neues politisches Teilziel: Projekte zum Thema Zweisprachigkeit entwickeln und unterstützen.

Anfügung eines «s» bei PTZ 1.5 (französische Fassung): Assurer l'accompagnement des jeunes sans perspectives après le CO

Dienststelle für Berufsbildung

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Kommission EBKS heisst die neue Chefin der Dienststelle für Berufsbildung (DB), welche die Nachfolge von Claude Pottier antritt, herzlich willkommen.</p> <p>Auch 2022 wird der Schwerpunkt auf junge Menschen und Unternehmen gelegt. Die Plattform T1 spielt hierbei eine zentrale Rolle. In 80 Prozent der Fälle, die über diese Plattform behandelt wurden, konnte eine Lösung gefunden werden. Pro Jahr kommen rund 130 neue Fälle hinzu, insbesondere aus dem Unterwallis. Ein Ausbau dieser Plattform bedingt zusätzliches Personal.</p> <p>Auch die berufliche Eingliederung von Migrantinnen und Migranten und die Möglichkeiten für Erwachsene, eine berufliche Erstausbildung zu absolvieren, gilt es zu fördern.</p> <p>Reform der kaufmännischen Ausbildung: Sie betrifft sowohl die DU als auch die DB.</p> <p>Die Berufsberatung wurde an die Dienststelle für Hochschulwesen (DH) übertragen, aber die DB ist immer noch involviert.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
PM 9: Digitalisierung in den Berufsfachschulen: Hier wird unter anderem eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Berufsfachschulen und dem Kompetenzzentrum ICT-VS angestrebt.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
Ind. 9: Dieser Indikator wurde vom Bund übernommen. Die Dienststelle verfügt über keine detaillierten Informationen.		
Ind. 10: Sind die Ressourcen zur Gewährleistung des Monitorings ausreichend? Nein. Die Anfragen haben stark zugenommen. 2017 standen 293 Jugendliche ohne Anschlusslösung da. Heute sind es bereits 527. Die Mitarbeitenden der Plattform sind sehr engagiert und lassen die Jugendlichen nicht im Stich. Die		

Jugendlichen, die von Action Jeunesse betreut werden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Einige werden zunächst über die Plattform T1 betreut und anschliessend an Action Jeunesse verwiesen. Die hier angegebene Zahl umfasst also nicht alle Jugendlichen in Schwierigkeiten.

Angesichts dieser Erläuterungen schlägt die Kommission einstimmig vor, zwei zusätzliche VZÄ zur Verstärkung der Plattform T1 ins Budget 2022 aufzunehmen. Die Kommission fordert, dass diese Aufstockung über den Aufwand des DVB kompensiert wird.

Ind. 13: Die Einführungs- und Integrationsklassen befinden sich in Martigny und Visp.

Ind. 15: Zunahme der Anzahl Jugendlicher in beruflicher Grundbildung im Gesundheitsbereich. Es wurde ein Gesetz zur Förderung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen im Gesundheitsbereich verabschiedet. Vor einigen Wochen trat eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Dienststelle für Gesundheitswesen zusammen. Die Auswirkungen dieses neuen Gesetzes werden zu Beginn des Schuljahres 2023 spürbar sein. Für die kommende Rechnung und das kommende Budget wird dieser Indikator beziffert.

4. Finanzressourcen		
Erläuterungen: -		
5. Personal		
Erläuterungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein Die Kommission fordert, dass die beiden zusätzlichen VZÄ für die Plattform T1 über den Aufwand des DVB kompensiert werden.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Teilweise: Die Kommission EBKS hatte eine Aufstockung der Stellen für die Plattform T1 (Übergang 1) gefordert. Diese Aufstockung ist im Budget nicht ersichtlich.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Zwei zusätzliche VZÄ zur Unterstützung der Plattform T1.

Die Kommission fordert, dass diese Aufstockung über den Aufwand des DVB kompensiert wird.

Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Das Budget 2022 sieht einen Betrag von 18 Millionen Franken für Stipendien und 3,6 Millionen Franken für Studiendarlehen vor.</p> <p>Zur Erinnerung: Die Verordnung über Stipendien und Studiendarlehen wurde revidiert und ist zu Beginn des Schuljahres 2021 in Kraft getreten. Ihre Auswirkungen werden anlässlich der Rechnung 2022 bekannt sein. Der Zinssatz für Studiendarlehen von 3 auf 1,5 Prozent gesenkt, um ihn den marktüblichen Zinssätzen anzunähern. Der Jahreszins wird ab dem dritten Jahr nach Studienabschluss verrechnet.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p>Ind. 8: Die Dienststelle plant für 2022 einen Rückgang der Anzahl Studierender, die ein Stipendium und/oder Darlehen erhalten (Indikator ad5 Punkt 8). Warum also sind die Stipendienbeträge für einige Studierende gesunken, obwohl sich ihr Lebensstil nicht geändert hat?</p> <p>Die Planung dieses Indikators stützt sich auf die Zahlen der Rechnung 2020. Die Höhe der Stipendien richtet sich nach dem Einkommen und der Anzahl unterhaltsberechtigter Kinder. Diese Faktoren ändern sich von Jahr zu Jahr. Jeder Fall muss analysiert werden, aber es gibt sicher einen Grund für diesen Rückgang. Zu einzelnen Fällen können keine Aussagen gemacht werden.</p> <p>- Sind die Stipendienbeträge zwischen privaten und öffentlichen Schulen unterschiedlich?</p> <p>Der Staat unterstützt private Initiativen, indem er einen Teil der Mehrkosten bis zu einem Höchstbetrag von 5'000 Franken berücksichtigt.</p>		

- Sind die Beträge für Studierende im Wallis und in anderen Kantonen unterschiedlich?

Jeder Fall wird einzeln geprüft, wobei die Reise- und Unterkunftskosten für Studierende ausserhalb des Kantons berechnet werden. 60 Prozent der Stipendien werden an Studierende der Sekundarstufe gewährt. 60 Prozent der Beiträge werden für Ausbildungen im Wallis entrichtet.

- Wie haben Sie die Betroffenen über die Senkung der Zinssätze informiert?

Die Dienststelle nimmt jeweils am Forum Bildung teil und informiert auch in den Medien über dieses Thema.

Für das Budget 2023 wünscht die Kommission einen neuen Indikator über den Prozentsatz der Begünstigten, die eine tertiäre Ausbildung ausserhalb des Kantons absolvieren.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 31: Differenz zwischen den Budgets 2021 und 2022: Die Mandate der Delegierten für Wirtschaft und Innovation werden nun in der Dienststelle budgetiert, der sie angegliedert ist.

5. Personal

Erläuterungen: -

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen: -

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Dienststelle für Hochschulwesen

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 5: Erste Lesung im Grossen Rat in der Dezembersession.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 12: Eine Vereinbarung läuft im Mai 2022 aus und wird erneuert. Dies wird es den Universitäten Genf und Lausanne ermöglichen, ihre Aktivitäten im Wallis fortzusetzen. Ind. 17 bis 22: Der Rückgang hängt mit den schwankenden Studierendenzahlen zusammen. Wenn die Zahl der Studierenden stark zunimmt und das Budget gleichzeitig konstant bleibt, sinken die Kosten pro Student/in. Dies ist bei besonders gefragten Studiengängen, wie den Ingenieurwissenschaften, der Fall. Ind. 35: Die Aufnahme eines Indikators über die Anzahl Arbeitsloser über 50 Jahre ist nicht nötig. Dieser Indikator wird im Leistungsauftrag 2022 der DIHA erscheinen.		
4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u> Rubr. 30: Die kantonale Lehrmittelausgabestelle (KLAS) ist für die Anschaffung von Lehrmitteln für die Walliser Schulen zuständig. In den vergangenen acht Jahren hat sich der Umsatz verdoppelt, was mit einem enormen Druck auf das Personal verbunden ist. Daher werden 0,5 zusätzliche VZÄ beantragt.		
5. Personal		

Erläuterungen:

Die Zunahme der VZÄ erklärt sich hauptsächlich durch den Transfer der Ämter für Studien-, Berufs- und Laufbahnberatung (BSL) von der DB zur DH.

6. Zusätzliche Informationen**Bemerkungen:****II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?**

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Kantonale Dienststelle für die Jugend

Elemente		Anmerkung
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Ausblick 2022:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Projekts «Notfall- und Übergangszentrum». Renovierung des Foyer jeunes travailleurs (FJT): Investitionen von 9 Millionen Franken, davon 35 Prozent zu Lasten des Bundes. Es laufen Verhandlungen mit der Stadt Sitten betreffend die Parzelle im Quartier Châteauneuf. • Integration des psychopädagogischen medizinischen Dienstes der Stadt Sitten (SMSPP) ins kantonale Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET: Logopädie, Psychomotorik und Schulpsychologie). Die Dienststelle wird der Stadt Sitten bei dieser Aufgabe unter die Arme greifen. Die von der Stadt Sitten seit über 50 Jahren angebotenen Leistungen ähneln jenen des ZET für die Stufen 1H bis 8H. Die Stadt Sitten wollte die Leistungen zwischen den beiden Zentren vereinheitlichen. Spezialisierte Leistungen des ZET: Die Handlungsmöglichkeiten wurden ausgebaut. Allerdings gibt es immer noch Wartelisten für die Behandlung verschiedener Störungen. • Förderung und Unterstützung: Organisation eines Pfadi-Bundeslagers im Goms im Jahr 2022. Es handelt sich um ein grossartiges Projekt, das auf überwältigendes Interesse gestossen ist. 		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>PM 13: Im Einklang mit dem Jugendgesetz ergreift das Departement Massnahmen zur Förderung der Integration von Kindern mit Behinderungen. Aufgrund der Zunahme der Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) ist der Druck auf die Strukturen sehr hoch. Eine Arbeitsgruppe hat die zusätzlichen Ressourcen festgelegt, die eine Struktur benötigt, um ein Kind angemessen zu integrieren. Die Dienststelle wird versuchen, zusätzliche Ressourcen für diese Strukturen bereitzustellen. Im Hinblick auf eine Entlastung der Gemeinden sind Überlegungen zu alternativen Finanzierungsquellen geplant.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?		

Ergänzende Bemerkungen:

Ind. 5: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegefamilien. In der gesamten Westschweiz wird eine neue Sensibilisierungskampagne auf die Beine gestellt werden.

Ind. 16: Die Zahl der geplanten Fälle entspricht der Betreuung, die mit dem aktuellen Budget möglich ist.

Ind. 20: Für die intensive spezialisierte Frühförderung wären 12 Stellen nötig. Im Budget ist eine halbe Stelle für einen Sonderpädagogen vorgesehen. Mit dieser zusätzlichen halben Stelle können allerdings nicht alle Bedürfnisse abgedeckt werden. Die Wartefristen können also nicht verkürzt werden.

4. FinanzressourcenErläuterungen:

Rubr. 36: Lohnerhöhung im Bereich Tagesbetreuung: Im Einvernehmen mit den Akteuren und den Gemeinden wird es neu zwei Subventionstabellen geben: Einerseits die aktuelle Tabelle mit tiefen Löhnen und andererseits eine neue Tabelle mit höheren Mindest- und subventionsberechtigten Höchstlöhnen. Die Idee dabei ist, den Gemeinden, die sich für die neue Subventionstabelle entscheiden, eine Subvention von 35 Prozent anstatt der derzeitigen 30 Prozent zu gewähren.

Da die Gemeinden für die Schaffung dieser Strukturen zuständig sind, gibt es nur sehr wenige private Strukturen.

5. PersonalErläuterungen:**6. Zusätzliche Informationen**Bemerkungen:

Stimmrechtsalter 16: Ein diesbezüglicher Bericht des Jugendobservatoriums wird der Kommission übermittelt, sobald er verfügbar ist.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

-

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Kantonales Sportamt

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Das Amt ist zwar direkt dem Departementsvorsteher unterstellt, aber administrativ der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär (DZSM) angegliedert. Es ist für die allgemeine Sportförderung und die Verteilung der finanziellen Unterstützung zuständig.</p> <p>Renovierung des kantonalen Sportzentrums Ovronnaz: Dieses Zentrum wurde 1982 erbaut und wurde seither keinen grösseren Renovierungsarbeiten unterzogen. Gegenwärtig werden beide Turnhallen renoviert. Aufgrund der Pandemie haben sich die Arbeiten verzögert. Im kommenden April wird die Renovierung des Hotelteils (Zimmer, Kursräume, Cafeteria) in Angriff genommen. Diese Arbeiten dürften ein Jahr dauern. Der Hauptfussballplatz und die Leichtathletikbahn werden vielleicht ebenfalls renoviert, allerdings fehlen dafür noch zwei Millionen Franken. Es wäre alles andere als ideal, wenn das frisch renovierte Zentrum 2023 seine Tore öffnet und der Fussballplatz in einem schlechten Zustand ist.</p> <p>Verwaltung der finanziellen Unterstützung für Jugend und Sport (J+S): Die Gewährung dieser Mittel erfolgt anhand der Kriterien des Bundes. Aufgabe des Amtes ist es, zusammen mit den Verbänden und den anderen Kantonen J+S-Ausbildungen zu organisieren.</p> <p>Unterstützung und Förderung grosser Sportinfrastrukturen im Rahmen des 2018 in Kraft getretenen Gesetzes über den Sport: Die Lonza Arena in Visp, eine Sportinfrastruktur von kantonaler Bedeutung, war die erste Infrastruktur, die in den Genuss einer Unterstützung (4 Mio.) gekommen ist. Das Gesetz über den Sport hat es auch ermöglicht, den Golfplatz in Crans-Montana und das nordische Zentrum im Goms zu unterstützen.</p> <p>Unterstützung der Nachwuchssportler/innen bei ihrer Vorbereitung auf Olympische Spiele und Weltmeisterschaften.</p> <p>Das Amt ist den Vereinen und Verbänden beim Umgang mit der Pandemie mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Bei den Vereinen wurde eine Umfrage durchgeführt: Von den 912 versandten Fragebögen wurden 473 beantwortet: 31 schwierige, 11 problematische und 5 kritische Fälle. Für diese fünf kritischen Fälle konnten insbesondere dank Bund und Swiss Olympic Lösungen gefunden werden.</p> <p>Schaffung der Sportplattform: Das Amt wartet auf den richtigen Zeitpunkt, um den Startschuss zu geben.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
3. Leistungsindikatoren		

Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

4. Finanzressourcen		
<u>Erläuterungen:</u>		
Ist die Organisation der Patrouille des Glaciers im Budget 2022 berücksichtigt?		
Ja, die finanzielle Unterstützung wird wie bei den früheren Ausgaben über den Sportfonds und die Wirtschaftsförderung der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI) bewerkstelligt. Diese Gelder werden an die Stiftung Patrouille des Glaciers entrichtet, die sich in der Gründungsphase befindet.		
Die Frage der finanziellen Unterstützung von Kultur-, Sport- oder Wirtschaftsveranstaltungen, die über umfangreiche Reserven verfügen, muss infolge des Berichts des Finanzinspektorates analysiert werden. Diese Problematik könnte das Omega Masters in Crans-Montana, das Zermatt Unplugged oder auch das Verbier Festival betreffen. Diese Grossveranstaltungen tragen wesentlich zur Imageförderung des Kantons bei. Ist es wirklich sinnvoll, diesen Veranstaltungen weniger Geld zu gewähren, nur weil sie über umfangreiche finanzielle Reserven verfügen?		
Rubr. 35: Vor Inkrafttreten des Gesetzes wurden der Gemeinde Sitten Gelder aus dem Sportfonds gewährt. Die Gemeinde hat dem Sportfonds diesen Betrag über das Amt zurückerstattet.		
Mit 10 Ja und 1 Enthaltung beschliesst die Kommission EBKS, einen Betrag von 2 Millionen Franken für die Renovierung der Leichtathletikbahn und des Fussballplatzes des Sportzentrums Ovronnaz ins Budget aufzunehmen.		

5. Personal		
<u>Erläuterungen:</u>		
6. Zusätzliche Informationen		
<u>Erläuterungen:</u> -		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Ja: 2 Millionen Franken für die Renovierung der Leichtathletikbahn und des Fussballplatzes des Sportzentrums Ovronnaz.

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Rubr. 56: 2 Millionen Franken für die Renovierung der Leichtathletikbahn und des Fussballplatzes des Sportzentrums Ovronnaz.

Dienststelle für Kultur

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Das Budget 2021 war im Zusammenhang mit den Ausgrabungen in Naters deutlich aufgestockt worden. Dabei handelte es sich allerdings um eine einmalige Zuweisung.</p> <p>Das Budget 2022 stellt eine Rückkehr zur Normalität dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> + 300'000 Franken beim Betriebsaufwand und 0,3 VZÄ für das kantonale Amt für Archäologie. Personal: Transfer von 1,5 VZÄ von der Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB) zum Staatsarchiv (StAW) für die Verwaltung des Notariatsarchivs. Covid: Den Kulturschaffenden werden verschiedene Hilfen angeboten. Die Kultur ist der erste Sektor, der von der Covid-19-Krise in Mitleidenschaft gezogen wurde, und wird zweifellos auch der letzte Sektor sein, der diese Krise überwindet, zumal die Publikumszahlen bei kulturellen Veranstaltungen regelrecht eingebrochen sind. <p>Kulturstrategie 2018: Ein besonderes Augenmerk wird auf die Publikumsarbeit gelegt.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>PM 2: Zweisprachigkeit: Systematisierung der Zweisprachigkeit durch Förderung der zweisprachigen Kommunikation in den Institutionen (die Ausstellung zum Patois in Martigny war zweisprachig).</p> <p>PM 6: Die Begleitung der Bauarbeiten für das neue Gebäude Eterpys ist äusserst arbeitsintensiv. Die Kantonsmuseen sind momentan dabei, ein Inventar zu erstellen: Sie bewerten die in einem Museum verfügbaren Objekte, um sie angemessen zu inventarisieren. Dies ist der ideale Zeitpunkt für diese Arbeiten.</p> <p>PM 10: Unterstützung kultureller Aktivitäten: Ausarbeitung eines Programms für ältere Menschen.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>Ind. 10: Rückläufig aufgrund der geringeren Nachfrage.</p>		

Ind. 20: Hierbei handelt es sich um einen neuen Indikator zur Messung der Anzahl Schulklassen, welche die Museen besuchen. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die Entwicklung dieser Aktivitäten.

Ind. 22: Die geplante Zahl von 60 Projekten wird 2021 aufgrund von Covid-19 nicht erreicht, weshalb dieser Indikator für 2022 nach unten korrigiert wird.

4. Finanzressourcen

Erläuterungen:

Rubr. 45: Trotz der Kürzung der Beträge ist die Dienststelle überzeugt, dass die Ausgrabungen fortgesetzt werden können.

Rubr. 46: Diese Rubrik hängt mit Rubrik 36 zusammen. Es handelt sich um Bundesgelder. Beurteilungen haben ergeben, dass der Bedarf geringer ist, was den Rückgang der Beiträge von Dritten erklärt.

Auf der Website der Dienststelle für Kultur ist die Liste der [Begünstigten der Finanzhilfe für Gruppen, die sich schöpferisch betätigen](#) verfügbar. Hingegen ist die Liste 2021 der Begünstigten im Bereich Musik noch immer nicht auf der Website zu finden. Bleiben die gewährten Beträge im Vergleich zu 2020 unverändert? Wann wird die Liste 2021 veröffentlicht?

Die Dienststelle erklärt, dass die Beträge für 2021 und 2020 identisch sind. Für 2020 waren zwar Beträge vorgesehen, aber aufgrund der Covid-19-Krise wurden keine Gesuche gestellt. Die Liste der Begünstigten für das Jahr 2021 wird demnächst fertiggestellt.

5. Personal

Erläuterungen: -

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen: -

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Der Präsident
Eric Jacquod

Der Berichterstatter
Nicolas Bonvin

Brämis, 12. Oktober 2021
Siders, 12. Oktober 2021



Grand Conseil
Commission de l'économie et de l'énergie

Grosser Rat
Kommission für Volkswirtschaft und Energie

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte der thematischen Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) zu den politischen Leistungsaufträgen des Budgets 2022

**Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit
Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation
Dienststelle für Energie und Wasserkraft**

Die Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) ist am Dienstag, 28. September 2021, von 10.30 bis 16.45 Uhr, im Grossratssaal in Sitten zusammengetreten.

Kommission VE:

Mitglieder	Vertreten durch	28.09.2021
BENDER Nathan, PDCVr, Präsident		X
DI MARCO Magali, Vizepräsidentin		X
BARRAS Dominique, PDCVr		X
CONTAT Pierre, UDC		X
CRETTON Nathalie, Les Vert.e.s		X
DELASOIE Stéphane, PLR/FDP		X
KALBERMATTER Marc, PS/GC		entschuldigt
PELLOUCHOUD François, UDC	QUENNOZ François	X
SCHAFEITEL Fabien, PDCVr	REY Edouard	X
SCHALLER Arnaud, PLR/FDP		X
SCHNYDER Michel, CSPO		entschuldigt
SONNATI Guillaume, PS/GC		X
STUDER Rainer, CVPO		X

FIKO: COLLOMBIN Maxime

GPK: RIVA GAPANY Paola

Parlamentdienst: MOULIN Benoîte, Kommissionssekretärin

Vertreter des DFE:

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Departementsvorsteher

THEYTAZ-REUTELER Isabelle, Verantwortliche für das Departementscontrolling

FOURNIER Joël, Chef der Dienststelle für Energie und Wasserkraft

Vertreter des DVB:

DARBELLAY Christophe, Staatsrat, Departementsvorsteher

DINI Sophia, Delegierte für Wirtschaft und Innovation

BONVIN François, Verantwortlicher für das Departementscontrolling

ZURWERRA Martin, Chef des Rechtsdienstes für Wirtschaftsangelegenheiten

BIANCO Eric, Chef der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation

BLANCHET Samuel, Controllingverantwortlicher, Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation

KALBERMATTEN Peter, Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

MAYORAZ Frédéric, Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Diese Dienststelle ist Kompetenzzentrum und Aufsichtsorgan für das öffentliche Beschaffungswesen. In diesem Zusammenhang ist sie für die Revision des Gesetzes betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 (kGIVöB) zuständig. Der Entwurf des Beitrittsgesetzes wird dem Grossen Rat im Frühjahr 2022 unterbreitet. Nach dem Willen des Kantons sollen ausserkantonale Unternehmen, die im Wallis Arbeiten ausführen, den von den Sozialpartnern im Wallis festgelegten Bedingungen unterstellt werden.</p> <p>Die Dienststelle kümmert sich auch um die Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken (GBB), der Tourismusförderungstaxe und dem bäuerlichen Bodenrecht.</p> <p>Delegierte für Wirtschaft und Innovation: Sie ist für den Campus Energypolis und den Flughafen Sitten zuständig.</p> <p>Die zentralen Dienste der HES-SO und die Hochschule für Ingenieurwissenschaften sind in ihre neuen Gebäude an der Rue de l'Industrie umgezogen.</p> <p>Der Staat Wallis hat dem Unternehmen H55 (Elektroflugzeuge) einen Beitrag gewährt.</p> <p>Das Unternehmen Natron (Batterien der Zukunft) hat ein Partnerschaftsabkommen mit der Lonza abgeschlossen, welche das zur edelmetallfreien Herstellung von Batterien nötige Preussischblau liefert. Für rund 100 Millionen Franken wird eine Pilotanlage gebaut werden. Die Suche nach Investoren läuft.</p> <p>Bau des Kompetenzzentrums Gesundheit: Die Arbeiten werden im Februar 2022 beginnen. Das Projekt Spark Sport, das die Gesundheit im Sport betrifft, wird dem Grossen Rat in der Dezembersession unterbreitet.</p> <p>Bau des Innovationsparks: Dieses Vorhaben stellt die letzte Etappe der Errichtung des Campus dar. Start-ups und Unternehmen können sich dort ansiedeln und vom Ökosystem des Campus Energypolis profitieren. Dieses Projekt wird dem Grossen Rat im März 2022 unterbreitet.</p> <p>Flughafen Sitten: Er wurde in das Gesetz über den öffentlichen Verkehr aufgenommen, aber die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung zum Vorentwurf waren nicht gut. Es muss über einen anderen Ansatz nachgedacht werden, um aus dem Flughafen ein Wirtschafts- und Tourismusförderungsinstrument für den Kanton Wallis zu machen.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Ergänzende Bemerkungen:		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	

Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 3: Sie ergänzt den Wortlaut der prioritären Massnahme 1 des Regierungsprogramms, den die Dienststelle nicht abändern kann. Evaluation einer vereinfachten Lösung: Gegenwärtig ist die Kontrolle sehr zeitaufwendig und muss vereinfacht werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen</u> Ind. 3: Auf der Website der Dienststelle werden Berichte veröffentlicht, die einen Überblick über die durchgeführten Kontrollen und deren Ergebnisse geben. Die Dienststelle will jährliche Kontrollberichte verfassen. Es gibt ein System der Selbstkontrolle: Jeder Auftraggeber muss seine eigenen Verfahren dokumentieren und kontrollieren. In ihrer Funktion als Überwachungsorgan kontrolliert die Dienststelle, ob die Auftraggeber dieses Selbstkontrollsystem auch anwenden. Bei schwerwiegenden Unregelmässigkeiten wird der Staatsrat eingeschaltet. Die Kontrollen haben gezeigt, dass gewisse Dossiers zwar unvollständig sind, aber dass die Auftraggeber noch nie das falsche Verfahren gewählt haben. Kontrolle von Auftragsvergaben durch die Dienststellen des Staates: KDI und DIB wurden kontrolliert. Dabei wurden keine grösseren Probleme festgestellt.		
4. Finanzressourcen		
Rubr. 36: Die Differenz von 72'000 Franken ist in erster Linie auf die Finanzierung der Plattform SIMAP zurückzuführen. Rubr. 42: Der Anstieg der Entgelte um 10 Prozent in der Rechnung 2020 hängt mit der Dossierzunahme (+400 neue Dossiers) zusammen. 2020 war ein Ausnahmejahr. Die Dienststelle war bei der Ausarbeitung des Budget 2022 eher vorsichtig und hat sich an den Beträgen der Jahre vor 2020 orientiert.		
5. Personal		
-		
6. Zusätzliche Informationen		
-		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

-

Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) wurde im Zusammenhang mit der Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Krise stark gefordert. Dank der wirtschaftlichen Erholung ist die Zahl der Kurzarbeitsentschädigungen (KAE) mittlerweile rückläufig. Dem KAE-System ist es zu verdanken, dass sich die Wirtschaft über Wasser halten konnte. Die Auswirkungen der Ausweitung der Covid-Zertifikatspflicht in zahlreichen Tätigkeitsbereichen müssen noch beziffert werden.</p> <p>Die Beschäftigungsaussichten sind wieder etwas rosiger: Im Jahr 2022 dürfte die Arbeitslosenquote auf 3 Prozent sinken (Rückgang um 0,2 bis 0,4 % je nach Modell). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nimmt weiter zu.</p> <p>Ungewissheiten im Zusammenhang mit der Pandemie: Die Dienststelle ist für die Verwaltung der vom Bund übertragenen und finanzierten Aufgaben zuständig. Die Einnahmen der Dienststelle hängen von der Anzahl Arbeitslose ab.</p> <p>Die DIHA kümmert sich auch um die Verwaltung der Arbeitsbewilligungen für Arbeitnehmende aus Nicht-EU-Ländern. Hiervon sind rasch wachsende Unternehmen, wie beispielsweise die Lonza, betroffen. Für Wintersportorte wie Verbier, wo jeweils zahlreiche Arbeitnehmende aus Grossbritannien arbeiten (Servicepersonal und Skilehrer), wird die Wintersaison schwierig. Infolge des Brexit stammen diese Arbeitnehmenden nun aus einem Nicht-EU-Land und können auch nicht als hochqualifizierte Arbeitskräfte betrachtet werden.</p> <p>Gesetz betreffend die Ladenöffnung: Es ist zwar keine vollständige Liberalisierung geplant, aber eine gewisse mit den Sozialpartnern ausgehandelte Flexibilisierung. Die Behandlung des Gesetzes im Grossen Rat ist für das Jahr 2022 vorgesehen.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p>PM 2: Beschäftigungsförderung: Der Bundesrat hat ein Impulsprogramm zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ins Leben gerufen. In den Kantonen müssen Massnahmen ergriffen werden, um die Konkurrenzfähigkeit von älteren Arbeitskräften zu verbessern, schwer vermittelbaren Stellensuchenden</p>		

den Schritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländern besser in diesen zu integrieren.

Momentan besteht die Möglichkeit, die Beratungs- und Vermittlungskompetenzen der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu erhöhen, um diesen Menschen unter die Arme zu greifen. Für die Personalberater/innen müssen Weiterbildungen ins Auge gefasst werden. Das Wallis hat beim SECO ein Projekt zur Ausbildung von Spezialisten für die berufliche Eingliederung (Job Coach) eingereicht. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen wurden entsprechende Zertifikatslehrgänge (CAS) entwickelt.

Die Massnahme in Sachen verstärkte und gezielte Förderung von Berufen, die für die Walliser Wirtschaft unabdingbar sind und in denen Personalmangel droht (Gesundheit, Gewerbe, Industrie und Tourismus), wurde an die Dienststelle für Berufsbildung (DB) übertragen, auch wenn sie mehrere Dienststellen betrifft.

PM 5: Die DIHA ist der Ansicht, dass die angekündigte Frist vom 31. Dezember 2022 für die Revision des Gesetzes betreffend die Ladenöffnung realistisch ist, zumindest was ihre Arbeiten im Rahmen dieser Revision anbelangt.

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	Es wird vorgeschlagen, Indikator 6 aufzuteilen, um die Detailschärfe zu erhöhen: <ul style="list-style-type: none"> • Ad1 Allgemeiner Indikator 1a: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 15–24 Jahre: 4 % • Ad1 Allgemeiner Indikator 1b: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 25–49 Jahre: 3,9 % • Ad1 Allgemeiner Indikator 1c: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 50+ Jahre: 3,2 %
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

4. Finanzressourcen		
<p>Rubr. 36: Ein Kommissionsmitglied fragt, ob nicht eine Obergrenze für den kantonalen Beschäftigungsfonds festgelegt werden müsste. In einem früheren Bericht der FIKO war davon die Rede, dass ein Betrag von fünf bis sechs Millionen Franken ein gutes Polster darstellen würde. Der Fonds wird zu 70 Prozent vom Kanton und zu 30 Prozent von den Gemeinden finanziert. Aus rein buchhalterischer Sicht sind Anpassungen schwierig. Die Zahl der Arbeitssuchenden, die in den Genuss der Finanzierung der Massnahmen kommen, kann nur schwerlich vorhergesagt werden. Der kantonale Fonds finanziert Massnahmen, die subsidiär zu den Bundesmassnahmen zur Anwendung kommen. Infolge der Covid-19-Krise und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit im Wallis waren in den letzten Jahren weniger Massnahmen nötig. Der künftige Finanzierungsbedarf für Massnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose (pandemiebedingte Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosenentschädigung) lässt sich derzeit nur schwer abschätzen. Die Dienststelle sucht derzeit nach einer Lösung in Zusammenarbeit mit dem Departement. Ein entsprechender Vorschlag wird nächstes Jahr unterbreitet.</p> <p>Der Lotteriefonds wurde angepasst: Im Jahr 2020 wurde wenig ausgeschüttet.</p>		

5. Personal		
-		
6. Zusätzliche Informationen		
-		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Drei neue Indikatoren:

- Ad1 Allgemeiner Indikator 1a: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 15–24 Jahre: 4 %
- Ad1 Allgemeiner Indikator 1b: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 25–49 Jahre: 3,9 %
- Ad1 Allgemeiner Indikator 1c: Kantonale Arbeitslosenquote Altersgruppe 50+ Jahre: 3,2 %

Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Das Budget der Dienststelle wird durch die Beschlüsse des Grossen Rates zur Gewährung von Mitteln im Zusammenhang mit der Finanzierung des Innovationsparks, der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Bergbahnen (GFBB, Rückstellung für Verluste) und der Unterstützung des Projekts DIGITOURISM beeinflusst.</p> <p>Die Beibehaltung der üblichen Zuweisung an die Rückstellung für Verluste IHG/NRP ist in der aktuellen Situation gerechtfertigt und entspricht dem Vorsichtsprinzip.</p> <p>Was das Investitionsbudget anbelangt, so gilt es insbesondere die Beibehaltung der Zuweisung an den GFBB-Fonds, den Innovationspark und die Mint-Plattform der Lonza zu erwähnen.</p> <p>Die hauptsächlichen Massnahmen auf Ebene des Betriebsbudgets sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung einer Zuweisung an die Rückstellung für Verluste IHG/NRP in der Höhe von 1 Million Franken zur Deckung der Risiken im Zusammenhang mit Darlehen im Tourismusbereich (Hotels und Bergbahnen); • Finanzierung der Leistungsvereinbarungen (VWP +1,5 Mio., The Ark, CCF AG, Regions- und Wirtschaftszentren, GGBa, WTO, IDIAP, CimArk, Médiplant) in der Höhe von 21,3 Millionen Franken; • Betrag von 2 Millionen Franken für die Finanzierung des Innovationsparks (Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten usw.); • Betrag von 4 Millionen Franken für die CCF AG für die Bildung der GFBB-Rückstellung. <p>Die hauptsächlichen Massnahmen auf Ebene der Investitionen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auszahlung der dritten Tranche der Fördermittel für Bergbahnen (GFBB) in Höhe von 5 Millionen Franken an die CCF AG; • Betrag von 2,9 Millionen Franken für die Wohnbauhilfe (PSRM und CHWEG); • Unterstützung für Natron, H55 und die Mint-Plattform, welche die Lonza einrichten will, um junge Menschen für Berufe zu interessieren, in denen Personalangel herrscht (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). 		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	PTZ 1.2 Verbessern der Dienstleistungsqualität im Tourismus und sensibilisieren der Bevölkerung für die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Soziales und Umwelt .
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
PTZ 1: Die Kriterien im Bereich der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung werden im Rahmen der Agenda 2030 beurteilt.		

PTZ 2: Ein Projekt zur Sensibilisierung für den sanften Tourismus befindet sich in Planung (Nebeneinander von Mountainbikern und Wanderern); Ausbildung im Bereich der Risikoberufe (Bergführer).
Ein Vorschlag zur Anfügung eines PTZ 1.5 im Zusammenhang mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft und der kurzen Versorgungsketten wird mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	PM 3: Revision des Gesetzes über die kantonale Wirtschaftspolitik: Verzug aufgrund der Covid-19-Krise. Diese Massnahme umfasst die Reorganisation von Dienststelle und Business Valais. Die Marke Wallis wird anschliessend für die Walliser Wirtschaftsförderung genutzt.
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 2021 war noch schwieriger als 2020 und zahlreiche prioritäre Massnahmen mussten verschoben werden. Die Dienststelle wurde im Bereich der Gewährung der Härtefallgelder stark gefordert. Entsprechend mussten die Aufgaben priorisiert werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
Ind. 3: Aufgrund der erleichterten Bereitstellung von Bundesbürgschaften ist die Dienststelle der Ansicht, dass die Verschuldungskapazität der Unternehmen begrenzt ist, und erwartet nicht, dass zusätzliche Projekte subventioniert werden müssen. Aus diesem Grund wurde der Betrag der geplanten finanziellen Verpflichtungen auf 16 Millionen Franken gesenkt.		
Ind. 10: Hier wird eine Null angestrebt, was Ausdruck stabiler Bevölkerungszahlen in den Berggemeinden wäre. Ende dieses Jahres wird eine Studie über die Bevölkerungsentwicklung in diesen Gemeinden abgeschlossen. Die neue Liste der Gemeinden mit spezifischen Problemstellungen des Berggebiets wird 2022 vorliegen.		
Ind. 12: Der Rückgang hängt nicht unbedingt mit Covid-19 zusammen. Es kommen immer wieder Anfragen aus dem Ausland. Auch die Steuerreform STAF hatte keine spürbaren Auswirkungen: Die Dienststelle beobachtet keine Abgänge von Unternehmen. Vielmehr ist es der Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU, der den Exportunternehmen Sorge bereitet.		
Indikatoren vgl. exogene Aktivitäten: Nachstehend die aktuellen Zahlen der diesbezüglichen Indikatoren 2021:		
<ul style="list-style-type: none"> • ad3 11 – 3 Partnerschaften (alle mit IDIAP) • ad3 12 – 56 (von Unternehmen aus dem Wallis und dem Ausland) • ad3 13 – 4 (darunter 1 über GGBa) • ad3 14 – 4 Millionen Franken 		

4. Finanzressourcen		
<p>Rubr. 36: Die Erhöhung entspricht der Miete für die ehemaligen Räumlichkeiten von Michel Stores, in denen derzeit das Impfzentrum untergebracht ist. Dies ist Teil der Verpflichtungen, die der Staat im Rahmen des Innovationspark-Netzwerks eingegangen ist. Der Staat muss über Räumlichkeiten für Unternehmen verfügen, die Beziehungen zu den Forschungszentren der Hochschulen und der EPFL knüpfen und entwickeln wollen.</p> <p>Rubr. 54/63: Es handelt sich um das Globalbudget, das der Dienststelle für die Gewährung von Darlehen zur Verfügung steht. Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) werden die Darlehen zu je 50 Prozent von Kanton und Bund gewährt. Die von den Unternehmen beantragten Beträge lassen sich nur schwer vorhersagen, was diese Schwankungen erklärt.</p> <p>Die Leistungsvereinbarungen machen einen grossen Teil des Budgets der Dienststelle aus. Für die Kommission wäre eine Übersicht über diese Leistungsvereinbarungen mit den gewährten Beträgen nützlich. Für Einzelheiten zur Verwendung der Beträge wird auf die jährlichen Tätigkeitsberichte der verschiedenen Einrichtungen (VWP, CCF AG, The Ark usw.) verwiesen. Die Tätigkeit der einen oder anderen Einrichtung könnte an einer kommenden Kommissionssitzung vorgestellt werden.</p> <p>Die Kommission wünscht auch eine ergänzende Notiz über die Wirksamkeit der GGBa.</p> <p>Rubr. 48: A-fond-perdu-Beiträge in der Höhe von 5 Millionen Franken für die Bergbahnen. Die Zahlungen erfolgen in Raten, da nicht alle Projekte gleichzeitig eintreffen.</p>		
5. Personal		
<p>Rubr. 30: Ein Abgeordneter zeigt sich überrascht, dass der Aufwand um rund 70'000 Franken zunimmt, obwohl die VZÄ unverändert bleiben. Die Löhne werden von der Sektion Gehälter der DPM unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren budgetiert, wie beispielsweise die Erhöhung der Erfahrungsanteile der Mitarbeitenden. Die Dienststelle hat diesbezüglich keinen Handlungsspielraum. Die Lohnabelle bleibt dabei unverändert.</p>		
6. Zusätzliche Informationen		
<p>P1101 363 Projekt DIGITOURISM: Ziel dieses Projekts ist es, die Tourismusakteure bei der Digitalisierung ihrer Dienstleistungen zu unterstützen. Dafür soll 1 Million Franken während vier Jahren bereitgestellt werden.</p> <p>P1104 363 Projekt INTERREG: Die Beträge wurden reduziert, um dem tatsächlichen Bedarf zu entsprechen.</p>		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

-

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

PTZ 1.2 Verbessern der Dienstleistungsqualität im Tourismus und sensibilisieren der Bevölkerung für die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Soziales und Umwelt.

Dienststelle für Energie und Wasserkraft

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Gebäudeprogramm: Dank des Verpflichtungskredits von 300 Millionen Franken können mehr Gesuche befriedigt werden. 2020 sind insgesamt 1'163 Gesuche eingegangen. Im September 2021 belief sich die Zahl der Gesuche bereits auf 1'350. Dabei handelt es sich insbesondere um Subventionsgesuche für die Gebäudeisolation (600 Dossiers) und den Ersatz von Ölheizungen (400 Dossiers.) Der Finanzbedarf für diese Subventionen wird für das Jahr 2022 auf 30 bis 40 Millionen Franken geschätzt. Für die Förderung von Photovoltaikanlagen ist ein Budget von 4,5 Millionen Franken vorgesehen.</p> <p>Gemäss Energieperspektiven 2050+ des Bundes müssten 45 TWh durch Wasserkraft und 34 TWh durch Photovoltaik (derzeit lediglich 2 TWh) produziert werden.</p> <p>Derzeit laufen Studien, um das Ausbaupotenzial der Solarenergieproduktion im Wallis auf allen bestehenden Infrastrukturen (Eisenbahn, Kantonsstrassen, Staumauern, Lärmschutzwände usw.) zu beurteilen. Nicht nur die Finanzierung dieser Massnahmen ist eine Knacknuss. Der Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen wird auch durch strikte Regeln im Bereich der Raumplanung gebremst.</p> <p>Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung ist es wichtig, dass die Eigentümer/innen begleitet werden. Beim derzeitigen Tempo in Sachen Ersetzung von Ölheizungen würde es 150 Jahre dauern, bis die für 2050 gesteckten Ziele erreicht sind.</p> <p>Die Windenergie wird derzeit stiefmütterlich behandelt, da kein wirklicher Wille seitens der Gemeinden und der Politik vorhanden ist. Um die Ziele für 2050 zu erreichen, wird in erster Linie auf Photovoltaik und Wasserkraft gesetzt.</p> <p>Fonds zum Erwerb von Wasserkraftanlagen (beläuft sich gegenwärtig auf 100 Millionen Franken): Gegenwärtig wird ein Berichtsentwurf über die Verwendung dieses Fonds verfasst. Die Zweckmässigkeit dieses Fonds ist nicht unbedingt einleuchtend, da der Staat gemäss Gesetz 30 Prozent dieser Anlagen kaufen und anschliessend an die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (FMV) weiterverkaufen kann. Es handelt sich also um ein Nullsummenspiel. Das Geld für den Kauf der Wasserkraftanlagen sollte für die Installation von Sonnenkollektoren auf den Infrastrukturen verwendet werden können. Im neuen Energiegesetz ist dies denn auch vorgesehen.</p> <p>Wie soll die Bevölkerung für das neue Energiegesetz sensibilisiert werden? Die diesbezügliche Kommunikation ist nicht einfach. Der Chef des Informationsdienstes des Staates Wallis (IVS) und Valais/Wallis Promotion (VWP) erarbeiten eine Kommunikationsstrategie.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PTZ 1.1: Wie ist der Stand der Dinge in Sachen Beurteilung der Energieeffizienz des Walliser Gebäudeparks?</p> <p>Diese Frage wird im Rahmen des Vorentwurfs des Energiegesetzes erörtert. Es wurde vorgeschlagen, eine solche Beurteilung zum Zeitpunkt des Verkaufs eines Gebäudes durchzuführen. Die diesbezüglichen Indikatoren befinden sich in Ausarbeitung.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	

Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	-	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	PM 1: Der Wortlaut der Massnahme ist nicht korrekt, da es sich um ein neues Gesetz handelt: PM 1: Revision <u>der Energiegesetzgebung</u>
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1: Energiegesetz: Das Vernehmlassungsverfahren wurde bis Ende Oktober 2021 verlängert. Die Verordnung muss noch fertiggestellt werden. Sie wird für die zweite Lesung des Gesetzes im Jahr 2022 vorliegen. Das Wallis ist der einzige Kanton, der die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) noch nicht in Kraft gesetzt hat. Von den rund 110'000 Wohngebäuden im Wallis werden 46 Prozent mit fossilen Energieträgern (Öl oder Gas) und 37 Prozent elektrisch beheizt. PM 6: Im Budget sind 500'000 Franken für die Schaffung dieses Kompetenzzentrums vorgesehen. Die Anzahl VZÄ dieser Dienststelle wird nicht erhöht, da externe Fachleute mit der Begleitung der energetischen Sanierung des Walliser Gebäudeparks betraut werden. Für die kommenden Jahre wird ein Budget zur Finanzierung der Tätigkeiten des Kompetenzzentrums festgelegt.		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 6: Die Kommission hätte diesen Indikator gerne in zwei Kategorien unterteilt, eine für die Grossindustrie und eine für die privaten Verbraucher. Die Dienststelle erklärt, dass dies aus folgenden Gründen leider nicht möglich ist: <ul style="list-style-type: none"> • Zahlreiche Gebäude weisen eine gemischte Nutzung, aber eine einzige Heizanlage auf. • Selbst für Gebäude mit einer einzigen Nutzung sind die der Dienststelle vorliegenden Daten nicht gebäudespezifisch. Bei Brennstoffen ist es sogar noch schwieriger, den Verbrauchsanteil nach Verbraucherkategorien zu differenzieren. Um das Energiemonitoring zu verbessern, hat die Dienststelle im Entwurf des Energiegesetzes dennoch die Möglichkeit vorgesehen, bei den Energieverteilern die Daten pro Gebäude einzufordern. Dies wird auch eine Verbesserung des Wohngebäuderegisters ermöglichen, für das die Gemeinden zuständig sind.		
4. Finanzressourcen		
-		
5. Personal		
-		
6. Zusätzliche Informationen		
Die Dienststelle analysiert gegenwärtig die Defizite und Ursachen (Diagnose) von Schwall und Sunk in der Rhone. Diese Analyse wird Ende Jahr abgeschlossen und anschliessend der Kommission präsentiert.		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

PM 1: Revision der Energiegesetzgebung

Der Präsident
Nathan Bender

Der Berichterstatter
Arnaud Schaller



Grand Conseil
Commission de l'équipement et des transports

Grosser Rat
Kommission für Bau und Verkehr

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Budget 2022

Die Kommission für Bau und Verkehr (BV) ist am 28. September 2021, von 08.30 bis 17.15 Uhr im Konferenzraum 1 des «Espace Porte de Conthey» in Sitten zur Behandlung des Budgets 2022 zusammengetreten.

Mitglieder	Vertreten durch	28.09.2021
CRETTENAND David, PLR/FDP, Präsident		X
JUON Urs, CVPO, Vizepräsident		X
MARQUIS David, PDCVr, Berichterstatter		X
CHAPPOT Florian, PS/GC		X
D'ANDRES Grégory, PLR/FDP		X
BARRAS Lucien, Les Vert.e.s		X
REY Sébastien, PLR/FDP		X
REY Serge, UDC		X
ROTEN Vincent, PDCVr		X
SALZMANN Pascal, SVPO		X
SECCO Anne-Laure, PS/GC		X
SIERRO Sophie, Les Vert.e.s	abwesend	
WENGER Frank, CSPO		X

Beobachter

BIRBAUM Thomas, FIKO-Delegierter

ALLENBACH Alexander, FIKO-Delegierter

CLAIVAZ Christophe, GPK-Delegierter

Parlamentsdienst

PERRUCHOUD Vaïc, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)

RUPPEN Franz, Staatsrat, Vorsteher des DMRU

MOIX Daniel, Controllingverantwortlicher beim DMRU

ZUMSTEIN Adrian, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes des DMRU

DUROUX Rachel, Adjunktin und Verantwortliche für juristische Angelegenheiten beim DMRU

KATIC Patricia, Sektionschefin kantonales Bausekretariat (KBS)

PELLISSIER Vincent, Chef der Dienststelle für Mobilität (DFM)

KARLEN Anton, Adjunkt des Chefs der DFM

RUDIN Jacques, Adjunkt des Sektionschefs Personal, Verwaltung und Finanzen der DFM

PANCHAUD Nils, Chef der Dienststelle Gebietseinheit III (DGE III)

VARONE Frédéric, Leiter der Sektion Operationen der DGE III

GENOLET Marc-André, Leiter der Sektion Conduit System der DGE III

HUTTER Martin, Chef der Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB)

ARBORINO Tony, Chef der Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWR)

POULIN Virginie, Sektionschefin Finanzen und Verwaltung der DHWR

Departement für Finanzen und Energie

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE)

THEYTAZ Isabelle, Controllingverantwortliche beim DFE

VENETZ Philippe, Kantonsarchitekt

WAGNER Rita, stellvertretende Kantonsarchitektin

BAZZU Kirianne, Adjunktin des Chefs der Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB) und Chefin des Kompetenzzentrums FIGI

NICLAS David, Sektionschef Finanzen und Controlling der DIB

Die in diesem Bericht angegebenen Links wurden am 29. und 30. September 2021 aufgerufen.

Alle Änderungsvorschläge seitens der Kommission für Bau und Verkehr wurden stillschweigend angenommen.

Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DFE)

Elemente	Kommentare
----------	------------

Allgemeine Bemerkungen

Die Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe ([DIB](#)) wurde am 01.01.2020 infolge der Schaffung des Fonds FIGI vom DMRU zum DFE transferiert. Die DIB ist eine zentrale Dienststelle, die Leistungen für andere Direktionen, Dienststellen und Einrichtungen der kantonalen Verwaltung erbringt. Sie ist auch für den Schutz und die Aufwertung des baulichen Erbes zuständig.

Mit dem Budget 2021 hat sich der Staatsrat der Ankurbelung verschrieben, dies wird auch mit dem Budget 2022 fortgeführt. Die nicht zu den staatshoheitlichen Aufgaben gehörenden Unterhalts- und Renovationsarbeiten der historischen Denkmäler werden ausserhalb des Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien ([FIGI](#)) ausgeführt und unterstehen der Zuständigkeit der DIB. Ein Beispiel hierfür ist das [Château Mercier](#) in Siders. Der Fonds FIGI verwaltet alle Gebäude im Zusammenhang mit den staatshoheitlichen Aufgaben.

Seit der [Revision](#) des Bundesgesetzes über die Raumplanung ([RPG](#)) aus dem Jahr 1998 müssen alle Gemeinden ein Inventar führen. Viele Gemeinden haben dies hinausgezögert, weshalb momentan die Bearbeitung eines grossen Bergs an Homologationsgesuchen ansteht (in 24 Gemeinden im Oberwallis und 53 im Unterwallis).

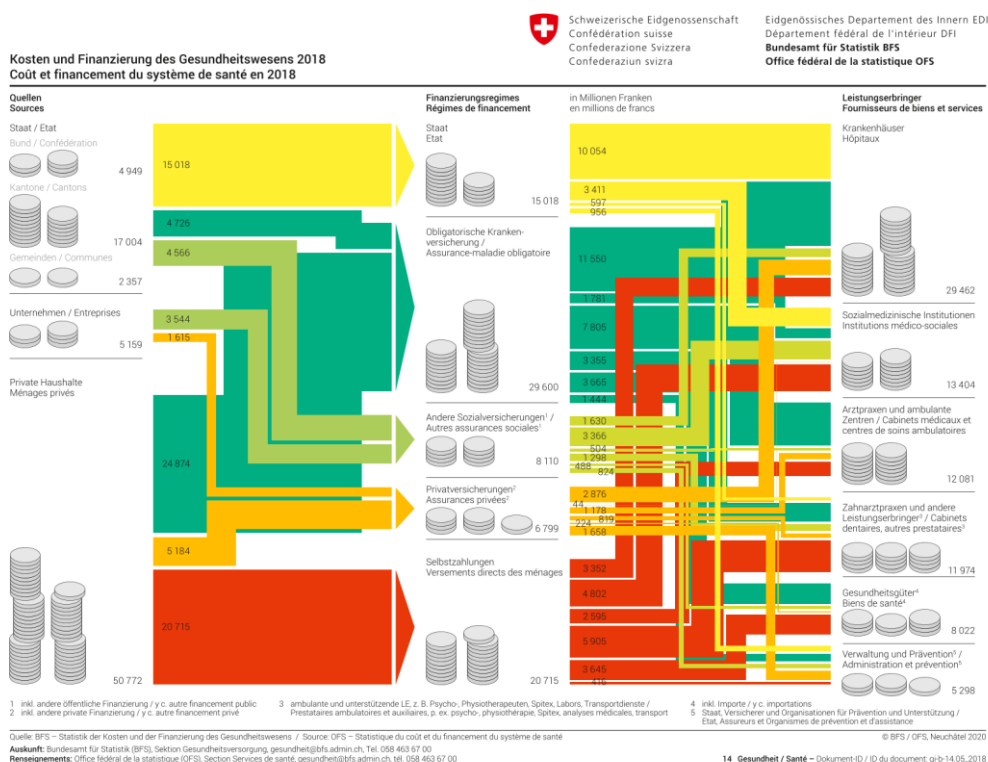
Die DIB verfügt über vier Finanzierungsquellen:

- Die dienststelleneigenen Ressourcen;
- Der Fonds FIGI;
- Der Fonds zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts;
- Der Fonds für das bauliche Erbe.

Ein Abgeordneter weist darauf hin, dass die Lesung des Budgets kompliziert und die Herkunft der Ressourcen nicht immer klar ist. Er wünscht, dass das Departement die Herkunft der Finanzierungsmittel visuell zusammenfasst, dies am Beispiel eines [Dokuments](#) des Bundes, das er vorgelegt hat (siehe Link oder weiter unten).

Allgemeiner Antrag an das DFE:

Erstellung von Dokumenten, die die Finanzströme der Dienststellen veranschaulichen



1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Ja	Da der Fonds FIGI mittlerweile geschaffen wurde, kann das politische Ziel angepasst werden. Vorschlag zur Anpassung des politischen Ziels: Implementierung und Verwaltung des Fonds FIGI
Keine ergänzenden Bemerkungen		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	Ein Abgeordneter bringt die Forderung der Finanzkommission zur Sprache, wonach prioritäre Massnahmen im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein sollten. Bei den Massnahmen ad1.1, ad1.2 und ad2.4 ist dies aber nicht der Fall. Bei einer solchen Vorgehensweise kann der Fortschritt der Massnahmen im Rahmen der Rechnung oder des Budgets nicht beurteilt werden, da die Frist offen ist. Es macht Sinn, die Endfristen im Budget und in der Rechnung beizubehalten, eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre jedoch wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Der Kantonsarchitekt weist darauf hin, dass die Restaurierung von Valeria zurzeit das grösste Renovationsprojekt darstellt. Die fünfte Etappe der Bauarbeiten an der Basilika wird 2022 abgeschlossen. Der Staatsrat wird der Kommission eine Botschaft betreffend die sechste und gleichzeitig letzte Etappe für die Aussenrestaurierung des Denkmals unterbreiten. Ein Kommissionsmitglied spricht die prioritäre Massnahme 1 «Inventare des baulichen Kulturgutes von kantonaler Bedeutung erstellen» an. Die Dienststelle erklärt, dass die Inventare auf Antrag der Gemeinden homologiert werden. Seitens Kanton sind alle für die Inventare nötigen Dokumente bereit. Er muss aber auf die Gemeinden warten, da diese die Schritte selbst in die Wege leiten müssen. Aus diesem Grund ist die Frist für diese Massnahme auf 2026 angesetzt.		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	<p>Auf Antrag der Dienststelle werden zusätzliche Indikatoren vorgeschlagen.</p> <p>Indikator ad1.4: Änderungsvorschlag Anzahl behandelte vom Staatsrat homologierte Gemeindeinventare</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators (ad1.5) Anzahl von der Dienststelle behandelte Blätter</p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter wünscht zusätzliche Informationen zum Indikator 3. Die Dienststelle weist darauf hin, dass die Klassierung von Denkmälern und die Erstellung von Inventaren zwei verschiedene Verfahren sind. Die Verwaltung erstellt das Inventar, um eine Standortbestimmung vorzunehmen. Die wichtigsten Denkmäler oder jene, die Gegenstand eines Umbauprojektes sind, werden anschliessend vom Staatsrat klassiert. In einem nächsten Schritt werden die Gemeinden oder Eigentümer/innen einbezogen. Ohne Einsprache ist dieses Verfahren sehr rasch abgeschlossen. Bei Beschwerden können sie sich allerdings in die Länge ziehen.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied zeigt sich erstaunt über den geplanten Prozentsatz für Indikator 8 «Anteil der Vormeinungen des Heimatschutzes, die fristgerecht behandelt worden sind», der seiner Meinung nach tief angesetzt ist. Die Dienststelle erwidert, dass sich die Bearbeitung einiger Dossiers wegen fehlender Dokumente verzögert. In solchen Fällen hat die Verwaltung keinen Einfluss auf die Verzögerung von Verfahren. Ein Dossier sollte normalerweise innerhalb von 30 Tagen behandelt werden.</p>		
4. Finanzressourcen		
<p>Ein Kommissionsmitglied wünscht von der Dienststelle eine Schätzung ihres Einsparpotenzials. Der Kantonsarchitekt antwortet, dass Einsparungen allenfalls durch eine Kürzung der vom Kanton gewährten Subventionen erzielt werden könnten. Dafür wäre jedoch eine Gesetzesänderung nötig. Er betont, dass Einsparungen beim Gebäudeunterhalt negative Folgen nach sich ziehen könnten. Die Renovation von Bauten in sehr schlechtem Zustand ist sehr teuer. In den Sektionen der Dienststelle könnte eine Senkung des Arbeitstempos ins Auge gefasst werden, aber dies ginge auf Kosten der Fristen, die nicht mehr eingehalten würden. Tatsächlich könnte die Verzögerung von Investitionen zu zusätzlichen Kosten führen. Insofern handelt es sich bei den Investitionen in prioritäre Projekte schlussendlich um eine Sparmassnahme.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, wofür die Abkürzung ALPOLE steht, die im Abschnitt «Bemerkungen» zu Rubrik 48 erwähnt wird. Die Dienststelle erklärt, dass es sich hier um das ehemalige Pressehaus des Le Nouvelliste an der Route de Ronquoz 86 in Sitten handelt. Der Staat hat dieses Gebäude gekauft und wird die Bauarbeiten 2022 abschliessen. ALPOLE (auf deutsch Forschungszentrum für alpine und polare Umwelt) wird nicht durch den Fonds FIGI finanziert, da die Arbeiten durch A-fonds-perdu-Beiträge finanziert werden und das Forschungszentrum im Anschluss der EPFL zur Verfügung gestellt wird. Die EPFL wird für dieses Gebäude übrigens keine Miete bezahlen.</p>		
5. Personal		
<p>Ein Kommissionsmitglied führt an, dass der unter Rubrik 30 aufgelistete Lohnaufwand bei dieser Dienststelle sehr hoch ist. Die Verwaltung erwidert, dass in der Rubrik 30 nicht nur die Löhne des Staatspersonals enthalten sind. In dieser Rubrik wird auch das für die Reinigung der Staatsgebäude beschäftigte Personal berücksichtigt. Ausserdem hat ein Grossteil des Personals der Dienststelle ein Hochschulstudium absolviert (Architekt/in, Ingenieur/in usw.), weshalb der Durchschnittslohn bei der Dienststelle relativ hoch ausfällt.</p> <p>Ein Abgeordneter kommt auf die Reinigungspersonal zurück und möchte wissen, mit welcher Art von Arbeitsvertrag sie arbeiten. Der Kantonsarchitekt erklärt, dass dieses Personal im Stundenlohn angestellt ist, da der Arbeitsaufwand oft nicht hoch genug ist, um eine Festanstellung zu rechtfertigen. Ein aktuell laufendes Projekt, für das die DIB verantwortlich ist, zielt auf eine Zentralisierung des Abwärtsdienstes des gesamten Staates Wallis ab. Durch diese neue Struktur sollen für das Reinigungspersonal attraktivere Anstellungsbedingungen geschaffen werden.</p>		

6. Zusätzliche Informationen

Ein Abgeordneter wünscht zusätzliche Informationen zum Produkt 565 «Subventionen an private Unternehmen». Die Dienststelle erklärt, dass es sich um Subventionen handelt. Ein/e private/r Eigentümer/in eines historischen Gebäudes von kantonaler Bedeutung hat Anspruch auf eine Subvention in der Höhe von 15 Prozent der anerkannten Kosten.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja Allerdings wurde den Empfehlungen der FIKO (prioritäre Massnahmen sollten im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein) nicht vollständig Folge geleistet.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Folgende Vorschläge werden von der Kommission für Bau und Verkehr (BV) angebracht:

- **Allgemeiner Antrag an das DFE** → Erstellung von Dokumenten, die die Finanzströme der Dienststellen veranschaulichen;
- Vorschlag zur Anpassung **des politischen Ziels**: → ~~Implementierung und~~ Verwaltung des Fonds FIGI;
- Indikator **ad1.4**: Änderungsvorschlag → Anzahl ~~behandelte~~ vom Staatsrat homologierte Gemeindeinventare;
- Vorschlag zur **Anfügung eines Indikators** (ad1.5) → Anzahl von der Dienststelle behandelte Blätter.

Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien (FIGI) (DFE)

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Fonds FIGI verfolgt drei Hauptziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Nutzungsvereinbarungen mit den Dienststellen (vorgesehene Frist: 01.01.2022); • Reorganisation der Dienststelle (Schaffung einer Fachdienststelle für den Fonds FIGI, bereits eingerichtet); • Einführung eines strategischen Fachinstruments (derzeit in Umsetzung mit coronabedingter Verspätung). Dank diesem Instrument kann der Zustand der Gebäude des Kantons genau und umfassend überwacht werden. <p>Der Staatsrat hat die obere Grenze für diesen Fonds bei 500 Millionen Franken angesetzt. Der Fonds FIGI darf sich also bis zu diesem Betrag verschulden (namentlich beim Staat). Sobald die Bauarbeiten abgeschlossen sind, müssen die Dienststellen für die Nutzung von Gebäuden des Kantons Miete zahlen. Diese Einnahmen werden wieder in den Fonds investiert, wodurch weitere selbstfinanzierte Projekte entwickelt werden können. Drei aus dem Fonds finanzierte Projekte wurden bereits vom Grossen Rat genehmigt. Es handelt sich dabei um das neue Kollegium am Cours Roger Bonvin, das neue Gebäude der Berufsfachschule Oberwallis und die Indoor-Schiessanlage am Standort des kantonalen Waffenplatzes von Sitten.</p> <p>Die Dienststelle hat in einem ersten Schritt alle Immobilien des Staates auf der Plattform IBA-VS erfasst. Für diese Gebäude wurden digitale Bauaufnahmen durchgeführt. Dank dieser Bauaufnahmen kann ab Januar 2022 ein neues System genutzt werden. Die Kommission hatte gewünscht, dass der Staat in der Lage ist, den Energieverbrauch seiner Gebäude zu überwachen. Derzeit läuft ein Projekt mit dem Ziel, intelligente Sensoren zu installieren. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden 20 prioritäre Investitionsprojekte, die aus dem Fonds FIGI finanziert werden, vom Staatsrat verabschiedet. Die Kredite sind also gesprochen, aber noch nicht ausgezahlt.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, ob eine Reserve existiert, für den Fall, dass später Änderungen vorgenommen werden. Die Dienststelle erwidert darauf, dass es einen gewissen Spielraum gibt, da die Mittel zwar gesprochen, aber noch nicht ausgezahlt wurden. Sie weist darauf hin, dass bei Neubauten der Fonds FIGI zuständig ist. Anpassungs-, Umbau- und Renovationsarbeiten hingegen werden von der Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe gehandhabt. Der Departementsvorsteher bringt an, dass der Staatsrat die Prioritäten ändern und gewisse Projekte aussetzen oder zurückstufen kann.</p> <p>Sobald das Gebäude erstellt ist, zahlt die dort untergebrachte Dienststelle (oder die Dienststellen) 2,5 Prozent der Investitionen pro Jahr zurück. Mit dieser Vorgehensweise werden die Schulden beim Fonds FIGI bis 2040 vollumfänglich zurückgezahlt. Die Kosten (Unterhalt, Nebenkosten usw.) sind in den Budgets für die Projekte im Zusammenhang mit dem Fonds FIGI jeweils mit einkalkuliert.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	Ein Abgeordneter bringt die Forderung der Finanzkommission zur Sprache, wonach prioritäre Massnahmen im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein sollten. Bei sämtlichen prioritären Massnahmen betreffend den Fonds FIGI ist dies aber nicht der Fall. Bei einer solchen Vorgehensweise kann der Fortschritt der Massnahmen im Rahmen der Rechnung oder des Budgets nicht beurteilt werden, da die Frist offen ist. Es macht Sinn, die Endfristen im Budget und in der Rechnung beizubehalten, eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre jedoch wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	Die Dienststelle kündigt die Einführung eines Monitorings der Energieausgaben an, wie es von der Kommission wiederholt gewünscht worden war. Sie schlägt vor, eine prioritäre Massnahme anzufügen. Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme: Einführung eines Monitorings der Energieausgaben
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> keine		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	Da der Fonds FIGI in der Zwischenzeit implementiert wurde, ist der Indikator ad1.1. überflüssig. Letzterer bleibt aber in der Rechnung 2021 aufgelistet. Indikator ad1.1: Vorschlag zur Aufhebung Ein Abgeordneter möchte zu Indikator ad3.5 wissen, ob die Zahlen realistisch sind, da sie für das Budget 2022 im Vergleich zum Vorjahr stark gesenkt wurden. Die Dienststelle erklärt, dass die für diesen Indikator verwendete Norm angepasst wurde. Die Kommission schlägt vor, diese Erklärung bei zukünftigen Budgets und Rechnungen anzufügen. Indikator ad3.5: Änderungsvorschlag Anfügung einer Bemerkung, dass die Berechnungsgrundlage angepasst wurde Ein Abgeordneter ist der Ansicht, dass der Indikator ad3.6 zu ungenau ist und schlägt vor, die aktuell verwendeten Pfeile durch konkrete Werte zu ersetzen. Indikator ad3.6: Änderungsvorschlag Ersetzung der Pfeile durch Zahlen

		<p>Ein Abgeordneter bringt eine 2016 angenommene Motion zur Sprache, die die Förderung von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden und Infrastrukturen des Staates Wallis forderte. Die Kommission hatte 2017 die Anfügung eines Indikators gefordert, der die mit Photovoltaikanlagen bedeckte Fläche angibt. Im Zuge der Schaffung des Fonds FIGI ist diese Forderung in Vergessenheit geraten. Im Einvernehmen mit der Dienststelle schlägt die Kommission vor, diesen neuen Indikator hinzuzufügen.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators: Mit Sonnenkollektoren bedeckte Fläche in Quadratmetern</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, worum es sich beim Schröder Index handelt. Über diesen Index kann gemäss Dienststelle die Baufähigkeit eines Gebäudes geschätzt werden.</p> <p>Indikator ad4.7: Änderungsvorschlag: Anfügung der Definition des Schröder Index bei den zukünftigen Budgets (Zum Beispiel: Grad der Baufähigkeit des Gebäudeparks gemäss Schröder Index)</p> <p>Betreffend die Anfügung der prioritären Massnahme «Einführung eines Monitorings der Energieausgaben» wird ein zusätzlicher Indikator vorgeschlagen. Der von der Kommission vorgeschlagene Prozentsatz zur Messung des Projektfortschritts würde für das Jahr 2022 in etwa 50 Prozent betragen.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung eines Indikators: Projektfortschritt betreffend Energie-Monitoring (für 2022 würde ein Prozentsatz von 50 Prozent angestrebt)</p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> keine</p>		

4. Finanzressourcen

Ein Kommissionsmitglied wünscht von der Dienststelle eine Schätzung ihres Einsparpotenzials. Die Dienststelle erwidert, dass sie Bauprojekte stoppen oder verschieben müsste, um Einsparungen zu erzielen. Sie erinnert daran, dass der Unterhaltsrückstand auf 300 Millionen Franken geschätzt wurde. Beim Unterhalt zu sparen ist keine gute Idee, da durch die Erhaltung des Immobilienparks umfangreiche Investitionen vermieden werden können, die sich bei in sehr schlechtem Zustand befindenden Gebäuden als nötig erweisen. Aktuell gibt der Kanton Wallis pro Jahr 8 Millionen Franken für Gebäudemieten aus. Solange keine neuen Gebäude gebaut werden, bleiben diese Kosten bestehen. Es ist auch nicht möglich, nach Belieben Verbesserungen oder Anpassungen an Gebäuden vorzunehmen, die nicht dem Staat gehören, weshalb er neue Infrastrukturen erwerben möchte.

Ein Abgeordneter erkundigt sich nach der Rubrik 52 und den künftigen Unterhaltskosten, die mit dem neuen Fachinstrument des Fonds FIGI einhergehen. Die Dienststelle erwidert, dass die genauen Kosten nicht bekannt sind, aber dass sie sich schätzungsweise auf 200'000 Franken pro Jahr belaufen werden.

Ein Abgeordneter wünscht eine Bestandesaufnahme bezüglich der getätigten Investitionen. Die Verwaltung erklärt, dass die Abweichungen zwischen den Budgets 2021 und 2022 auf die Covid-19-Krise zurückzuführen sind. Alle nicht verwendeten Ressourcen werden automatisch wieder in den Fonds investiert. Das der Kommission vorgelegte Budget ist zwar realistisch, aber unvorhersehbare Beschwerden und deren potenzielle Auswirkungen könnten die Kosten in die Höhe treiben.

Angesichts der hohen Summen fragt sich ein Kommissionsmitglied, ob der Staat Wallis nicht über seinen Verhältnissen lebt. Die Verwaltung ist sich bewusst, dass der Betrag von 500 Millionen Franken hoch erscheinen mag. Sie führt aber weiter an, dass der Kanton mit diesem Betrag im Vergleich zu anderen Fonds eine kleinere Rolle spielt. Die Rückmeldungen zum Fonds FIGI waren bisher fast immer positiv.

5. Personal		
Keine Bemerkungen		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja. Allerdings wurde den Empfehlungen der FIKO (prioritäre Massnahmen sollten im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein) nicht vollständig Folge geleistet.

Ein Abgeordneter bringt eine 2016 angenommene [Motion](#) zur Sprache, die die Förderung von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden und Infrastrukturen des Staates Wallis forderte. Die Kommission hatte 2017 die Anfügung eines Indikators gefordert, der die mit Photovoltaikanlagen bedeckte Fläche angibt. Im Zuge der Schaffung des Fonds FIGI ist diese Forderung in Vergessenheit geraten. Im Einvernehmen mit der Dienststelle schlägt die Kommission vor, diesen neuen Indikator hinzuzufügen, der im nächsten Abschnitt wieder aufgegriffen wird (Mit Sonnenkollektoren bedeckte Fläche in Quadratmetern).

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Folgende Vorschläge werden von der Kommission für Bau und Verkehr (BV) angebracht:

- Vorschlag zur **Anfügung einer prioritären Massnahme** → Einführung eines Monitorings der Energieausgaben;
- Indikator **ad1.1**: Annahme des Vorschlags zur Aufhebung;
- Indikator **ad3.5**: Änderungsvorschlag → Anfügung einer Bemerkung, dass die Berechnungsgrundlage angepasst wurde;
- Indikator **ad3.6**: Änderungsvorschlag → Ersetzung der Pfeile durch Zahlen;
- Vorschlag zur **Anfügung eines Indikators** → Mit Sonnenkollektoren bedeckte Fläche in Quadratmetern;
- Indikator **ad4.7**: Änderungsvorschlag → Anfügung der Definition des Schröder Index bei den zukünftigen Budgets;
- Vorschlag zur **Anfügung eines Indikators** → Projektfortschritt betreffend Energie-Monitoring (für 2022 würde ein Prozentsatz von 50 Prozent angestrebt).

Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB)

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher gibt bekannt, dass die Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB) die Nordröhre des Tunnels Visp im Sommer 2022 eröffnen möchte. Die Eröffnung der Südumfahrung Visp ist für 2024 vorgesehen, die Fertigstellung des gesamten Abschnitts von Brig bis Leuk für 2026.</p> <p>Die Kommission wird zu Baustellenbesichtigungen eingeladen.</p> <p>Die Dienststelle merkt an, dass es im Wallis schwierig ist, qualifizierte Arbeitskräfte im Bauwesen zu finden. Die Anstellung eines Projektleiters in der Dienststelle war alles andere als einfach. Auch die Unternehmen, die die Bauarbeiten auf der Autobahn durchführen, sind von dieser Problematik betroffen. Die Lonza bietet attraktive Arbeitsplätze und gehört somit zur Konkurrenz für diese Art von Stellen.</p> <p>Betreffend den Abschnitt zwischen Siders und Leuk werden aktuell fünf Beschwerden beim Verwaltungsgericht in St. Gallen behandelt. Diese Beschwerden haben insbesondere die vom Kanton vorgeschlagene «Rotenbrücke» zum Gegenstand. Es ist insbesondere die Burger- und Munizipalgemeinde Salgesch betroffen. Rund um den Mörderstein werden archäologische Grabungen vorgenommen werden. Im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) wurden für den Tunnel Susten und die Bauarbeiten an Strassen bereits Ausschreibungen vorgenommen. So kann rasch mit den Arbeiten begonnen werden, sobald die Bewilligungen vorliegen.</p> <p>Ein Abgeordneter spricht an, dass der Markt etwas ausgetrocknet scheint (wenige Angebote für öffentliche Ausschreibungen), während aus den früheren Diskussionen mit den Dienststellen hervorging, dass der Markt floriert. Die Dienststelle erwidert, dass das Volumen an Autobahnbaustellen bedeutend ist und dass nur wenige Akteure die Voraussetzungen erfüllen. Die Situation variiert stark je nach Bereich.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, ob es möglich ist, die Kosten im Zusammenhang mit dem Anstieg der Rohstoffpreise zu beziffern. Der Dienstchef erwidert, dass zahlreiche Industrierwerke (insbesondere für die Stahlproduktion in China) aufgrund der Covid-19-Krise ihre Produktion einstellen mussten. Dies führte zu einer Rohstoffknappheit, was wiederum zum Teil beachtliche Preiserhöhungen zur Folge hatte. Letztere waren auch beim Holz zu verzeichnen, in manchen Fällen haben sich die Kosten gar verdoppelt. Allerdings ist das Holz kein wichtiger Rohstoff beim Bau der Autobahn. Die Dienststelle konnte bislang noch schwarze Zahlen schreiben und ihre Kosten sind nicht stark angestiegen.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, was der Unterschied zwischen der DNSB und der Dienststelle Gebiets-einheit III (DGE III) ist. Die DNSB ist verantwortlich für den Bau der Autobahn A9. Sobald diese fertiggestellt ist, gehen die Bauten in die Zuständigkeit der DGE III über. Letztere ist administrativ dem Kanton Wallis angegliedert, arbeitet aber eng mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) zusammen.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	Ein Abgeordneter möchte wissen, ob es möglich ist, einen Gesamtüberblick über den Fortschritt der Arbeiten an der A9 zu erhalten. Gemäss Dienststelle liegen alle nötigen Daten vor, um einen solchen Indikator einzuführen. Vorschlag zur Anfügung eines Indikators für das Budget 2023: Prozentsatz der bereits gebauten Autobahn zwischen Siders und Brig
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ein Abgeordneter möchte wissen, ob es bei Beschwerden zu einer bestimmten Teilstrecke möglich ist, mit dem Bau eines anderen Abschnitts fortzufahren. Die DNSB erwidert, dass dies nicht praktikabel ist, da unterschiedliche Unternehmen mit dem Bau verschiedener Teilstrecken beauftragt wurden. Ein Abgeordneter möchte wissen, ob zum Abschnitt Siders–Leuk noch Beschwerden eingehen könnten. Die Dienststelle erklärt, dass auf technischer Ebene alles klar ist. Nichtsdestotrotz können weitere Beschwerden nicht ausgeschlossen werden.		
4. Finanzressourcen		
Die im Abschnitt «Bemerkungen» zu Rubrik 50 erwähnten Investitionen von 100 Millionen Franken sind für das Jahr 2022 und nicht für das Jahr 2021 vorgesehen. Die DNSB wird aufgefordert, diesen Fehler zu korrigieren.		
5. Personal		
Keine Bemerkungen		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Folgende Vorschläge werden von der Kommission für Bau und Verkehr (BV) angebracht:

- **Anfügung eines Indikators** für das Budget 2023 → Prozentsatz der bereits gebauten Autobahn zwischen Siders und Brig
- **Korrektur im Abschnitt «Bemerkungen» zu Rubrik 50** → Die Investitionen von 100 Millionen Franken sind für das Jahr 2022 und nicht für das Jahr 2021 vorgesehen.

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DMRU

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Verwaltungs- und Rechtsdienst des DMRU (VRDMRU) gewährleistet die juristische Unterstützung zugunsten des Departementsvorstehers und allen Dienststellen und Ämtern des Departements. Die Sektion stellt ebenfalls die Verfahrensleitung in Bereichen sicher, welche dem VRDMRU unterstellt sind. Er gewährleistet auch die administrative und juristische Unterstützung der kantonalen Baukommission (KBK) und arbeitet mit mehreren Partner-Dienststellen zusammen.</p> <p>Der Departementsvorsteher spricht den Transfer der kantonalen Kommission für Strassensignalisation (KKSS) an, die vorher an die Dienststelle für Mobilität angegliedert war. Er bringt auch das Programm eConstruction zur Sprache, für das er eine/n eConstruction-Mitarbeiter/in zu 100 Prozent und eine/n Ingenieur/in zu 50 Prozent (insgesamt 1,5 VZE) anstellen möchte. Dieses Programm wurde 2019 eingeführt und wird aktuell von neun Pilotgemeinden getestet. Seine flächendeckende Einführung in allen Gemeinden wird 2023 stattfinden.</p> <p>Die Anstellung von zusätzlichem Personal im Bereich der Baupolizei ist für das Budget 2023 vorgesehen, damit in diesem Bereich die Fristen eingehalten und die Probleme gelöst werden können. Der VRDMRU wird auch nach dem Transfer der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW) zum Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport als Rechtsdienst für diese Dienststelle fungieren. Ab 2022 werden für diese Dienststelle noch 0,5 VZE eingesetzt.</p> <p>Ein Abgeordneter möchte wissen, was es mit den Piktogrammen im Zusammenhang mit den Massnahmen des Legislativprogramms auf sich hat. Der Dienstchef erwidert, dass diese Piktogramme auf die Gesetzesrevisionen verweisen, die vom Verwaltungs- und Rechtsdienst geplant sind. Für die angestrebten Gesetzesrevisionen wurde ein Zeitplan erstellt, der auch das ideale Datum des Inkrafttretens enthält.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	Ein Abgeordneter bringt die Forderung der Finanzkommission zur Sprache, wonach prioritäre Massnahmen im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein sollten. Bei den Massnahmen ad2.6 (politisches Ziel 1) und ad2.1 (politisches Ziel 2) ist dies aber nicht der Fall. Bei einer solchen Vorgehensweise kann der Fortschritt der Massnahmen im Rahmen der Rechnung oder des Budgets nicht beurteilt werden, da die Frist offen ist. Es macht Sinn, die Endfristen im Budget und in der Rechnung beizubehalten, eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre jedoch wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	Ein Abgeordneter wünscht, dass die Revision des Baugesetzes in die prioritären Massnahmen aufgenommen wird. Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme (ad2.7 unter dem politischen Ziel 1) Leitung der Revision von Baugesetz und -verordnung

		<p>Ein Abgeordneter schlägt vor, die Einführung des Programms eConstruction in die prioritären Massnahmen aufzunehmen. Der Dienst merkt an, dass zwei Fristen für die Projekt lancierung mit Pilotgemeinden festgelegt wurden und diese somit bei den prioritären Massnahmen angefügt werden können.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme unter dem politischen Ziel 1: Start von Pilotprojekt 1 am 31.01.2022</p> <p>Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme unter dem politischen Ziel 1: Start von Pilotprojekt 2 am 18.07.2022</p>
--	--	--

Ergänzende Bemerkungen:

Ein Abgeordneter stellt sich die Frage, ob die prioritäre Massnahme ad2.5 unter dem politischen Ziel 1 nicht überflüssig ist, da das Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau (GNGWB) Ende 2021 im Grosse Rat behandelt wird. Der Dienstchef erwidert, dass dies vom Inhalt der Debatten im Grosse Rat abhängt. Falls die Debatten Ende Jahr abgeschlossen werden, wäre diese prioritäre Massnahme tatsächlich hinfällig.

Ein Kommissionsmitglied erkundigt sich nach den Kompetenzen der kantonalen Kommission für Strassen-signalisation (KKSS). Die Administration verweist auf die Bundesgesetzgebung, die vorschreibt, dass sämtliche Signalisationen auf Strassen und Baustellen homologiert werden müssen. Für diese Homologationen ist die KKSS zuständig.

3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		

4. Finanzressourcen		
Der Dienstchef merkt an, dass die Zunahme in der Rubrik 31 auf das Hinzukommen der KKSS zurückzuführen ist. Bei Rubrik 42 (Entgelte) ist eine Erhöhung des Ertrags zu verzeichnen. Die Rubrik 50 wird vom Programm eConstruction, für welches der Dienst 600'000 Franken bereitstellt, beeinflusst.		

5. Personal		
Ein Abgeordneter möchte von der Dienststelle wissen, ob sie über genügend Personal verfügt, um die Kontrollen der Baudossiers durchzuführen. Der VRDMRU entgegnet, dass er stichprobenartige Kontrollen durchführt, aber mit den aktuellen VZE keine systematische Kontrolle gewährleistet werden kann. Der Dienst arbeitet auch mit den Gemeinden zusammen, um die Begleitung der Dossiers sicherzustellen, die in die Zuständigkeit des Kantons fallen. Er führt weiter an, dass aktuell 808 Baudossiers offen sind.		

6. Zusätzliche Informationen		
Keine ergänzenden Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja. Allerdings wurde den Empfehlungen der FIKO (prioritäre Massnahmen sollten im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein) nicht vollständig Folge geleistet.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

- **Anfügung einer prioritären Massnahmen** (ad2.7 unter dem politischen Ziel 1 → Leitung der Revision von Baugesetz und -verordnung;
- **Anfügung einer prioritären Massnahmen** unter dem politischen Ziel 1 → Start von Pilotprojekt 1 am 31.01.2022;
- **Anfügung einer prioritären Massnahmen** unter dem politischen Ziel 1 → Start von Pilotprojekt 2 am 18.07.2022.

Dienststelle für Mobilität (DFM)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Departementsvorsteher führt die beiden Hauptziele der Dienststelle für Mobilität (DFM) an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt des kantonalen Strassennetzes. Dies ist eine wichtige Aufgabe, um sichere Strassen im ganzen Kanton, das heisst sowohl im Tal als auch in den Bergregionen, zu gewährleisten. Der Erhalt dieses Netzes stellt eine Herausforderung dar, da pro Jahr rund 30 Millionen Franken fehlen, um die Strassen in einem optimalen Zustand zu erhalten. • Strategie und Planung im Bereich des öffentlichen Verkehrs. In diesem Zusammenhang werden aktuell zwei Projekte für Eisenbahnverbindungen ausgearbeitet. Beim ersten Projekt geht es darum, die Verbindung Wallis–Evian wieder in Betrieb zu nehmen und somit das Strassenverkehrsaufkommen auf dieser Grenzgängeroute zu verringern. Auch der Bund beteiligt sich an diesem internationalen Projekt. Mit dem zweiten Projekt soll Monthey an das SBB-Netz angeschlossen werden. 		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	<p>Ein Kommissionsmitglied vermisst die Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr in den prioritären Massnahmen unter dem politischen Ziel 2 und möchte sie anfügen.</p> <p>Vorschlag zur Anfügung einer prioritären Massnahme unter dem politischen Ziel 2</p> <p>Leitung der Totalrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr</p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter wünscht eine Standortbestimmung im Zusammenhang mit der prioritären Massnahme ad1.2 unter dem politischen Ziel 2. Der Dienstchef erklärt, dass die Route zwischen dem Wallis und Frankreich sehr stark befahren ist. Viele Grenzgänger arbeiten in der Schweiz und Strassen, die durch Dörfer wie Saint Gingolph führen, werden dadurch sehr stark ausgelastet. Mit einer Zugverbindung nach Evian könnte ein Teil des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene verlagert werden. Gleichzeitig wird die Region nähergebracht und dynamisiert. Im aktuellen Projekt wäre das Schweizer Unternehmen RegionAlps für die Verbindung zuständig. Das Projekt ist also auch aus wirtschaftlicher Sicht interessant. Ein grosser Vorteil für den Kanton besteht darin, dass die Kosten für das Bahnnetz vom Bund getragen werden. Sobald die Strecke gebaut ist, entstehen dem Kanton hierfür keine Kosten mehr.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, wie weit fortgeschritten die Bauarbeiten am Umfahrungstunnel von Les Evouettes sind (politisches Ziel 1, prioritäre Massnahme 10). Die DFM möchte den Tunnel 2024 eröffnen. Es gab geologische Schwierigkeiten beim Ausbruch des Tunnels. Diese konnten zwischenzeitlich bewältigt</p>		

werden. Die Dienststelle hofft, dass nichts mehr dazwischenkommt, und sieht langsam das Licht am Ende des Tunnels.

Ein Abgeordneter möchte sich ein besseres Bild vom Umfang des kantonalen Strassennetzes machen können. Die Dienststelle antwortet, dass sie den Kommissionsmitgliedern Zugriff zu Georeferenzierungstools gewähren kann. Im Dokument zum kantonalen Mobilitätskonzept 2040 ist ausserdem ein Plan (PDF) zu finden.

3. Leistungsindikatoren

Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?

Ja

Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?

Nein

Ergänzende Bemerkungen:

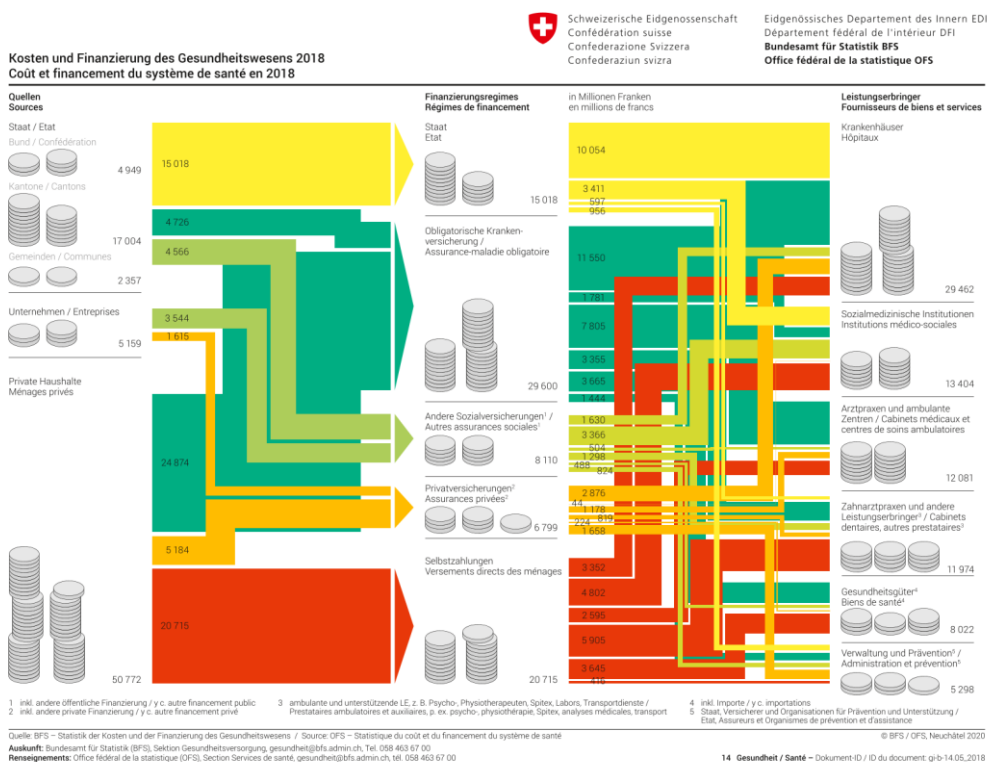
Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, worin der Unterschied zwischen den Indikatoren ad2.6 und ad2.7 unter dem politischen Ziel 1 besteht. Die DFM erläutert, dass die Bezeichnung «kritisch» weniger negativ ist als Bezeichnung «schlecht».

4. Finanzressourcen

Ein Kommissionsmitglied wünscht sich von der Verwaltung ein Dokument, das die Finanzierungsquellen der Dienststelle aufzeigt und anhand dessen die Entwicklung der jeweiligen Fonds verfolgt werden kann. Er hat diesbezüglich als Mustervorlage ein Dokument des Bundes betreffend Gesundheitswesen mitgebracht. Eine Version für das Jahr 2019 ist ausserdem unter folgendem [Link](#) abrufbar. Der Dienstchef merkt an, dass es durchaus möglich ist, ein Dokument mit einer visuellen Darstellung der Finanzströme zu erstellen.

Allgemeiner Antrag an das DMRU:

Erstellung von Dokumenten, die die Finanzströme der Dienststellen veranschaulichen



Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, wie die auf die Elektromobilität zurückzuführenden Mindereinnahmen in den kommenden Jahren ausgeglichen werden, um die Strassenfinanzierung weiterhin zu gewährleisten. Die Verwaltung ist sich dieser Problematik durchaus bewusst. Das Strassennetz wird zum Grossteil

durch die [Mineralölsteuer](#) finanziert, die für Elektrofahrzeuge aber nicht anwendbar ist. Dennoch gibt es gemäss Dienststelle noch keine Anzeichen für einen Rückgang dieser Einnahmen. Dieses Finanzierungsmodell ist eher das Sorgenkind des Bundes.

Ein Abgeordneter möchte wissen, ob es bei der Dienststelle Sparpotenzial gibt. Die Verwaltung erwidert, dass bisher ein sehr normativer Ansatz gewählt wurde, und dass nicht die Kosten, sondern die Sicherheit im Zentrum standen. Zurzeit findet eine Projekt-Überprüfung statt, um herauszufinden, ob die aktuellen Bauarbeiten nicht etwas zu «luxuriös» dimensioniert sind. Auf jeden Fall scheint gemäss Dienststelle die Tendenz bei den Standards eher nach oben als nach unten zu zeigen.

Ein Abgeordneter erkundigt sich nach der Anzahl kantonsverwalteter Seilbahnen, deren Defizite mehr als 100'000 Franken betragen. Die DFM erwidert, dass aktuell nur eine Seilbahn Gewinne schreibt. Alle anderen befinden sich in den roten Zahlen, in einigen Fällen beträgt der Deckungsgrad lediglich 8 Prozent. Der Kommission wird eine Liste mit den Einnahmen der von der Dienststelle geführten Seilbahnen vorgelegt (siehe unten).

Etat du Valais - Département de la mobilité, du territoire et de l'environnement
Service de la mobilité
Téléphériques gérés

Résultats de l'année : 2020

DA	Installation	Résultats cumulés au 1er janvier			Charges et produits d'exploitation de l'année			Résultat de l'année		Résultats cumulés au 31 décembre		
		Résultats cumulés	Résultat reporté	Rubrique bilan	Total Rubr. 3	Total Rubr. 4	Amortissements des invest. Rubr. 3300.xxx	Résultats (-) = bénéf.	Rubrique comptable Résultat de l'année	Résultats cumulés	Résultat reporté	Rubrique bilan
8520	TRI Téléphérique Riddes-Isérables	-50'602.49	Bénéfice reporté	2090.000	768'700.05	-1'006'938.78	242'060.60	3'821.87	Perte - Rubr. 4500.000	-46'780.62	Bénéfice reporté	2090.000
8530	LTUO Luftseilbahn Turtmann-Unterems-Oberems	175'615.29	Perte reportée	1090.000	557'682.10	-716'070.85	142'190.80	-16'197.95	Bénéfice - Rubr. 3500.000	159'417.34	Perte reportée	1090.000
8535	DAC Dorénav-Allesse-Champex	228'991.49	Perte reportée	1090.000	441'669.92	-540'541.01	105'444.65	6'573.56	Perte - Rubr. 4500.000	235'565.05	Perte reportée	1090.000
8540	LFB Luftseilbahn Fürgangen-Bellwald	85'542.01	Perte reportée	1090.000	566'521.68	-615'938.66	375'688.00	326'271.02	Perte - Rubr. 4500.000	411'813.03	Perte reportée (voir remarque complémentaire)	1090.000
8545	LGJ Luftseilbahn Gampel-Jeizinen	-72'449.83	Bénéfice reporté	2090.000	463'738.07	-258'935.87	65'157.40	269'959.60	Perte - Rubr. 4500.000	197'509.77	Perte reportée (voir remarque complémentaire)	1090.000
8550	LRE Luftseilbahn Raron-Eischoll	-107'314.81	Bénéfice reporté	2090.000	640'509.74	-805'540.33	110'005.50	-55'025.09	Bénéfice - Rubr. 3500.000	-162'339.90	Bénéfice reporté	2090.000
Totaux		259'781.66			3'438'821.56	-3'943'965.50	1'040'546.95	535'403.01		795'184.67		

Remarque :

Perte cumulée sur compte bilan 1090.000 (créance de l'Etat du Valais vis-à-vis du téléphérique géré)

Bénéfice cumulé sur compte bilan 2090.000 (dette de l'Etat du Valais vis-à-vis du téléphérique géré)

Les résultats 2020 ont été influencés par la pandémie de COVID-19 (péjoration des activités de transports publics en général). Pour le LFB, le résultat s'explique aussi par des suramortissements (amortissement complet des installations de 2019 à fin 2021, à raison d'un tiers de la valeur par année).

Remarque complémentaire (avril 2021; après le bouclement 2020): subventions non comptabilisées en 2020, avec perte cumulée réelle réduite d'autant (le résultat sera corrigé en 2021) :

- 8540 LFB : subventions de Fr. 273'432.- (le perte reportée corrigée serait alors de Fr. 138'381.-).

- 8545 LGJ : subventions de Fr. 219'000.- (le bénéfice reporté corrigé serait alors de Fr. 21'490.-).

5. Personal

Ein Abgeordneter weist auf den Rückgang von über 70 VZE zwischen der Rechnung 2020 und dem Budget 2022 hin. Die DFM erklärt, dass diese Abweichung auf die Schaffung der Dienststelle Gebietseinheit III (DGE III) und die Übertragung der Stellen zurückzuführen ist. Ein Vergleich zwischen der Rechnung 2020 und dem Budget 2022 macht also wenig Sinn, da sich die Situation geändert hat.

6. Zusätzliche Informationen

Die Dienststelle weist darauf hin, dass zum Kantonsanteil in der Höhe von 373'887'900 Franken noch der Bundesanteil hinzukommt, der sich auf rund 69 Millionen Franken beläuft. Der Gesamtbetrag (Bund und Kanton) beläuft sich also auf rund 450 Millionen Franken. Die Einnahmen in der Höhe von 243 Millionen Franken entsprechen hauptsächlich den Ressourcen des Bundes, auf die der Staat Wallis zurückgreifen kann. Sie stammen hauptsächlich aus Einnahmen aus der [Schwerverkehrsabgabe](#), der [Mineralölsteuer](#), aber auch aus der Beteiligung der Gemeinden an den Infrastrukturen. Bei der Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungsfehlbetrag von 130 Millionen Franken, der mit dem Nettobudget der DFM übereinstimmt. Von diesem Betrag müssen rund 40 Millionen Franken für Löhne, 2 Millionen Franken für interne Verrechnungen und fast 68 Millionen Franken für den öffentlichen Verkehr abgezogen werden. Somit bleiben noch 21 Millionen Franken übrig, die dem Handlungsspielraum der Dienststelle beim Nettobudget entsprechen.

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Folgende Vorschläge werden von der Kommission für Bau und Verkehr (BV) angebracht:

- **Allgemeiner Antrag** an das DMRU → Erstellung von Dokumenten, die die Finanzströme der Dienststellen veranschaulichen;
- Vorschlag zur **Anfügung einer prioritären Massnahme** unter dem politischen Ziel 2 → Leitung der Totalrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr

Dienststelle Gebietseinheit III (DMRU)

Elemente		Kommentare
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Es ist das erste Mal, dass diese Einheit als eigenständige Dienststelle vorgestellt wird. Die Dienststelle Gebietseinheit III (DGE III) wurde aufgrund von Empfehlungen der Audits und auf Geheiss des Bundesamts für Strassen (ASTRA) geschaffen. Der Name der Dienststelle leitet sich von der beim ASTRA verwendeten Terminologie für die Unterteilung der verschiedenen administrativen Zonen ab.</p> <p>Im Auftrag des ASTRA verwaltet die Dienststelle Strassen wie zum Beispiel die Autobahn A9 sowie die wichtigen Achsen Simplon, Grosser St. Bernhard und Goppenstein. Sie umfasst drei Werkhöfe in Martigny, Siders und Brig sowie bald einen Stützpunkt auf dem Grossen St. Bernhard. Ein Grossteil der Mitarbeitenden wird mit einem unbefristeten Vertrag über das ASTRA direkt vom Bund angestellt.</p> <p>Das ASTRA ist Eigentümer der von der DGE III verwalteten Strassen. Die Dienststelle kann beim ASTRA Gesuche betreffend Unterhalt oder Erneuerung der Strassen einreichen, aber die endgültige Entscheidung liegt beim ASTRA. Die DGE III wird regelmässig von der eidgenössischen Finanzkontrolle einem Audit unterzogen. Die Besonderheit der Dienststelle ist, dass sie mit dem ASTRA in einem Kunden-Lieferanten-Verhältnis steht. Sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene sind manchmal Genehmigungsverfahren erforderlich, was die Arbeit verkompliziert, da die kantonalen Bestimmungen nicht stets mit den Normen des Bundes übereinstimmen.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, ob zurzeit Verhandlungen zur Übernahme weiterer Strecken durch den Bund geführt werden. Die DGE III erwidert, dass sie nicht glaubt, dass das ASTRA eine Übernahme weiterer Strecken durch den Bund plant. Sie weist aber auch darauf hin, dass die Aufnahme des Abschnitts im Goms ins Nationalstrassennetz ein Ziel des Kantons darstellt.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, ob das ASTRA Qualitätskriterien für seine Strassen festlegt. Die DGE III erklärt, dass die vom ASTRA auferlegten Normen über jene des Kantons hinausgehen. Das Qualitätsniveau ist somit höher und der Zustand der Strassen wird regelmässig überprüft. Die Grundsätze bei diesen Beurteilungen und Sanierungen der Strassen sind jedoch die gleichen wie auf Kantonsebene. Da das ASTRA über genügend Ressourcen verfügt, können die Beurteilungen und Sanierungsarbeiten möglicherweise etwas schneller in Gang gesetzt werden als auf kantonaler Ebene.</p>		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		

2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	Ein Abgeordneter bringt die Forderung der Finanzkommission zur Sprache, wonach prioritäre Massnahmen im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein sollten. Bei der prioritären Massnahmen ad3.3 ist dies aber nicht der Fall. Bei einer solchen Vorgehensweise kann der Fortschritt der Massnahmen im Rahmen der Rechnung oder des Budgets nicht beurteilt werden, da die Frist offen ist. Es macht Sinn, die Endfristen im Budget und in der Rechnung beizubehalten, eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre jedoch wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter fragt, wofür die Abkürzung UPlaNS in der prioritären Massnahme ad3.3 steht. Diese Abkürzung gehört zur Terminologie des ASTRA und steht für «Unterhaltsplanung Nationalstrassen».</p> <p>Ein Kommissionsmitglied möchte im Zusammenhang mit der prioritären Massnahmen ad3.3 wissen, ob zu dieser Strecke und insbesondere zur Galerie des Toules bereits Überlegungen angestellt wurden. Die DGE III antwortet, dass diese Strecke das ASTRA sehr stark beschäftigt. Es wurden mehrere Varianten geprüft. Durch die Galerie des Toules wird verhindert, dass Schnee auf die Strasse fällt, sie schützt aber nicht vor Steinschlägen. Es ist zu erwarten, dass ein Gesuch um Verstärkung der Säulen eingereicht wird, und wahrscheinlich werden in der Zukunft erhebliche Summen in diesen Bau investiert.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Nein	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ein Abgeordneter wünscht zusätzliche Informationen zum Indikator ad3.3. Die DGE III erklärt, dass ihr Budget für Unterhaltsarbeiten 16 Millionen Franken und für Bauarbeiten 9 Millionen Franken beträgt. Sie möchte auf dem Streckenabschnitt Martigny-Croix / Grosser St. Bernhard 1,8 Millionen Franken für Bauarbeiten investieren, braucht hierfür aber zuerst die Genehmigung des ASTRA.</p>		

4. Finanzressourcen		
Keine Bemerkungen		
5. Personal		
<p>Ein Abgeordneter wünscht zusätzliche Informationen zu den externen Ingenieurinnen und Ingenieuren, die Kontrollen bei Brücken durchführen. Die Dienststelle erklärt, dass das ASTRA nach den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Viadukt bei Riddes, der 2019 geschlossen werden musste, neu die Anstellung einer Ingenieurin oder eines Ingenieurs bei der DGE III vorschreibt, die oder der für die Überwachung des Zustands von Brücken verantwortlich ist. Diese Entscheidung hängt auch mit einem Pilotprojekt im Kanton Bern zusammen. Mit dieser Stelle kann der Zustand von Bauten auf die Dauer überwacht und ein Überblick über die Schäden bewahrt werden.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied erkundigt sich nach der Aufteilung der Angestellten zwischen Bund und Kanton. Der Dienstchef erklärt, dass rund 100 Personen in seiner Einheit arbeiten. Dabei kommt der Staat Wallis für 74 VZE auf. Die restlichen Stellen werden durch die Ressourcen des Bundes finanziert.</p> <p>Der Controllingverantwortliche beim DMRU weist darauf hin, dass vom Bund finanzierte Stellen separat von jenen des Staates Wallis aufgelistet sind, dies auf Antrag der FIKO.</p>		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja, teilweise. Eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Keine Vorschläge

Dienststelle Hochwasserschutz Rhone

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
Allgemeine Bemerkungen		
<p>Der Staatsrat hat beschlossen, auf 1. Januar 2022 die Dienststelle für Naturgefahren (DNAGE) zu schaffen. Diese wird die Tätigkeiten der Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWR) und der Sektion Naturgefahren der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (DWFL) übernehmen.</p> <p>Die Arbeit der Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWR) beruht auf vier Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vision: Der Grosse Rat erachtete es als notwendig, das Projekt, die Aktualisierungen und die Ausgaben der kommenden Jahre zu koordinieren. Die Vision wird zurzeit erarbeitet und sollte den Raumbedarf, die Prioritäten, die Finanzierung und die Bodennutzung festlegen. • Organisation: Mit der Schaffung dieser Dienststelle können die Bau- und Unterhaltsarbeiten an der Rhone und dem Genfersee sichergestellt werden. • Bau: Die Fortsetzung der prioritären Massnahme betreffend Visp und das Mittelwallis ist vorgesehen, insbesondere durch Arbeiten in der Zone Ile Falcon in Siders (neue Dammverstärkung) und Walzwerke in Siders-Chippis (Dammverstärkung) sowie durch den Beginn von Arbeiten zum Bau eines Kanals im Quartier Vissigen (Sitten). • Finanzierung: Die Rhonekorrektur verfügt nicht über ein ordentliches Budget, da die Mittel hauptsächlich aus dem Fonds für die 3. Rhonekorrektur (Rubrik 45) bezogen werden. Der Rhoneunterhalt hingegen ist Teil eines ordentlichen Budgets. 		
1. Politische Ziele und Teilziele		
Müssen Änderungen an den politischen Zielen und Teilzielen der Dienststelle angebracht werden?	Nein	
Keine ergänzenden Bemerkungen		
2. Prioritäre Massnahmen		
Sind die prioritären Massnahmen auf dem neusten Stand?	Ja	
Handelt es sich bei den prioritären Massnahmen um zeitlich begrenzte Aktionen oder Projekte?	Ja	
Wurden die vom Grossen Rat angenommenen Motionen im Leistungsauftrag berücksichtigt?	Ja	
Müssen Änderungen an den prioritären Massnahmen angebracht werden?	Ja	Ein Abgeordneter bringt die Forderung der Finanzkommission zur Sprache, wonach prioritäre Massnahmen im Verlauf des darauffolgenden Jahres umsetzbar sein sollten. Bei den Massnahmen ad1.1 bis ad3.8 ist dies aber nicht der Fall. Bei einer solchen Vorgehensweise kann der Fortschritt der Massnahmen im Rahmen der Rechnung oder des Budgets nicht beurteilt werden, da die Frist offen ist. Es macht Sinn, die Endfristen im Budget und in der Rechnung beizubehalten, eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre jedoch wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> keine		
3. Leistungsindikatoren		

Geben die Indikatoren ausreichend Aufschluss über den Realisierungsgrad der politischen Ziele und Teilziele?	Ja	
Müssen Änderungen an den Indikatoren angebracht werden?	Ja	<p>Ein Abgeordneter merkt an, dass die vorgezogenen Massnahmen zu den Walzwerken in Siders-Chippis im Indikator ad2.6 nicht erwähnt werden. Die Dienststelle gesteht ein, dass diese Arbeiten fehlen und schlägt vor, sie anzufügen.</p> <p>Vorschlag zur Änderung des Indikators ad2.6: Anfügung der Arbeiten «Walzwerke in Siders» und Streichung der bereits erledigten Arbeiten</p> <p>Ein Kommissionsmitglied wünscht eine Gesamtübersicht zum Fortschritt der noch laufenden vorgezogenen Arbeiten. Die Dienststelle weist darauf hin, dass diese Massnahmen im Grunde Teil eines Gesamtpaketes waren. Sie schlägt vor, die bereits abgeschlossenen Massnahmen zu streichen und die anderen beizubehalten.</p> <p>Vorschlag zur Änderung des Indikators ad2.6 Umsetzungsgrad der noch laufenden vorgezogenen Massnahmen</p>

Ergänzende Bemerkungen:

Ein Kommissionsmitglied wünscht zusätzliche Informationen zum Indikator ad2.7. Der Dienstchef erläutert das Projekt zum Bau einer hydraulischen Versuchshalle, die ein verkleinertes Modell der Rhone ist. Dieses Projekt ermöglicht es, einige für die Rhonekorrektur geplanten Arbeiten vor deren eigentlichem Beginn zu testen. Es wird in Zusammenarbeit mit der EPFL entwickelt und sorgt für grosses mediales und wissenschaftliches Interesse. Die Dienststelle hat die Hallen der Firma Optisol in Saillon gekauft und möchte dort die hydraulische Versuchshalle einrichten. Die Kosten des Projekts werden auf 1 bis 2 Millionen Franken geschätzt.

4. Finanzressourcen		
Keine Bemerkungen		
5. Personal		
Keine Bemerkungen		
6. Zusätzliche Informationen		
Keine Bemerkungen		

II. Haben die von der thematischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen Auswirkungen auf die Finanzressourcen?

Nein

III. Wurden die von der thematischen Kommission in der Vergangenheit gestellten Forderungen (Rechnung und Budget) berücksichtigt?

Ja, teilweise. Eine Anpassung der prioritären Massnahmen wäre wünschenswert, damit diese im nächsten Jahr umsetzbar sind.

IV. Zusammenfassung der Änderungsvorschläge für den politischen Leistungsauftrag 2022

Folgende Vorschläge werden von der Kommission für Bau und Verkehr (BV) angebracht:

- **Allgemeiner Antrag** an das DMRU → Erstellung von Dokumenten, die die Finanzströme der Dienststellen veranschaulichen;
- Vorschlag zur **Änderung des Indikators ad2.6** → Anfügung der Arbeiten «Walzwerke in Siders» und Streichung der bereits erledigten Arbeiten;
- Vorschlag zur **Änderung des Indikators ad2.6** → Umsetzungsgrad der noch laufenden vorgezogenen Massnahmen.

Sitten, den 7. Oktober 2021

Der Präsident
David CRETENAND

Der Berichterstatter
David MARQUIS